

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Verhandlungen der ... Versammlung des ... Landtags des Freistaats Oldenburg

Staat Oldenburg

**Oldenburg, [O.], Landtag 1.1849 - 6.1852; 30.1905/08 -
33.1916/19; 1.1919/20 - 5.1928/30[?]**

7. Sitzung, 22.12.1911

[urn:nbn:de:gbv:45:1-90141](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-90141)

Stenographischer Bericht

über

die Verhandlungen

der

1. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Siebente Sitzung.

Oldenburg, den 22. Dezember 1911, vormittags 10 Uhr.

- Tagesordnung:**
1. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend
 - I. den Abschluß der Eisenbahnbetriebskasse des Herzogtums Oldenburg für das Jahr 1910. (Anlage 6, Nebenanlagen A, B, C, D);
 - II. den Voranschlag der Eisenbahnbetriebskasse für das Jahr 1912. (Anlage 6, Nebenanlagen E und F);ferner über die Petitionen:
 1. der Hilfswärter und Rottenarbeiter der 1. Bahnmeisterei Delmenhorst,
 2. der Gütervorarbeiter,
 3. der Fachgruppe der Güterbodenarbeiter,
 4. der Weichenwärter der Station Bremen-Neustadt,
 5. der Rottenarbeiter und Hilfswärter der Bahnmeisterei Grüppenbühren,
 6. verschiedener Beamtengruppen,
 7. der Fahrbeamten um Herabsetzung der planmäßigen Dienstzeit,
 8. des Vereins oldenburgischer Lademeister,
 9. des Fahrbeamtenvereins „Vorwärts“,
 10. der Eisenbahner von Wilhelmshaven und Rühringen,
 11. des Vereins „Maschinenhaus“,
 12. des Stadtmagistrats Brake, betreffend die Anlegung einer Ladestraße,
 13. der Streckenarbeiter der Bahn Essen—Lewinghausen.
 2. Bericht des Eisenbahnausschusses über das Schreiben der Staatsregierung vom 17. Oktober 1911, betreffend
 - I. die Nachweisung über die Einnahmen und Ausgaben des Eisenbahnbaufonds für das Jahr 1910,
 - II. eine Nachweisung über die Verwendung der für Grunderwerb für das Jahr 1909 bewilligten Mittel,
 - III. eine Nachweisung der Bauten, wofür die bewilligten Mittel in den Buchungen der Eisenbahndirektion auf das Jahr 1911 übertragen sind,
 - IV. den Voranschlag des Eisenbahnbaufonds für das Jahr 1912. (Anlage 14.)
 3. Bericht des Verwaltungsausschusses zur zweiten Lesung über den Entwurf eines Abänderungsgesetzes für das Großherzogtum Oldenburg zum Zivilstaatsdienergesetze vom 28. März 1867. (Anlage 54.)



4. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend den Entwurf eines Abänderungsgesetzes für das Großherzogtum Oldenburg zum Gesetz vom 24. Dezember 1902, betreffend die Fürsorge für die Witwen und Waisen der im öffentlichen Dienste Angestellten. 2. Lesung. (Anlage 55.)
5. Bericht des Finanzausschusses über das Beitragsverhältnis der drei Landesteile des Großherzogtums zu den Gesamtausgaben des Großherzogtums für die Periode von 1912 bis 1917. 2. Lesung. (Anlage 4.)
6. Bericht des Verwaltungsausschusses zur 2. Lesung über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betreffend die Uebertragung staatlicher Hebungen auf die Gemeinden. (Anlage 2.)
7. Bericht des Verwaltungsausschusses zur 2. Lesung über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld, betreffend Fälligkeit der Grund- und Gebäudesteuer. (Anlage 39.)
8. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg zur Aenderung des Zivilstaatsdienergesetzes. 2. Lesung. (Anlage 20.)
9. Bericht des Finanzausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg wegen Aufnahme einer Anleihe. 1. Lesung. (Anlage 66.)
10. Bericht des Finanzausschusses zur 2. Lesung der dem Finanzgesetz für das Jahr 1912 anzulegenden Voranschläge, sowie über Form und Inhalt des Finanzgesetzes. 1. Lesung.
11. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend die Errichtung eines zweiten Schullehrerseminars. (Anlage 43.)
12. Bericht des Verwaltungsausschusses zu der Vorlage über die Reform der Landwirtschaftsschule in Barel. (Anlage 40.)
13. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Anlage 65 der Staatsregierung, betreffend Errichtung von Hengstboven beim „Neuen Hause“. (Anlage 65.)
14. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Ankauf eines Grundstücks für die Staatliche Kreditanstalt. (Anlage 61.)
15. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Nachweisung der aus dem Staats- und Krongut zum Zwecke der Gründung behaufter Stellen gegen Grundrente veräußerten Grundstücke. (Anlage 26.)
16. Bericht des Finanzausschusses über die Herstellung eines hölzernen Piers vor der Rajemauer in Elsfleth. (Anlage 44.)
17. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die vertrauliche Vorlage der Staatsregierung vom 14. Dezember 1911.
18. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die vertrauliche Vorlage der Staatsregierung vom 6. Dezember 1911.
19. Bericht des Finanzausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg wegen Aufnahme einer Anleihe. 2. Lesung. (Anlage 66.)
20. Bericht des Finanzausschusses zur zweiten Lesung des Finanzgesetzes für das Finanzjahr 1912.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Am Regierungstische: Minister Ruhstrat I und II, Cz., Minister Scheer, Cz., Geh. Oberregierungsrat von Finkel, Geh. Oberfinanzrat Gramberg, Oberregierungsrat Graepel, Regierungsrat Dr. Buhlert, Baurat Rieken, Finanzrat Stein.

Präsident: Ich eröffne die Sitzung und bitte den Herrn Schriftführer, das Protokoll zu verlesen. (Abg. Schipper verliest das Protokoll der 6. Sitzung vormittags.) Werden Einwendungen gegen das Protokoll erhoben? Es ist nicht der Fall, dann ist es genehmigt. (Abg. Schipper verliest hierauf das Protokoll der 6. Sitzung nachmittags.) Sind Bemerkungen zu dem Protokoll zu machen? Es ist nicht der Fall, dann ist es genehmigt.

Ich habe eine Allerhöchste Verordnung mitzuteilen, welche bestimmt, daß die Dauer des gegenwärtigen Landtags

bis zum 24. Februar verlängert wird. Zugleich wird der Landtag mit seinem Einverständnis vom 24. Dezember bis 6. Februar des künftigen Jahres vertagt.

Weiter ist eingegangen ein selbständiger Antrag des Herrn Abg. Feldhus, enthaltend einen kurzen Gesetzentwurf: „Gesetz für das Herzogtum Oldenburg, betreffend Abänderung des Einkommensteuergesetzes vom 12. Mai 1906“. Der Antrag wird dem Finanzausschuß zu überweisen sein. Der Landtag ist einverstanden. Es ist dann ferner noch eingegangen eine Petition des Schulvorstandes des Amtsverbandes Sever. Sie betrifft die Errichtung eines zweiten Lehrerseminars. Ich darf annehmen, daß der Landtag damit einverstanden ist, daß diese Petition heute gleich mit zur Beratung gezogen und dem Herrn Berichterstatter des Verwaltungsausschusses übergeben wird. Der Landtag ist einverstanden. Nun bitte ich den Herrn Schriftführer, eben-

falls die anderen Eingänge mitzuteilen. (Abg. Tanzen (Heering) verliest die Eingänge.) Der Landtag ist mit den Ueberweisungen einverstanden.

Wir treten jetzt in die Tagesordnung ein. Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des Eisenbahnausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend

1. den Abschluß der Eisenbahnbetriebskasse des Herzogtums Oldenburg für das Jahr 1910,
2. den Voranschlag der Eisenbahnbetriebskasse für das Jahr 1912 (Anlage 6),

ferner über eine Reihe Petitionen, deren Aufzählung Sie mir wohl erlassen.

Der Ausschuß beantragt im Antrag 1:

Der Landtag wolle, soweit erforderlich, die nachgewiesenen Voranschlagsüberschreitungen genehmigen und im übrigen

Nebenanlage A (Uebersicht über die Einnahmen und Ausgaben),

Nebenanlage B (Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben in Nordenham),

Nebenanlage C (Reinertragsberechnung),

Nebenanlage D (Uebersicht über den Stand der Zwischenkonten)

durch Kenntnisaufnahme für erledigt erklären.

Ich eröffne die Beratung zum Antrag 1, zum Voranschlag der Betriebskasse im allgemeinen und gebe das Wort dem Herrn Berichterstatter Abg. Wessels.

Abg. **Wessels**: M. H.! Es hat sich beim Abschreiben in den Bericht eine Reihe von Fehlern eingeschlichen, die zum Teil harmloser Natur sind. Darüber werde ich ein berichtigtes Exemplar in der Registratur niederlegen. Im übrigen sind aber auch Fehler darin, die irreführend sind, und besonders auch solche, die sich in die Anträge selbst eingeschlichen haben. Da wird es am richtigsten sein, wenn ich bei den einzelnen Anträgen auf diese Fehler aufmerksam mache. Zunächst möchte ich auf die Fehler eingehen, die zum Antrag 1 zu berichtigen sind. Auf Seite 589 ist eine Uebersicht hergegeben über die Betriebskoeffizienten für eine Reihe von Jahren. Da ist angegeben für 1909 ein Betriebskoeffizient von 19,08. Das muß 79,08 heißen. Auf Seite 590 in der 12. Zeile steht vorne das Wort „und“; es muß „um“ heißen. Dann auf der folgenden Seite unter Titel IV Pos. 23 heißt es „Vereinnahmt wurden 944 746 M.“. Das muß heißen „944 356 M.“.

M. H.! Aus der Uebersicht haben Sie gesehen, daß nach Anwendung der Reinertragsberechnung die Uebersicht für 1910 abschließt mit einem Reingewinn von 2 154 220 M. Das ist nach Anwendung der Reinertragsberechnung der günstigste Abschluß, den wir gehabt haben, wahrscheinlich der günstigste überhaupt, den wir seit dem Bestehen unserer Bahn hatten. Ich habe nicht die Absicht, mich weiter darüber zu verbreiten. Sie finden das Erforderliche im Bericht selbst und in der Regierungsvorlage. Ich möchte nur bitten, die Anträge des Ausschusses anzunehmen.

Präsident: Wird das Wort zum Antrag 1 und zum Voranschlag der Betriebskasse im allgemeinen noch verlangt?

Es ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Beratung und wir kommen schon zur Abstimmung über den Antrag 1. Ich bitte die Herren, die diesen Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Er ist angenommen.

Es folgt nunmehr der Antrag 2; der sich auf den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben der Betriebskasse bezieht:

Der Landtag wolle unter Einnahmen für das Finanzjahr 1912:

zu Titel I	5 820 000	M,
zu Titel II	11 520 000	M,
zu Titel III	680 000	M,
zu Titel IV	1 110 000	M,
zu Titel V	550 000	M,
zu Titel VI	520 000	M,

zusammen 20 200 000 M,

genehmigen.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrag 2, zum Titel I und zur Position 1 und gebe das Wort dem Herrn Berichterstatter Abg. Wessels.

Abg. **Wessels**: Auf Seite 598 muß es in der 19. Zeile nicht heißen 1 129 435 M sondern 1 029 435 M. Die Eins muß eine Null sein.

Präsident: Position 2—6. Ich eröffne jetzt die Beratung zum Titel II Position 7—14. Ich eröffne gleichfalls die Beratung zum Titel III Position 15—21. Ich eröffne jetzt die Beratung zum Titel IV Position 22, 23, Titel V Position 24, 25, Titel VI Position 26—31. Das Wort ist nicht verlangt? Dann schließe ich die Beratung zum Antrag 2. Ich bitte die Herren, die diesen Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Er ist angenommen.

Es folgt nunmehr nicht der Antrag 3 sondern Antrag 7:

Der Landtag wolle unter „Persönliche Ausgaben“ Abteilung I:

zu Titel I	2 850 000	M,
zu Titel Ia	90 000	M,
zu Titel II	2 180 000	M

bewilligen.

Ich eröffne die Beratung — es ist die Abteilung Ausgaben — zu diesem Antrag 7, zum Titel I der Ausgaben und zur Position 45. Herr Abg. Driver I hat das Wort.

Abg. Dr. **Driver**: In den Kreisen der Fahrbeamten und der Stellwerksbeamten bestehen Klagen darüber, daß sie infolge dienstlicher Inanspruchnahme keine Zeit haben, regelmäßig den Gottesdienst an den Sonn- und allgemeinen Feiertagen zu besuchen. Es ist mir mitgeteilt worden, daß einzelne Beamten nicht ein einziges Mal im Monat, ja noch in längerer Zeit ihre kirchliche Pflicht nicht erfüllen können. Im vorigen Sommer sollen einige Beamten überhaupt keine Zeit gehabt haben, den Gottesdienst zu besuchen. In der heutigen Zeit dürfte es eine besondere Pflicht der Staatsregierung sein, dafür zu sorgen, daß den Beamten regelmäßig Gelegenheit zum Besuch des Gottesdienstes gegeben wird, soweit der Dienst dies irgendwie zuläßt. Ich bitte um geneigte Abhilfe und jedenfalls um eine Aeußerung vom Regierungstisch.



Präsident: Herr Eisenbahndirektionspräsident Graepel hat das Wort.

Eisenbahndirektionspräsident **Graepel:** Die Bestimmungen bezüglich derjenigen Bediensteten, die Sonntags Arbeiten zu verrichten haben, sind so, daß sie zweimal im Monat einen freien Tag haben und davon wenigstens einer auf einen Sonntag fallen soll. Davon muß notgedrungen in einzelnen Fällen abgewichen werden, wenn der Dienst sich nicht anders durchführen läßt. Aber ich zweifle nicht, daß die Klagen, die von Herrn Abg. Driver gehört sind, auch bezüglich dieser Beamten durchaus übertrieben sind. Wo wir mal zugeführt haben, haben wir wenigstens solche Uebertreibungen festgestellt. Ich bitte, mir die Einzelnen zu bezeichnen, und werde ich daraufhin eine weitere Prüfung veranlassen.

Präsident: Herr Abg. Meyer hat das Wort.

Abg. **Meyer:** M. H.! Durch Annahme der Anlage 13, die vorgestern erledigt ist, sind eine Anzahl neuer Stellen geschaffen worden. In Rücksicht auf die Geschäftslage des Hauses habe ich einige Schreibfehler im Bericht im Plenum nicht berichtigt. Nun habe ich aber gefunden, daß ein sehr grober Schreibfehler darin enthalten war. Die angeforderten Stellen sind mit Besetzung zum 1. Januar neu bewilligt worden. Im Bericht steht nun, daß sie erst am 1. Februar nächsten Jahres besetzt werden sollen. Ich wollte das hiermit nachträglich berichtigen, um irrigen Auffassungen der Beamten zu begegnen. Es muß nicht heißen 1. Februar sondern 1. Januar.

Präsident: Positionen 46—64. Ich eröffne nunmehr die Beratung zum Titel Ia. Gleichfalls eröffne ich die Beratung zum Titel II Position 65 und 66 und damit zu den Anträgen 3 bis 6. Der Antrag 3 sagt:

Der Landtag wolle über die Petitionen

1. der Hilfswärter und Kottenarbeiter der 1. Bahnmeisterei Delmenhorst,
2. der Gütervorarbeiter,
3. der Fachgruppe der Güterbodenarbeiter,
4. der Weichenwärter der Station Bremen-Neustadt,
5. der Kottenarbeiter und Hilfswärter der Bahnmeisterei Gruppenbüren,
6. verschiedener Beamtengruppen,
7. der Fahrbeamten um Herabsetzung der planmäßigen Dienstzeit,
8. des Vereins oldenburgischer Lademeister,
9. des Fahrbeamtenvereins „Vorwärts“,
10. der Eisenbahner von Wilhelmshaven-Rüstringen,
11. des Vereins Maschinenhaus,
12. der Kottenarbeiter der Bahn Essen—Lewinghausen, zur Tagesordnung übergehen.

Der Antrag 4 lautet:

Annahme des Antrags des Regierungskommissars.

Der Antrag des Regierungskommissars findet sich dann im Text und lautet:

Der Landtag wolle sich damit einverstanden erklären, daß zur Durchführung der zweijährigen Zulagen mit rückwirkender Kraft die Position 65 des Voranschlags der Eisenbahnbetriebskasse für 1912 um 20000 *M* und die Position 66 um 10000 *M* erhöht, daß der Betrag von 30000 *M* von Position 124 abgesetzt und die Summe der Titel II und XI entsprechend berichtet werden.

Die Anträge 5 und 6 sind Minderheits- und Mehrheitsanträge. Der Antrag 5, ein Minderheitsantrag, lautet:

Die Staatsregierung wird ersucht, in einem Nachtrag zum Voranschlag der Eisenbahnbetriebskasse für 1912 über den Antrag derselben hinaus, also über den Antrag, der eben verlesen ist, zu Position 65 und 66 erhöhte Mittel einzustellen für eine allgemeine Aufbesserung der Gehalte und Löhne der nicht etatsmäßig angestellten Beamten und Arbeiter der Eisenbahnverwaltung einschließlich der in Position 87 und 94 aufgeführten, unter ganz besonderer Berücksichtigung der unteren Stufen.

Die Mehrheit des Ausschusses stellt dagegen den Antrag 6:

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Staatsregierung wird ermächtigt, Unstimmigkeiten der Löhne und Vergütungen, welche sich bei der Durchführung der im Voranschlag der Eisenbahnbetriebskasse und im Nachtrag dazu vorgesehenen Lohnaufbesserungen (Fristverkürzungen) ergeben, auszugleichen und die dazu erforderlichen Mittel bei den in Betracht kommenden Positionen zu verrechnen.
2. Die Staatsregierung wird ersucht, zu prüfen, ob und in welchem Umfange eine Erhöhung der unteren Grenze der Löhne und Monatsvergütungen der im Eisenbahndienste und dementsprechend auch in den übrigen Zweigen der Staatsverwaltung außerhalb des Zivilstaatsdienstes Angestellten möglich ist, ohne die Staatsfinanzen und die Grundlagen der Gehalts- und Befoldungsordnungen zu gefährden.

Ferner wird die Staatsregierung ersucht, das Ergebnis dieser Prüfung dem Landtage bei seinem Wiederzusammentreten nach Weihnachten mitzuteilen und dem Landtage eine Vorlage auf Einstellung der für eine Lohnaufbesserung erforderlichen Mittel zu machen.

Ich eröffne nunmehr die Beratung und gebe das Wort dem Herrn Berichterstatter Abg. Wessels.

Berichterstatter Abg. **Wessels:** Nur ein paar Worte. In der Einleitung zum Antrag 6 muß es in der letzten Reihe nicht heißen: „die ihm Antrag 5 zum Ausdruck kommen“ sondern: „die im Antrag 6 zum Ausdruck kommen“. Das steht vor Antrag 6, letzte Zeile.

Präsident: Herr Abg. Schmidt (Delmenhorst) hat das Wort.



Abg. Schmidt: M. H.! Wenn wir uns den inneren Eisenbahnbetrieb etwas näher ansehen, finden wir, daß die Arbeiter in diesem Betriebe zum großen Teil mit Löhnen von 2,50 bis 3 M entlohnt werden. M. H.! Ich muß erklären, wenn man sich das ansieht, kommt man zu der Ueberzeugung, daß solche Löhne nicht mehr zeitgemäß sind, daß sie zum Verhungern zuviel aber zum Sattessen zu wenig sind. Es heißt ja bekanntlich, Staatsbetriebe sollen Musterbetriebe sein, das sollten sie auch in bezug auf die Lohnzahlung. Das ist aber absolut nicht der Fall. Wenn wir vergleichen zwischen Privatbetrieben und „Musterbetrieben“, so finden wir, daß in Privatbetrieben vollwertige Arbeiter, um die es sich bei der Eisenbahn handelt, durchweg besser bezahlt werden. Z. B. in Linoleumbetrieben in Delmenhorst, wo deutsche Arbeiter beschäftigt werden, beträgt der Lohn 21 M wöchentlich. Da kommen das Jahr hindurch 1092 M heraus. Wenn diese noch 26 Sonntage arbeiten, wie die Leute im Eisenbahnbetriebe müssen, da kommen für 26 Tage, wenn man sie auch ohne Aufschlag rechnet, 91 M hinzu. Dann sind das 1183 M. Das sind die niedrigsten Löhne, die dort für vollwertige deutsche Arbeiter in der Linoleumindustrie bezahlt werden. Ich konstatiere, daß der Staat bedeutend nachhinkt. Die Arbeiter, die wirklich einen Tagelohn von 3 M beziehen, haben doch nur, wenn man auch rechnet, daß sie die ganzen 365 Tage des Jahres jeden Tag bezahlt kriegen, einen Jahresverdienst von 1095 M. Das beziehen sie an vielen Stellen noch nicht, sondern erst nach einer Reihe von Dienstjahren. Das steht ganz bedeutend hinter dem zurück, was in Privatbetrieben gezahlt wird. Ich habe mir eine Berechnung gemacht. Daraus geht hervor, daß die Eisenbahnarbeiter in Delmenhorst zirka 100 M weniger verdienen als die Arbeiter in Privatbetrieben, und in Bremen macht es mindestens 300 M aus. Das sind die Mindestlöhne. Das muß der Mensch auch heutzutage haben. Und nun meine ich, daß auch ein ziemlich starker Wechsel vorhanden ist, vor allen Dingen in Delmenhorst. In ländlichen Bezirken wird es dasselbe sein. Der Wechsel von Personen ist sehr stark gewesen. Das haben mir die Leute selber gesagt. Bei den diätarisch Angestellten ist es nicht viel besser. Sie haben vielleicht im Durchschnitt einige Mark im Monat mehr als die im Tagelohn Beschäftigten. Nun ist vor einigen Jahren den Arbeitern ein Aufschlag von 6% gewährt worden. Das ist recht wenig. Ich kenne eine ganze Anzahl von Leuten, die es nur auf 2,98 M gebracht haben. Auch im vorigen Jahre hat man diesen Leuten wieder Zuschuß gegeben, und haben sie es von 2,98 glücklich auf 3 M gebracht. Das sind 7 M im ganzen Jahre. M. H.! Ich meine, wenn man anfangen will zu verbessern — man hat den Beamten 200 bis 500 M gegeben — dann ist es unten am allernotwendigsten. Der Arbeiter braucht eher 200 M Zulage als der obere Angestellte. Das ist klar. Und m. H., wenn die Arbeiter sehen, daß ihren berechtigten Bestrebungen nicht mehr Sympathie entgegengebracht wird, dann erzeugt das einen großen Mißmut und tiefen Groll. Es liegen verschiedene Petitionen vor, z. B. eine von Bremen-Neustadt, wo auch Löhne von 3 M gezahlt werden. In Bremen werden von Privaten durchweg 25 bis 27 M bezahlt, und wenn ein Arbeiter bei der Eisenbahn 3 M pro Tag verdient,

das ist kein Verhältnis. Die Leute haben sich auch mit einer Petition an den Landtag gewandt. Sie wollen gern eine Teuerungszulage haben, und das brauchen die Leute dort auch notwendig. Sie wissen sich nicht anders zu helfen. Nun sagt man, sie sind den vorschrittmäßigen Instanzenweg nicht gegangen. Setzt, wo alles so teuer ist, fühlt der Arbeiter das ganz besonders. Wenn sie den lange dauernden Instanzenweg durchmachen wollen, ist inzwischen der Landtag vielleicht wieder nach Hause gegangen. Die Berechtigung ist aber einfach da, und es haben auch ganz andere Leute schon eingesehen als wir, daß diese Bestrebung sehr berechtigt ist. Es ist ein Pfarrer für diese Leute bei der Eisenbahndirektion vorstellig geworden und hat sich bemüht. Das ist ein sehr netter Mann, und ich rechne dem Herrn das sehr hoch an. Aber der hat ganz eigenartige Sachen erlebt. Es wäre ihm gar nicht so ganz gut bekommen, und er wäre geradezu empört gewesen, wie man sich ihm gegenüber verhalten hätte bei der Eisenbahndirektion. Der Beamte hätte keine Zeit gehabt, er müsse entschuldigen, man erwarte ihn zum Diner. (Heiterkeit.) Also m. H., wenn man den berechtigten Bestrebungen der Arbeiter nicht mehr Verständnis entgegenbringt, so muß man sich nicht wundern, wenn tiefer Mißmut die Arbeiter beherrscht.

Noch einige Worte über die Bahnunterhaltungsarbeiter. Diese beziehen bekanntlich den allerniedrigsten Lohn. Sie bekommen für die Stunde 30 bis 35 \mathcal{G} . Da, wo ich die Verhältnisse am besten beurteilen kann, in meiner Heimat, beziehen sie 35 \mathcal{G} pro Stunde. Sie arbeiten 8 Monate 10 Stunden, 2 Monate 9 Stunden und 2 Monate 8 Stunden täglich. Wenn man dies genau verrechnet, kommen 2850 Stunden heraus, à 35 \mathcal{G} . Das sind jährlich 997 M. Und m. H., nur wenn diese Leute voll arbeiten, dann verdienen sie das. Aber sie haben auch manchen Tag, wo schlechtes Wetter ist. Und wenn man alle Ausgaben für alle möglichen Rassen berücksichtigt, haben sie durchweg 900 M. Daß ein Arbeiter davon heute nicht mehr leben kann, steht bei mir ohne weiteres fest. Wenn sie als Hilfsarbeiter beschäftigt werden, geht der Lohn noch bedeutend zurück, dann bekommen sie regelmäßig 28 \mathcal{G} . Wenn sie telegraphieren können, erhalten sie 32 \mathcal{G} pro Stunde. Es wird auch unangenehm empfunden, daß die Lohnzahlungen monatlich sind und der Lohn noch einen halben Monat stehen bleibt. Sie müssen beim Anfang vom 1. bis 17. des anderen Monats arbeiten, ohne einen Pfennig Geld zu erhalten. — Sie müssen berücksichtigt, daß die Eisenbahnarbeiter nicht im Besitze des Koalitionsrechts sind. Andere Arbeiter können sich bessere Lohnverhältnisse erkämpfen. Das trifft bei den Eisenbahnarbeitern nicht zu. Dann haben Sie aber auch die Verpflichtung, die Leute mindestens so zu bezahlen, daß sie annähernd notdürftig davon leben können. Wenn Sie das nicht tun, leidet die Arbeits- und Berufsfreudigkeit dieser Leute sehr darunter.

Dann noch ein Wort zu dem Prämiensystem bei der Eisenbahn. Man hat für die Rottenarbeiter vor 1½ Jahren eine neue Arbeitsordnung gemacht, nach welcher sie Prämien-gelder bekommen können, und man hat ihnen gesagt: „Wenn ihr brav und fleißig arbeitet, bekommt ihr auch mehr Geld“. Die Leute haben darauflosgearbeitet und geglaubt, es wäre eine neue Aera aufgegangen, in der sie ihre Lage verbessern



könnten. Aber sie sind sehr enttäuscht worden. In den 1½ Jahren haben die Arbeiter ganze 6 M Prämie erhalten, und die hat man jetzt vor kurzem gezahlt, ebenso wie die sogenannte Gewichtsprämie an die Schuppenarbeiter. Die hat man auch vor kurzem gezahlt. Der Eisenbahnverwaltung scheinen alle ihre Sünden einzufallen, wenn ihr das Feuer auf den Nägeln brennt. Ein paar Tage vorm Zusammenkommen des Landtags, dann kommt ihr zum Bewußtsein, den Leuten sind wir noch soviel schuldig, das müssen wir jetzt bezahlen, sonst gibt es große Debatten darüber im Landtag. Im allgemeinen müssen wir sagen, dies ganze Prämienystem erweckt den Anschein bei den beteiligten Kreisen, daß es nur eine Vorspiegelung falscher Tatsachen ist. Sie sollen tüchtig arbeiten, daß sie mehr Geld verdienen. Und wenn sie dann tüchtig gearbeitet haben, dann sehen sie ein, daß das Geld nicht der Rede wert ist.

Es sind nun von der Mehrheit und Minderheit Anträge gestellt. In dem Antrag der Mehrheit liegt nichts Positives. Was darin steht, sind für die betreffenden Leute ungefangene Fische. Da ist nur von Prüfungen und Erhebungen die Rede. Nach meiner und meiner Freunde Ansicht bedarf es keiner Prüfungen und Erhebungen. Es steht fest, daß die Lage der Leute unbedingt aufge bessert werden muß. Von Prüfungen, Erhebungen und Wohlwollen und all diesen schönen Sachen können die Arbeiter nichts essen. Der Antrag der Minderheit geht etwas weiter. Der geht auch mir noch längst nicht weit genug. Ich hätte gern gesehen, daß noch etwas mehr bei der Sache herausgekommen wäre. Aber das war leider nicht der Fall, und ich habe mich auch beschränkt und diesem Antrag zugestimmt. Ich bin eigentlich selbst nicht mit mir zufrieden, daß ich diesem Antrag zugestimmt habe. Wenn man im Eisenbahnausschuß diese elende Feilscherei um Pfennige sieht, das ekelt einem an. Die Eisenbahnverwaltung kennt ja immer Ausflüchte. Sie hat hundert Hecken und Büsche, hinter denen sie sich versteckt, und wenn man sie hinter dem einen weggestöbert hat, sitzt sie hinter dem nächsten. (Heiterkeit.)

Ich möchte Sie bitten, wenn Sie etwas für die Leute tun wollen, nehmen Sie wenigstens den Antrag der Minderheit an. Dieser geht insofern weiter, als von Prüfungen und Erhebungen abgesehen wird. Da wird gesagt, die Lage der Leute muß verbessert werden. Denken Sie sich in die Lage dieser armen Teufel hinein, die das ganze Jahr für den Staat arbeiten und nicht soviel dafür bekommen, daß sie sich richtig satt essen und ihre Blößen bedecken können. (Heiterkeit.) Wenn darüber noch gelacht wird, bedaure ich das sehr. Ich möchte Sie bitten, zeigen Sie Humanität und Menschlichkeitsgefühl und stimmen Sie für den Antrag der Minderheit.

Präsident: Herr Abg. Müller (Brake) hat das Wort.

Abg. **Müller:** Wenn man den Herrn Abg. Schmidt hört, könnte man glauben, daß vieles faul wäre im Staate und nur durch ihn gebessert werden könnte. Ich bin anderer Ansicht. Die Löhne sind nicht so elend. Erstens beträgt der geringste Lohn 2,50 M. Der wird für das ganze Jahr bezahlt, also auch für die Feiertage, sodaß 936 M der geringste Lohn ist, mit dem die jungen Leute anfangen. Dieser Lohn steigt bis 1296 M. Soweit können die Leute

kommen, die von der Eisenbahn gegen Tagelohn und Monatsvergütung beschäftigt werden. Ich glaube, wenn man das Endgehalt ansieht, so wird man nicht sagen können, das ist ein Hungerlohn. Die jungen Leute können doch nicht damit anfangen.

Dann hat Herr Abg. Schmidt gesagt, daß im Eisenbahnausschuß eine Feilscherei um Pfennige stattgefunden hätte. Derartige Ausdrücke möchte ich entschieden zurückweisen. Das ist absolut unrichtig, um keinen härteren Ausdruck zu gebrauchen. Ebenso ist es, wenn von Vorspiegelung falscher Tatsachen geredet wird. Ich weiß nicht, wie derartige Behauptungen aufgestellt werden können, ohne daß sie die schärfste Rüge bekommen. Ich will den Herrn Präsidenten damit nicht angreifen. (Heiterkeit.) Dann ist noch gesagt worden daß durch den Antrag der Minderheit etwas Positives erreicht werde. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Wenn Sie derartige Anträge stellen, die kein bestimmtes Ziel haben, dann kann die Staatsregierung nicht darauf eingehen. Wenn Sie einfach eine allgemeine Lohnerhöhung vorschlagen, machen Sie es der Staatsregierung unmöglich, darauf einzugehen, während der Antrag der Mehrheit zu einem positiven Resultat führen wird. Also wenn Sie etwas erreichen wollen, müssen Sie für den Antrag der Mehrheit stimmen.

Präsident: Ich darf der Bemerkung des Herrn Abg. Müller gegenüber ihn wohl bitten, das Stenogramm einzusehen. Da wird er finden, daß keine Veranlassung vorlag, einzugreifen. Was jemand für Gefühle hat, kann der Präsident nicht kontrollieren.

Herr Minister Ruhlstrat I hat das Wort.

Minister **Ruhlstrat:** M. H.! Gegen den Antrag der Mehrheit des Ausschusses haben wir nichts zu erinnern. Wir sind gern bereit, dann die vorgeschlagenen Erwägungen, Prüfungen usw. vorzunehmen. Ich möchte dabei aber nur bemerken in Bezug auf die von Herrn Abg. Schmidt hervorgehobene Feilscherei um Pfennige: Ja, meine Herren, Pfennige das klingt ja wenig. Wenn man das aber näher betrachtet, so handelt es sich bei jedem Pfennig, um den der Stundenlohn erhöht werden soll, nur für die Arbeiter um 96 000 M jährlich. Das ist doch schließlich nicht mehr so ganz minimal.

Präsident: Herr Abg. Müller (Brake) hat das Wort zur Geschäftsordnung.

Abg. **Müller:** Ich möchte nur feststellen, daß der Herr Abg. Schmidt behauptet hat, daß die Regierung dem Landtag resp. den Leuten falsche Tatsachen vorspiegele.

Präsident: Er hat etwas anderes gesagt. Herr Abg. Meyer hat das Wort.

Abg. **Meyer:** M. H.! Die Erklärungen des Herrn Ministers sind durchaus ungenügend. Der Antrag der Mehrheit wünscht, daß der Regierung nochmals aufgegeben wird, in Erwägungen und Prüfungen einzutreten, inwieweit es möglich ist, kleine Ungleichheiten zu beseitigen und den Arbeitern und diätarisch beschäftigten Beamten einige Pfennige zuzulegen, oder aber, wenn dies der Regierung nicht tunlich oder notwendig erscheint, dann davon abzusehen. Sollte aber die Prüfung unter Berücksichtigung der Finanzlage er-



geben, daß etwas geschehen kann, dann solle die Regierung nach Weihnachten in einer besonderen Vorlage mit einer Nachtragsforderung an den Landtag herantreten. M. H.! Die Prüfungen sind schon vorgenommen worden. Es steht absolut fest, daß Löhne bis zu 2,50 *M* herab gezahlt werden. Und nach Würdigung des Ergebnisses dieser Prüfung steht fest, daß die Löhne völlig unzureichend sind, um damit menschenwürdig leben zu können. Dies hat die Minderheit bewogen, einen von der Mehrheit abweichenden bestimmteren Antrag zu stellen. In dem Antrage der Minderheit wird die Staatsregierung ersucht, ganz bestimmt weitere Mittel einzustellen, um eine Erhöhung der Gehälter und Löhne für die diätarisch beschäftigten Beamten und Arbeiter eintreten zu lassen. M. H.! Wenn man sich darauf beruft — das hat nicht nur Herr Abg. Müller (Brake), sondern auch die Eisenbahndirektion getan —, man würde dann in die Besoldungsordnung eingreifen, man würde zu dicht an die Gehälter der etatsmäßig angestellten Beamten herankommen, so möchte ich doch darauf aufmerksam machen, daß bei der vorjährigen Gehaltserhöhung die etatsmäßig angestellten Beamten eine Gehaltszulage erfreulicherweise nicht unter 130 *M* erhalten haben. Dies macht teilweise 15 % aus. Demgegenüber haben die diätarisch beschäftigten Beamten und Arbeiter nur einen Aufschlag von 6 % erhalten. Es ist mithin der Abstand zwischen den etatsmäßig Angestellten und den diätarisch Beschäftigten in den Gehältern ein viel größerer geworden, als wie er vor 1910 war. Also diese Argumentation fällt in sich zusammen. Damit sollte man nicht argumentieren, um eine Aufbesserung zu verhindern. Sogar nach den Berechnungen von Sozialpolitikern und Volkswirtschaftlern aus dem bürgerlichen Lager beansprucht heute die Lebenshaltung für den verheirateten Arbeiter ein Mindesteinkommen von 1800 *M*. Ich bin deshalb nicht der Ueberzeugung, wie Herr Abg. Müller (Brake), daß für junge Leute ein Tagelohn von 2,50 *M* ausreichend sei. Wenn diese vom Militär entlassen sind, dann haben sie ein Alter erreicht, in welchem die große Mehrheit der Arbeiter heiratet. Wenn sie dann in ihrer Lebenshaltung sich nicht außerordentliche Einschränkungen auferlegen sollen, müssen sie ein ausreichendes Einkommen haben, um bei der intensiven Arbeitsleistung durch Aufnahme genügender Nahrung den Kräfteverbrauch auch wirklich wieder ersetzen zu können.

M. H.! Ich habe dann weiter schon im Ausschusse darauf aufmerksam gemacht, daß sogar die Preussische Eisenbahnverwaltung eine Teuerung nicht leugnen konnte und dieserhalb eine allgemeine Zulage von 2 *ſ* pro Stunde für die bei der Eisenbahn beschäftigten unteren Beamten und Arbeiter gegeben hat. Unsere Eisenbahnverwaltung steht demgegenüber weit dahinter zurück. Sie will nur die eigentlich sowieso nicht mehr aufrecht zu erhaltende noch bestehende dreijährige Zulagefrist bei den Diätaren und Arbeitern in die zweijährige umwandeln. Das bedeutet für einen geringen Teil dieser Kategorien eine Zulage von 10 *ſ* pro Tag. Diese minimale Aufbesserung von 10 *ſ* pro Tag schlägt überhaupt nicht zu Buch und ist in Anbetracht der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse absolut unzureichend. Dann aber werden doch von dieser Maßnahme noch bei weitem nicht alle Leute erfaßt. Ueber die Hälfte bleibt un-

berührt von dieser Neuordnung, wenigstens gegenwärtig und wir wünschen auch diesem Teile schon jetzt dringend eine Aufbesserung. Ich kann noch mitteilen, daß sogar auch das Reichsmarineamt nicht umhin konnte, in Anbetracht der außerordentlichen Teuerungsverhältnisse eine Lohnzulage allgemein für sämtliche auf den Reichswerften beschäftigten Arbeiter eintreten zu lassen, und zwar in Höhe von 1 bis 3 *ſ*, 3 *ſ* in den unteren und 1 *ſ* in den höheren Stufen. Diese Zulage ist nicht vorübergehend gedacht, sondern als dauernde mit der weiteren Beordnung, daß am 1. Februar 1912 ein neuer Lohntarif aufgestellt werden soll und nach Möglichkeit alle Arbeiter dann nochmals in eine höhere Lohnklasse einrücken sollen.

Will nun die oldenburgische Regierung und Eisenbahnverwaltung sich sozialpolitisch hinter das Reichsmarineamt und die preussische Eisenbahnverwaltung stellen?

Der Herr Minister glaubt nun, die Höhe der Summe, die eine allgemeine Aufbesserung erfordert, als Einwand gegen eine solche ins Feld führen zu sollen. Ja m. H., ohne Mittel geht das selbstverständlich nicht ab. Wir sind aber auch nicht der Ansicht, daß die Ueberschüsse aus dem Eisenbahnbetriebe bestenfalls verwandt werden sollen für die Erhöhung der Gehälter der festangestellten Beamten, sondern auch in größerer Weise für die Erhöhung der Gehälter und Löhne der Diätare und Arbeiter. Dann ist ganz richtig angeführt worden, daß der oldenburgische Staat bezw. die Eisenbahnverwaltung nachhinkt in ihren Arbeitsbedingungen gegenüber einer ganzen Reihe Privatunternehmungen. Wenn auch für Oldenburg Grundsatz sein soll, daß Staatsbetriebe Musterbetriebe sein sollen, dann ist jetzt Gelegenheit gegeben, durch unseren Antrag diesen Grundsatz zu einem Teile in die Wirklichkeit umzusetzen.

M. H.! Es hat deshalb der Antrag der Minderheit einen großen Vorzug gegenüber dem Antrage der Mehrheit und bitte ich Sie, dem Minderheitsantrage Ihre Zustimmung zu geben. Wenn der Antrag der Mehrheit zur Annahme gelangt, wird die Regierung die Prüfung ebenso vornehmen, daß wirklich nichts dabei für die Arbeiter und Diätare herauskommt. Es steht absolut fest, welche Löhne gezahlt werden und da diese nach unserer Meinung eben viel zu niedrig sind, haben wir den dringenden Wunsch und streben ernstlich an, daß auch dieser Teil der im Eisenbahnbetrieb Beschäftigten die so notwendige Aufbesserung erfährt. Wir möchten nicht, daß durch die Annahme des Mehrheitsantrages dies Bestreben ein anständiges Begräbnis erfährt, dann weiter kommt bei der Sache nichts heraus. Und somit glaube ich, daß der Minderheitsantrag der bessere ist.

Ich möchte dann noch auf einige Petitionen Bezug nehmen. Eine aus Wilhelmshaven-Rüstringen und eine aus Bremen-Neustadt haben gemeinsam das Verlangen zum Ausdruck gebracht, in Rücksicht der besonderen Teuerungsverhältnisse an diesen Orten eine Teuerungszulage bewilligt zu erhalten. Im vorigen Jahre ist ein dahingehender Antrag im Landtage nicht zur Annahme gelangt. Auch vor 2 Jahren ist eine Vorlage der Staatsregierung, Wohnungsgeldzuschuß zu gewähren, ebenfalls vom Landtage abgelehnt worden. Ich will deshalb wegen Ausichtslosigkeit auf Annahme dahingehende Anträge nicht einbringen. Aber ich lege nichtsdestoweniger der Regierung erneut dringend ans



Herz, in irgend einer Form diesem berechtigten Verlangen Rechnung zu tragen. Es steht fest, daß tatsächlich die Lebensbedingungen in diesen Grenzorten teurere sind als in anderen Orten des Herzogtums. Dies kann vielleicht in der Form geschehen, daß Gehaltszuschläge gezahlt werden. Ich wünsche jedoch, daß dies nicht nur eintritt bei den Arbeitern und diätarisch beschäftigten, sondern auch bei den etatsmäßig angestellten Beamten. Wenn nach dieser Richtung die Regierung mit Anträgen an den Landtag kommen sollte, ich glaube, daß diese vom gegenwärtigen Landtag angenommen werden. Es muß, um einer ausgleichenden Gerechtigkeit zu dienen, nach dieser Richtung hin etwas geschehen.

Ich bitte im übrigen den Landtag, dem Antrage der Minderheit zuzustimmen.

Präsident: Herr Abg. Kleen hat das Wort.

Abg. Kleen: Ich habe zu den Ausführungen meiner Kollegen Meyer und Schmidt nichts mehr zu sagen. Ich möchte nur noch auf eins aufmerksam machen. Der Herr Präsident sagte, die Rottenarbeiter in Oldenburg haben am 1. Januar eine Lohnerhöhung von 30 auf 35 \mathcal{M} erhalten. Diese 5 \mathcal{M} sind aber am 1. Oktober nicht mehr ausgezahlt worden, sondern es ist Mitte Oktober ein Abklatz angeschlagen auf der Bahn, wonach die 5 \mathcal{M} pro Stunde stehen bleiben und nur vierteljährlich ausbezahlt werden sollen. In der Ausschusssitzung hat der Herr Präsident erklärt, daß hiervon jetzt abgewichen werden würde und die 5 \mathcal{M} wieder ausbezahlt würden. Am vorigen Freitag haben die Arbeiter Lohnzahlung gehabt, aber die 5 \mathcal{M} sind nicht ausbezahlt worden. Ich weiß nicht, daß diejenigen, die vor dem 15. Oktober die Arbeit aufgehoben haben, die 5 \mathcal{M} ausbezahlt bekommen haben. Ich glaube, es widerspricht sogar der Gewerbeordnung. Wenn ein Unternehmer einen Aufschlag des Lohnes festsetzt, wenn es auch nur ein provisorischer Aufschlag ist, so muß er, wenn der Aufschlag wegfallen soll, den Betreffenden davon in Kenntnis setzen. Ich glaube, es ist nach der Gewerbeordnung gar nicht zulässig, daß solchen Leuten, die vorher die Arbeit einstellen, ein Teil des Lohnes einbehalten wird.

Dann möchte ich noch hinzufügen betreffend die Rottenarbeiter, die während der Markttage den Schranfendienst gehabt haben. Denen ist ein Lohn von 27 \mathcal{M} pro Stunde ausbezahlt worden. Die Rottenarbeiter haben 30 bis 35 \mathcal{M} pro Stunde und haben während des Marktes, wo sie die ganze Nacht Dienst hatten, nur 27 \mathcal{M} pro Stunde bekommen. Mir ist es so mitgeteilt worden. Ich glaube, der Herr Präsident wird sich ebenfalls darüber äußern. Ich meine, daß es im allgemeinen doch im Interesse der Bahn ist, wenn höhere Löhne bezahlt werden. Vor drei, vier Wochen ist es passiert, daß in Barel 2 Maschinenpuger die Arbeit niedergelegt haben. Der eine ist zu den Streckenarbeitern zurückgekehrt. Der andere hat die Arbeit eingestellt. Da hat die Eisenbahnverwaltung eine ganze Zeit von hier aus Leute hinschicken müssen. Dadurch erwachsen der Bahn mehr Auslagen, weil sie pro Nacht etwas extra bezahlen muß. Wenn sie diese Extrakosten dem Lohn zuschlagen würde, so wären das keine wesentlichen Mehrkosten.

Dann zu der Petition Nr. 11 vom Verein „Maschinenhaus“. Die Maschinenhausarbeiter sind meines Wissens

doch diesen Sommer bei der Direktion vorstellig geworden. Diese Eingabe haben sie an einen Registrator gemacht. Sie wäre aber nicht weiter gegeben. Allerdings hätte der betreffende Registrator erklärt, er hätte sie weiter geschickt. Aber das scheint nicht der Fall zu sein.

Dann möchte ich noch darauf zurückkommen, daß in Oldenburg, weil die Leute einen so niedrigen Lohn haben, sie zum großen Teil auf Nebenbeschäftigung angewiesen sind. Es gibt eine ganze Reihe von Eisenbahnarbeitern, die, wenn sie ihre freie Zeit haben, die sie so notwendig zur Ruhe brauchen, nicht diese Zeit durch Ruhe ausfüllen, sondern auf Nebenbeschäftigung gehen. Dies kann doch wirklich nicht im Interesse der Eisenbahnverwaltung liegen. Es muß danach gestrebt werden, daß die Leute so gestellt werden, daß sie nicht auf irgend eine Nebenbeschäftigung angewiesen sind. Ich will hier nicht die Gartenarbeit erwähnen. Das liegt auch in der Natur der Sache. Das ist nur zur Gesundheit. Aber sie gehen auch auf Lohnarbeit aus, und dies muß vermieden werden. Wenn das nebenher gemacht wird, strengt das körperlich und geistig an. Sie sind dadurch während ihrer Dienstzeit nicht so vollwertig, als wenn sie sich ausruhen können.

Dann hat der Herr Minister noch erwähnt, wenn die Leute um einen Pfennig pro Stunde aufgebessert würden, das würde 96 000 \mathcal{M} im Jahre ausmachen. Ja, meine Herren, dies will ich glauben. Es muß aber gemacht werden. Soll denn das ganze Volk darunter leiden? Nach dieser Richtung hin muß etwas mehr geschaffen werden. Wenn die 96 000 \mathcal{M} auch vervierfacht würden, so würden sie noch nicht ausreichen für angemessene Löhne. Dazu will ich erwähnen, daß vorige Woche dies nicht gesagt ist, wie es sich um die Winterschuldirektoren handelte. Da kamen allerdings nicht Arbeiter und Unterbeamte in Betracht. Aber die Löhne sind doch wesentlich anders, als worüber wir jetzt diskutieren. Also da kann doch nicht gesagt werden, das würde der Staatskasse zur Last fallen. Es ist doch besser, daß hier noch mehr geschehe.

Dann ist von den Vertretern des Mehrheitsantrages hervorgehoben, daß das Verhältnis zu den Beamtenbesoldungsgesetzen verletzt würde. Ich kann diese Ansicht nicht teilen. Und übrigens, wenn das der Fall wäre, würde es auch gar nicht schaden, denn ein großer Teil der unteren Beamten sind auch so minimal besoldet, daß sie eine Aufbesserung vertragen können. Ich will daran erinnern, daß sämtliche oldenburgische Staatsbeamten voll mit ihrem Einkommen zur Steuer herangezogen werden, während die preussischen Beamten nur mit 50% zu den Kommunalsteuern herangezogen werden. Dies sind Momente, die mit-sprechen, und wäre es wohl richtig, wenn auch die unteren Beamten eine Gehaltsaufbesserung erfahren.

Ich möchte bitten, den Minderheitsantrag anzunehmen, damit etwas positives geschaffen wird. Denn, wenn der Mehrheitsantrag angenommen wird, kann es im Sande verlaufen. Viel wird meiner Ansicht nach dadurch jedenfalls nicht erreicht werden.

Präsident: Se. Excellenz Minister Ruystrat I hat das Wort.

Minister Ruystrat: Meine Herren! Nur zwei Worte. Der Angriff, den der Herr Vorredner auf mich gemacht



hat, scheint mir recht unbegründet zu sein. Ich habe überhaupt nicht gesagt, daß wir nicht bereit seien, 95 000 *M* oder mehr für die Arbeiter auszugeben, ich habe lediglich gesagt, daß wenn er vorher von Feilscherei und Pfennigen geredet habe, es sich in Wirklichkeit bei jedem Pfennige um 95 000 *M* handele. Weiter habe ich nichts gesagt.

Präsident: Herr Eisenbahndirektionspräsident Graepel hat das Wort.

Eisenbahndirektionspräsident **Graepel:** Ich möchte mich zunächst dagegen wenden, daß nach der Meinung des Herrn Abg. Schmidt dann, wenn der Landtag zusammen berufen ist und er und seine Freunde die inneren Angelegenheiten der Eisenbahnverwaltung zur Sprache bringen, plötzlich Leben in die Verwaltung kommt und alles gemacht wird, was vorher versäumt worden ist. *M. H.!* Das ist entschieden nicht richtig, dies übt keineswegs einen Druck auf uns aus. Was den Hauptpunkt anlangt, die Frage, ob die Eisenbahnarbeiter genügend oder ungenügend bezahlt werden, so besteht allerdings eine wesentliche Meinungsverschiedenheit mit den Herren, die das Wort geführt haben, bezüglich des Tempos und der Obergrenze. Wenn Sie meinen, daß von heute auf morgen eine Lohnaufbesserung erfolgen soll, die die Arbeiter auf 1800 *M* bringt, diese Zahl nannte Herr Abg. Meyer, oder wenn Sie auch aus der 1800 *M* eine 1500 *M* machen und noch weniger, dann können wir allerdings nicht zusammen kommen. Das sind Steigerungen, die das Eisenbahnunternehmen einfach nicht tragen. Dann kommen Ausgaben heraus, die unser blühendes Eisenbahnwesen mit einem Schlage in ein zuschußbedürftiges verwandeln würden, mit anderen Worten also, es würden Steuern aufgebracht werden müssen, um bei den Eisenbahnbetriebskosten die Fehlbeträge zu decken.

Es ist aber keine Meinungsverschiedenheit, ich betone das ausdrücklich, insofern, als für die Arbeiter nicht etwas geschehen soll. Ich möchte nicht gern ruhmredig sein, aber ich kann doch wohl in Anspruch nehmen für die Verwaltung, daß in den letzten 10 bis 12 Jahren für die persönlichen Verhältnisse, den Lohn, die Arbeitszeit und die Versorgung der Arbeiter und Unterbeamten der oldenburgischen Eisenbahnverwaltung viel geschehen ist. Wenn die Herren das so darstellen, als wenn ihre Kritik die Auffassung der Eisenbahnbediensteten wiedergebe, so glaube ich, daß es recht viele geben wird, die ihnen nicht zustimmen; es mag ja solche geben, die in dasselbe Horn stoßen, aber ich bin fest überzeugt, daß Sie in der Beziehung die Eisenbahner keinesfalls geschlossen hinter sich haben. Ich glaube, daß ein großer Teil dieser Bediensteten die Auffassung hat, daß in der Tat nicht nur für sie etwas geschieht, für sie gesorgt wird, sondern auch daß es gern geschieht. Jedenfalls würden sie, wenn sie nicht diese Auffassung haben, irgehen, denn die Verwaltung sieht es als ihre Pflicht an, in den gegebenen Grenzen eine Aufbesserung in den Bezügen und Besoldungen eintreten zu lassen. Sie hat auch wesentliche Verbesserungen, die eingetreten sind, nicht etwa auf Betreiben der Arbeiter oder auf Betreiben der sozialdemokratischen Abgeordneten, es gab damals überhaupt im oldenburgischen Landtage keine, beschlossen, sondern durchaus aus freien Stücken, weil sie es als eine gern geübte Pflicht an-

sieht. Es muß auch selbstverständlich ein Fortschritt da sein, den Fortschritt will aber auch die Regierung, er soll aber langsam und stetig sein. Ja, Sie finden das etwas komisch, ich finde das sehr richtig, denn schließlich ändern sich die Verhältnisse, unter denen Sie leben, auch nicht plötzlich. Sie werden darauf hinweisen, daß im letzten Sommer solche plötzliche Veränderungen eingetreten sind. In der Beziehung wird aber leicht übertrieben und jedenfalls kommen auch rückläufige Verhältnisse. Eine fortlaufende, nicht sprunghafte Verbesserung der Verhältnisse liegt durchaus in der Absicht der Regierung und der Herr Minister hat schon die Erklärung abgegeben, daß der Mehrheitsantrag der Regierung nicht unympatisch ist, sondern im Gegenteil, daß sie bereit ist, in eine Prüfung der Verhältnisse einzutreten.

Ich will nun von all den vielen hier berührten einzelnen Punkten nur einige herausgreifen, weil ich glaube, daß manche Erörterungen, besonders die des Abg. Kleen, für die Herren, die nicht im Eisenbahnausschuß sitzen, kaum verständlich sind. Ich hebe den einen Punkt vor allen Dingen hervor. Es war Kritik an den Bemühungen der Eisenbahnverwaltungen geübt, das Einkommen der Arbeiter durch Prämien zu verbessern. Man hat dies ins Komische gezogen, indem man darauf hingewiesen hat, daß für ungefähr zwei Jahre eine Prämie von 6 *M* ausbezahlt sei. Das ist durchaus irreführend und Herr Abg. Schmidt ist wahrscheinlich bei den Verhandlungen im Ausschuß nicht zugegen gewesen, sonst könnte er nicht diese Ausführungen machen. Diese 6 *M*, die gezahlt sind, sind nicht nur an diejenigen Arbeiter gezahlt, bei denen rechnungsmäßig eine Mehrleistung herauskam, sondern sie sind an alle Arbeiter gezahlt, auch an die, bei denen sich eine Minderleistung ergab. Dies ist deshalb geschehen, weil bei den Ermittlungen nicht mit Sicherheit festgestellt werden konnte, wo eine Mehrleistung vorhanden war. Dies hängt damit zusammen, daß die Verhältnisse im Eisenbahnwesen nicht so einfach sind, wie vielfach angenommen wird. Das Arbeitsprogramm läßt sich nicht so durchführen, wie wir es Anfang des Jahres festgesetzt haben. Wenn Sie daraus die Folge ziehen, daß die Eisenbahnverwaltung sich geirrt hat, als sie dieses System in Angriff nahm, so gebe ich Ihnen recht. Der gewünschte Erfolg ist auf diesem Wege nicht erzielt worden, aber es wird jetzt in etwas anderer Weise gehandhabt. Bei anderen Formen des Prämienystems, z. B. bei den Güterbodenarbeitern ist das System besser gewesen, dort bewährt es sich in der Form, wie es in Angriff genommen ist, und es ist an einzelnen Orten bereits jetzt durchgeführt. Dieses System hat den Arbeitern ganz erfreuliche Mehreinnahmen gebracht, ich bitte daher dringend im Interesse der Sache, die Bemühungen der Verwaltung nicht ins Komische zu ziehen, das sind sehr ernste Dinge, welche für die Arbeiter und für die Verwaltung in gleicher Weise ersprießlich und dienlich sind, und wodurch die Verwaltung in die Lage versetzt wird, den Arbeitern etwas zuzuwenden. Denn daran können Sie nichts deuteln und nichts ändern, man kann nicht ins Blinde hinein, ohne daß die Deckung nachgewiesen wird, die Löhne in Höhe treiben und das Beispiel, daß der Herr Minister angeführt hat, daß schon 10 Pfennig für den Tag oder 1 Pfennig für die Stunde allein bei denjenigen Leuten, die nach Tagelohn abgelohnt werden,



was ja nur knapp die Hälfte ist, bereits eine Ausgabe von rund 100 000 *M* mit sich bringt, daß also, wenn Sie in der Weise sich ins Zeug legen, wie die Vorredner es getan haben, mit Sicherheit die Wirkung eintreten wird, daß die Durchführung sich als unmöglich erweist. Wir müssen eben, als die an verantwortlicher Stelle stehenden Beamten auf den billigen Ruhm verzichten, aus dem vollen zu wirtschaften, großzügig zu sein und mit vollen Händen hier den Leuten zu geben, wenn wir auch zugestehen, daß sie sich mit knappen Löhnen, absolut betrachtet, behelfen müssen. Es ist nun mal so, daß die große Zahl der auf Lohnarbeit Angewiesenen hier nicht auf Kosten gebettet ist, sondern sich sehr einzurichten hat mit dem Einkommen, und das können wir auf dem Gebiete der Eisenbahnverwaltung nicht ohne weiteres aus der Welt schaffen.

Ich möchte noch mit einem Worte auf die Petitionen im allgemeinen eingehen und möchte da voraus schicken, daß die Verwaltung und die Regierung selbstverständlich weit davon entfernt sind, den Eisenbahnbediensteten ihr Petitionsrecht, sei es mittelbar, sei es unmittelbar, irgendwie einzuschränken. Sie mögen ihre Petitionen nach eigenem Ermessen so zahlreich hergeben, wie sie es wollen, das ist auch das, was wir den Leuten persönlich sagen. Die Regierung ist auch keineswegs abgeneigt, über die Petitionen mit dem Eisenbahnausschuß eingehend zu verhandeln, im Gegenteil wir sind der Meinung, daß je gründlicher wir gemeinsam die Verhältnisse erörtern, desto günstiger es für die Verwaltung ist. Es ist ja auch Ihnen allen bekannt, daß gerade das Ergebnis der gemeinsamen Erörterungen sehr häufig das ist, daß Änderungen vorgenommen werden. Ich brauche in der Beziehung nur auf die Petition der Gütervorarbeiter hinzuweisen, wo die Regierung auf Grund der von den Herren im Ausschusse zu erkennen gegebenen Auffassung über die eigenen Anträge hinausgegangen ist. Auf der anderen Seite überheben die Verhandlungen den Landtag und das Votum des Landtages selbstverständlich die Regierung nicht ihrer Pflicht und benehmen sie nicht ihres Rechtes, das Ergebnis der Prüfungen selbständig noch weiter auf ihre Durchführbarkeit zu prüfen, und wenn man der Meinung ist, daß das nicht geht, davon abzuweichen. Ich hebe dies besonders hervor, weil ja vorgestern hier noch eine Petition der Bahnsteigschaffner und Pförtner wiederholt der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen ist und die Regierung aus den bekannten Gründen, wie Sie aus den Berichten wissen, nicht in der Lage ist, auf den Antrag einzugehen. Ich will auf die Gründe hier nicht zurückkommen, da diese Angelegenheit selbst heute nicht zur Erörterung steht, und nur bemerken, daß, wenn diese Petenten die außergewöhnliche Zulage von 100 *M* bekommen, mit demselben Recht sich eine außerordentlich große Zahl von Angestellten auf den Vorgang berufen können.

Auf der anderen Seite haben wir, wie Ihnen auch bekannt ist, nicht nur für die Gütervorarbeiter neue Stellen beantragt, sondern auch noch für mehrere andere Klassen, die nicht petitioniert haben, für die Boten und Pförtner der Zentralverwaltung, für die Stations- und Bahnvorarbeiter und andere, und auch wenn keine Petition vorgelegen hat, hat die Regierung keinen Augenblick gezögert, die Forderung, die sie aus der Bewilligung des einen Antrags zu

ziehen hat, tatsächlich zu ziehen. Auf der anderen Seite hat sie wiederum Petenten, ich nenne hier die Zugführer und Schaffner, die um eine Zulage gebeten hatten, trotz der Bewilligung der Zulage an die Gütervorarbeiter und an die eben erwähnten Klassen, nicht folgen können, so daß die Petitionen keinen Erfolg haben.

Kurz gefaßt, will ich sagen, der bloße Umstand, daß petitioniert wird, nützt nichts für die Leute, auch wenn sie sich an den Landtag wenden, darum bekommen sie von uns nichts mehr, sondern es kommt nur auf die Gründe, die sie vorbringen, an. Diese Gründe werden mit dem Eisenbahnausschuß erörtert. Kommt bei der Beratung heraus, daß die Gründe stichhaltig sind, berücksichtigen wir sie, wir ziehen aber auch zu Gunsten der Leute, die nicht petitioniert haben, jedoch ebenso berücksichtigungswert sind, die Folge, daß sie daselbe erhalten. Auch würde die Regierung die Gründe schon gewürdigt haben, wenn sie ihr vor Einreichung der Petition vorgetragen wären. Nötig sind die Petitionen also nicht, andererseits hebe ich nochmals hervor, daß die Leute auch keinen Nachteil vom Petitionieren haben.

Präsident: Herr Abg. Müller (Brake) hat das Wort.

Abg. **Müller:** Noch einmal möchte ich die Behauptung, daß der Antrag der Mehrheit nichts bedeutet und ein Schlag ins Wasser ist, zurückweisen. Erstens ist am Schlusse des Mehrheitsantrages besonders beantragt worden, daß die Staatsregierung dem Landtage eine Vorlage auf Einstellung der für eine Lohnaufbesserung erforderlichen Mittel machen wolle. Das ist entschieden etwas positives. Und zweitens haben wir vom Regierungstische gehört, daß die Staatsregierung dem Antrage entsprechend in eine Prüfung eintreten will. Es kommt gewiß etwas dabei heraus und dann sind wir nach Weihnachten in der Lage, zu prüfen, inwieweit eine Erhöhung eintreten soll. Wir müssen doch vorher wissen und es muß das doch durch eine Prüfung festgestellt werden, was das kosten wird, welche Mittel erforderlich sind, um die Wünsche erfüllen zu können; ohne eine Prüfung können wir überhaupt nichts machen. Und deshalb ist der Antrag der Minderheit, wie er gestellt ist, undurchführbar und er kann überhaupt keine Folgen haben, weil nichts Positives darin enthalten ist.

Dann möchte ich noch auf einen Punkt zurückkommen, den Herr Abg. Meyer erwähnt hat, nämlich daß die Gehaltsordnung nicht durch den Minderheitsantrag gestört werde und nicht ein Eingriff in die Gehaltsordnung stattfindet, wenn die höchsten Lohnsätze noch weiter erhöht werden. Die höchsten Lohnsätze gehen jetzt schon über die Minimalgehaltsätze hinaus, und es könnte unter Umständen der Fall eintreten, daß diejenigen, die den Höchstlohnsatz haben, bei ihrer Anstellung eigentlich zurückgehen müssen. Das geschieht nun ja natürlich nicht. Aber die Spannung zwischen dem höchsten Lohn und den niedrigsten Sätzen der Gehälter darf nicht zu groß sein, sonst entstehen Schwierigkeiten, und wenn wir die Gehaltsordnung durchbrechen, dann können wir nur gleich eine neue machen und hier noch Monate sitzen.

Präsident: Herr Abg. Heitmann hat das Wort.

Abg. **Heitmann:** Seitens des Herrn Eisenbahnpräsidenten ist die Ansicht ausgesprochen, daß die Arbeiter wohl



im allgemeinen die Auffassung haben werden, daß seitens der Verwaltung gern etwas für die Arbeiter geschieht. Ich glaube, die große Zahl der Petitionen spricht denn doch ganz besonders gegen diese Auffassung der Eisenbahnverwaltung. Wogegen ich mich seit Jahren wiederholt gewandt habe, das sind die niedrigen Anfangslöhne, die die Arbeiter bei der Eisenbahnverwaltung haben. Herr Müller (Brake) hat versucht, es so hinzustellen, als wenn die niedrigen Anfangslöhne nur an junge Leute gezahlt würden; aber wenn man bedenkt, daß diese Leute schon vom Militär zurückgekehrt sind, so werden Sie mir beistimmen müssen, daß junge Leute nicht in Frage kommen. Es handelt sich hier wirklich nicht um junge Leute, sondern zumeist um verheiratete Personen, die zum Eisenbahnbetriebe übergehen, und die dann mit einem Anfangslohn von 2 *M* 50 *s* und 10 *s* Wohnungsgeldzuschuß eintreten, und zwar sind das nicht Arbeiter, die auf irgend einem kleinen Ort tätig sind, sondern Arbeiter, die hier bei der Eisenbahnverwaltung in Oldenburg beschäftigt werden. Ich meine, daß Löhne von 2,60 *M* pro Tag für verheiratete Personen Sätze sind, die man nicht mehr zahlen dürfte, und deshalb habe ich wiederholt dem Wunsche Ausdruck gegeben, man möchte doch endlich mit diesen niedrigen Anfangslöhnen aufräumen. Der durchschnittliche und ortsübliche Tagelohnsatz, wie er für die Versicherungsgesetze zu Grunde gelegt ist, beträgt hier für die Stadt Oldenburg 3 *M* und für das Amt Oldenburg 2,70 *M*. Sie sehen also, daß die Eisenbahndirektion noch nicht einmal den Lohnsatz, der hier ortsüblich ist, gibt. Und was als ortsüblicher Lohn gilt, sind durchschnittlich die niedrigsten Löhne, die gezahlt werden. Dabei kommt aber noch in Betracht, daß dieser niedrige Lohnsatz, von der Eisenbahnverwaltung nicht einmal das ganze Jahr gezahlt wird, sondern, wie Sie sich aus meinen Ausführungen, die ich ebenfalls seit Jahren gemacht habe, erinnern werden, erhalten die Rottenarbeiter in den Wintermonaten nur Stundenlohn, und wenn sie weniger als 10 Stunden beschäftigt werden, sinkt der Lohn. Sonst ist es fast überall so, daß bei denjenigen Arbeitern, bei denen im Winter verkürzte Arbeitszeit üblich ist, der Lohn für die Sommermonate wesentlich höher ist, hier bei der Eisenbahnverwaltung sehen wir, daß das durchaus nicht der Fall ist. Man beschäftigt hier in Oldenburg, ich will das nochmals ausdrücklich feststellen, Arbeiter, verheiratete Arbeiter, mit 2,60 *M* Tagelohn einschließlich des Wohnungsgeldzuschusses.

Nun werden Sie vielleicht sagen, das sind Anfangslöhne, die steigen ja. Bekanntlich erhalten die Arbeiter alle drei Jahre nur eine Lohnzulage von 10 *s* und so müssen sie ziemlich lange warten, ehe ein höherer Lohnsatz herauskommt. Sie haben also ziemlich lange den ortsüblichen Lohn.

Dann möchte ich bezüglich des Prämienystems noch einige Worte sagen. Die Art der Berechnung des Prämienystems läßt sich nach verschiedenen Grundsätzen aufstellen. Hier scheint es so zu liegen, daß der Grundsatz zur Berechnung des Prämienystems in Anwendung kommt, bei dem möglichst wenig für die Arbeiter herauskommt. Durch das Prämienystem, wie es bezüglich der Rottenarbeiter und mehrerer anderer Arbeiter zur Anwendung kommt, erweckt man bei den Arbeitern falsche Hoffnungen. Es ist mir dieser Tage bekannt geworden, daß nur diejenigen Arbeiter

an den Prämien partizipieren, welche ein viertel Jahr ununterbrochen bei der Eisenbahnverwaltung beschäftigt sind; wenn also die schlechten Löhne Veranlassung geben, aus der Verwaltung auszutreten, so erhalten die Arbeiter diese Prämie nicht. Die Klausel, daß nur Leute mit einer ununterbrochenen einvierteljährigen Arbeitszeit Anspruch auf Prämie erheben können, gibt Veranlassung zu der Frage, ob denn ein großer Wechsel vorliegt, und das scheint bei den Rottenarbeitern der Fall zu sein, denn sonst hätte diese Klausel in den Ukas der Eisenbahnverwaltung keine Aufnahme finden können. Wohlwollen haben die Eisenbahndirektion und der Landtag schon seit Jahren versprochen, aber die Forderung, nun endlich die äußerst niedrigen Anfangslöhne zu erhöhen, ist noch immer unerfüllt geblieben. Jetzt haben viele Petenten sich wohl gesagt, nun eine ganze Reihe liberaler Abgeordnete neben den sozialdemokratischen in den Landtag eingezogen ist, werden die Liberalen das geäußerte Wohlwollen in die Tat umsetzen und dafür eintreten, daß mit den niedrigen Lohnsätzen aufgeräumt wird. Ich glaube, die Petenten werden die sehr bittere Erfahrung machen, daß sie nach dieser Richtung ihre Hoffnungen getäuscht sehen.

Es wird ja immer versucht, graulich zu machen vor der Höhe der Summe, die durch die Mehrgewährung an Lohn erwächst. Wenn man aber die Zahl der Arbeiter in Betracht zieht und den Betrieb, dann ist es ganz selbstverständlich, daß, wenn die Lohnzulagen auch nicht so erheblich sind, doch große Summen herauskommen müssen. Wenn hier seitens des Herrn Präsidenten gesagt ist, bei den geforderten Lohnerböhrungen könnte es dahin kommen, durch Steuerzuschläge schließlich die Eisenbahn rentabel zu machen oder sich freuen, wenn man kein Defizit macht, dann ist das übertrieben.

Ich möchte noch ein paar Worte zu den vielen Beschwerden der Fahrbeamten sagen, die sich fortgesetzt über zu lange Arbeitszeit beklagen, und dies hauptsächlich auf eine schlechte Zusammenlegung der Touren zurückführen. Wenn die Eisenbahnverwaltung sich vor der Aufstellung der Zugpläne mit einem Ausschusse des Fahrpersonals in Verbindung setzen würde über die Zusammenstellung der Touren, so würde meines Erachtens die Eisenbahnverwaltung sich absolut nichts dabei vergeben, dann würden aber derartige Unstimmigkeiten, wie sie heute bei einzelnen Touren bestehen, fortfallen. Es würde zu weit führen, hier auf Einzelheiten bezüglich der Wünsche des Fahrpersonals einzugehen, eine Nachprüfung der Touren wird ohne weiteres der Eisenbahnverwaltung zeigen, daß hier sehr wohl hätte anders verfahren werden können. Ich will nur an die Strecke Osnabrück erinnern, wo in die Touren sogen. Ruhepausen gelegt sind, mit denen dem Fahrpersonal gar nicht gedient ist.

Präsident: Herr Eisenbahndirektionspräsident Graepel hat das Wort.

Eisenbahndirektionspräsident Graepel: In den Ausführungen des Herrn Abg. Heitmann sind verschiedene Unrichtigkeiten enthalten. Er hat von den Oldenburger Löhnen gesprochen, und gesagt, sie betragen 2,50 *M*, und 10 *s* Mietzuschuß, also 2,60 *M*. Tatsächlich beträgt der Anfangslohn für die Betriebsarbeiter 2,70 *M* und 4 *M*



(Zuruf: Rottenarbeiter.) Für die Rottenarbeiter nicht 2,60 *M* sondern 3 *M* und augenblicklich werden, um einen anderen Punkt der Klagen mit zu erledigen, 3,50 *M* gezahlt, die 50 *g* mit der besonderen Begründung, weil mit Beginn des Baues Arbeiter, die anders gelohnt werden, herangezogen werden mußten und die Rottenarbeiter infolgedessen den Wunsch aussprachen: Wir möchten doch nicht schlechter stehen wie diese. Das sind aber vorübergehende Verhältnisse und man hat deshalb gesagt: Gut, vorübergehend sollen diese 50 *g* gezahlt werden. Und man hat die Form gefunden, um ihnen den Unterschied klar zu machen, indem man sagte: Ihr bekommt 3 *M* Lohn und außerdem 50 *g* vorübergehende Zulage.

Die erste Bestimmung, daß alle Arbeiter $\frac{1}{4}$ Jahr bei uns gewesen sein müssen, ist nach neueren Bestimmungen abgeändert, es heißt jetzt, daß diese Prämien alle Monate ausbezahlt werden, ausdrücklich als Prämie dafür, daß sie bei uns bleiben, weil nun einmal die Neigung besteht, in andere Verhältnisse hineinzugehen, wo sie höhere Löhne beziehen. (Abg. Heitmann: Infolge der schlechten Löhne.) Ich habe nichts hinzuzufügen. Ich habe gesagt, sie haben 3 *M* und Sie sagten 2,60 *M*.

Außerdem möchte ich bezüglich der Anfangslöhne hinzufügen, daß die niedrig gehaltenen Anfangslöhne nur bei den Betriebsarbeitern gezahlt werden, nicht bei den Rottenarbeitern. Bei den Betriebsarbeitern wird Gewicht darauf gelegt, daß wir die Leute in jungen Jahren bekommen; es wird ihnen eine beamtenähnliche Laufbahn eröffnet mit Alterszulagen, Stellung auf Tagelohn oder Monatsvergütung und durchweg mit der Möglichkeit, in Beamtenverhältnisse einzurücken. Da dürfen die Anfangslöhne nicht so beurteilt werden, wie bei den reinen Lohnarbeitern. Es fängt nicht mit dem an, was unbedingt zum Leben und zum Unterhalt einer Familie nötig ist und es ist durchaus erwünscht, wenn die Leute in jungen Jahren und unverheiratet zu uns kommen. Wir legen besonderes Gewicht darauf, Unverheiratete zu haben, weil diese Arbeiter sehr häufig verckszt werden und das bei Arbeitern mit Familie manchmal nicht möglich ist.

Wenn dann Herr Abg. Heitmann meinte, es wäre nicht ernst zu nehmen, wenn ich gesagt habe, die Eisenbahnbetriebsüberschüsse reichten nicht aus, die Löhne zu erhöhen, wie er und seine Freunde es wünschen, so muß ich das durchaus aufrecht erhalten. Ich habe die 1800 *M* heruntersetzt auf 1500 *M* und sie brauchen es nur durchzusetzen, daß 1500 *M* gezahlt werden und die Ueberschüsse sind weg, sind in das Gegenteil verwandelt. Das ist voller bitterer Ernst.

Schließlich ist Herr Abg. Heitmann noch auf die Diensterteilung der Fahrbeamten gekommen und hat es so hingestellt, als brauchte die Verwaltung nur das Personal zu fragen, so würde sie dahinter kommen, daß alles oder vieles falsch sei. Ich möchte darauf erwidern: Diese Diensterteilungen sind das Produkt sehr sorgfältiger Ermittlungen unserer Sachverständigen und sind eine auf großer Erfahrung beruhende Arbeit, eine Erfahrung, die niemand hier im Hause hat, die niemand unter den Beamten selbst hat, die dabei beteiligt sind, die übersehen die Verhältnisse bei weitem nicht, mit solcher Sicherheit Vollständigkeit wie diejenigen, die die Einteilung machen. Und es ist auch durchaus un-

richtig, daß die Wünsche dieser Beteiligten nicht berücksichtigt werden, im Gegenteil wir halten uns mit ihnen in Fühlung, um ihre Wünsche kennen zu lernen und nach Möglichkeit zu berücksichtigen und sie sind nicht so blöde, daß sie mit ihren Wünschen nicht hervorkämen, derartige Wünsche sind keineswegs selten und sind in jedem einzelnen Falle auf ihre Durchführbarkeit geprüft und wenn sie durchführbar waren, sind sie berücksichtigt.

Präsident: Herr Abg. Meyer hat das Wort.

Abg. Meyer: M. H.! Der Herr Eisenbahndirektionspräsident hat es geschickt verstanden die Situation günstiger für sich zu gestalten, indem er hier mitteilte, die Löhne der Bahnunterhaltungs- und der Rottenarbeiter betragen 3 *M*, er hat aber nicht gesagt, daß damit nur Oldenburg gemeint ist. Die Löhne für die Bahnunterhaltungs- und Rottenarbeiter betragen in der Mehrzahl nur 2,50 *M*, 2,60 *M* und 2,70 *M*, nicht allgemein werden 3 *M* gezahlt.

Dann möchte ich auf die Ausführungen des Herrn Abg. Müller (Brake) zu sprechen kommen, der sich dagegen gewandt hat, daß von uns erklärt ist, wenn der Antrag der Mehrheit angenommen werde, so bedeute das einen Schlag ins Wasser, und dann in seiner Entgegnung darauf Bezug genommen hat, daß die Eisenbahnverwaltung und auch der Herr Minister bereits erklärt hätten, für die unteren Beamten und Arbeiter etwas tun zu wollen. M. H.! Sie müssen die Begründungen zu den Anträgen dieser beiden Teile des Ausschusses lesen und dann werden Sie finden, daß dieselben ganz wesentlich voneinander abweichen. Die Minderheit wünscht, daß eine allgemeine Aufbesserung vor sich gehen soll und die Mehrheit will nur Unstimmigkeiten ausgleichen. Ja, m. H., mit Unstimmigkeiten ausgleichen ist nicht mehr gesagt, als daß man es der Eisenbahnverwaltung überläßt, vielleicht hier und da bei einer Kategorie eine kleine Aenderung eintreten zu lassen, um unwesentliche Verschiedenheiten zu beseitigen. Wir dagegen wollen, daß in Anbetracht der veränderten ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse für die Gesamtheit der Unterbeamten und Arbeiter wirklich etwas geschieht und wer das will, der muß den Antrag der Minderheit annehmen.

Nun einiges zu dem Herrn Präsidenten. Er hat erklärt, wir würden uns wahrscheinlich nicht einigen über genügend oder ungenügend und über das Tempo und die Obergrenze, namentlich dann, wenn wir 1800 *M* oder nur 1500 *M* forderten. Herr Präsident! Ich habe nur angeführt, daß Leute, auf die Sie sonst etwas geben, aus bürgerlichen Kreisen, Nationalökonomien und Sozialpolitiker, daß diese erklären, daß 1800 *M* notwendig sind, um menschenwürdig leben zu können. Daraus dürfen Sie nicht folgern, daß ich oder die Minderheit in dem Antrag nichts mehr oder nichts weniger beabsichtigen, als die Löhne auf 1800 *M* hinaufzusetzen. Nein, meine Herren! Da könnten Sie mit einem Schein des Rechts sagen, das würde zu bedeutend sein, da würde unser blühendes Eisenbahnwesen in Gefahr geraten. Wenn nur einigermaßen etwas geschieht, so viel, wie von der Reichsmarineverwaltung den Arbeitern zugestanden ist, nämlich 30 *g* pro Tag, so würden wir uns schon bescheiden. Aber lediglich für einen Teil der Beschäftigten anstatt dreijährige Zulagefristen jetzt zweijährige



einzuführen, das bedeutet für diese eine Zulage von 10 $\%$ und das ist uns durchaus ungenügend, das ist nicht ausreichend.

Ich muß dann nochmals auf die Redewendung des Herrn Eisenbahnpräsidenten, bezüglich unseres blühenden Eisenbahnwesens, zurückkommen. Er hat gesagt, daß der Betrieb dann nicht aufrecht erhalten werden könne, weil er Zuschüsse erfordere, wenn nach unserem Antrage die Löhne erhöht würden. Da möchte ich doch erklären, wenn der Betrieb nur aufrecht erhalten werden kann auf Grund der niedrigen Löhne, so hat er eben keine Existenzberechtigung. Aber die Ziffern der Eisenbahnbetriebskasse widersprechen dem ganz entschieden. Wie können Sie deshalb erklären, unser blühendes Eisenbahnwesen in Gefahr zu bringen, wenn Sie unserem Antrag Rechnung tragen und 3 $\%$ für die Stunde auflegen. Das ist jedenfalls die größte Uebertreibung.

Dann hat der Herr Eisenbahnpräsident weiter mitgeteilt, daß in den letzten 10 Jahren die Eisenbahnverwaltung sehr wohl ein offenes Auge für die Beamten und Arbeiter gehabt, insofern, als ihre wirtschaftliche Lage aufge bessert worden ist. M. H.! Das stelle ich nicht in Abrede, aber das, was aufge bessert ist, das hat den Zeitverhältnissen entsprechend nicht genügt und das Tempo kann ebenfalls nicht genügen. Wir sind der Auffassung, daß es etwas mehr, und das Tempo etwas schneller hätte sein müssen.

Dann m. H., legen wir aber ganz entschieden Verwahrung dagegen ein, wenn der Herr Eisenbahnpräsident hier hat durchblicken lassen, daß uns vor allen Dingen daran gelegen sei — er sagte, nach unseren Ausführungen sei das wahrscheinlich — agitatorisch zu wirken. Demgegenüber betone ich mit aller Schärfe, daß es uns absolut ernst ist, für die unteren Beamten und Arbeiter mehr zu erreichen und etwas zu tun, nicht um nach außen Agitation damit zu treiben, das haben wir nicht nötig.

Und weiter trifft es nicht zu, der Abg. Heitmann hat schon kurz darauf hingewiesen, daß die Beamenschaft und auch die Arbeiter gar nicht hinter diesen Anträgen stehen. Herr Präsident! Wir nehmen für uns nicht in Anspruch, daß alle Arbeiter und unteren Beamten dahinter stehen. Wir haben nicht danach gefragt, wir haben nur Bezug genommen auf die vielen Petitionen, die eingegangen sind. Daraus ist ersichtlich, daß die Beamten und Arbeiter mit ihrer wirtschaftlichen Lage unzufrieden sind und das hat uns veranlaßt, in eine Prüfung der Materie einzutreten und aus diesen Gründen sind wir zu dem Antrage gekommen. Also damit ist wohl widerlegt, wenn der Herr Präsident erklärt, die Beamten und Arbeiter wüßten sehr wohl, daß ihre Interessen bei der Eisenbahnverwaltung sehr gut aufgehoben seien und sie ständen nicht hinter dem, was wir beantragt hätten. Das Gegenteil ist durch die Petitionen bewiesen.

M. H.! Dann hat der Präsident erklärt, daß eine fortlaufende langsame Entwicklung der Bezüge der Beamten und Arbeiter seitens der Eisenbahnverwaltung beobachtet würde. Das haben wir auch nicht bestritten, aber darüber gehen gerade unsere Ansichten auseinander. Uns ist eben die fortschreitende langsame Entwicklung viel zu langsam und die Verhältnisse haben sich schneller geändert

zu Ungunsten der unteren Beamten und Arbeiter und deshalb wünschen wir, daß man diesem Gesichtspunkt mehr Rechnung trägt, als das bisher geschehen ist.

Nun noch ein weiteres. Der Herr Eisenbahndirektionspräsident hat dann erklärt, die Petitionen, die an den Landtag gesandt würden und die auch von dem Landtag zur Berücksichtigung empfohlen seien, sänden bei der Eisenbahndirektion keine größere Berücksichtigung, als wenn dies nicht vorliege. Es sei gleichwertig, ob der Landtag sie befürwortet bezw. zur Berücksichtigung empfiehlt, oder ob sie nicht an den Landtag gesandt würden und er empfehle den Beamten und Arbeitern, für die Zukunft weniger mit Petitionen an den Landtag heranzutreten. Wenn ich richtig verstanden habe, dann kann damit nur gemeint sein, daß von der Eisenbahndirektion eine Drohung ausgesprochen sein soll, gerichtet an die Beamten und Arbeiter, mit ihren Petitionen nicht mehr an den Landtag zu gehen. Ich möchte nicht, daß damit den Arbeitern und Beamten ihr Petitionsrecht verkümmert werden soll und empfehle, daß diese vielleicht unbewußte Drohung seitens der Beamten und Arbeiter die Beachtung finden möge, daß genau so, wie sie es aus ihren wirtschaftlichen Verhältnissen heraus bisher für notwendig gehalten haben, auch für die Zukunft mit ihren Petitionen an den Landtag herankommen, trotzdem der Herr Eisenbahndirektionspräsident in seiner Art eine solche einschüchternde Erklärung abgegeben hat.

M. H.! Ich erkläre nochmals, wenn es ernst damit ist, für die unteren Beamten und Arbeiter etwas zu tun, der muß dem Antrage der Minderheit seine Zustimmung geben. Wer zunächst angenommen hat, daß der Antrag der Mehrheit im Effekt genau dasselbe erreichen wolle, der muß nunmehr durch die Erklärung des Herrn Abg. Müller, der der Antragsteller der Mehrheit ist, anderer Ansicht geworden sein, da auch in der Begründung gesagt ist, daß lediglich Unstimmigkeiten beseitigt werden sollten. Ich verweise nochmals darauf, eine allgemeine Aufbesserung ist notwendig und diese zu erreichen, kann man nur durch Annahme des Antrages der Minderheit.

Präsident: Herr Eisenbahndirektionspräsident Graepel hat das Wort.

Eisenbahndirektionspräsident Graepel: Herr Abg. Meyer wollte meine Bemerkungen bezüglich der Löhne für die Rottenarbeiter damit widerlegen, daß er sagte, daß nur in Oldenburg das geschehe. Ich weise darauf hin, daß Herr Abg. Heitmann eben seinerseits von den Löhnen in Oldenburg sprach und ich deshalb die Antwort gab, die für Oldenburg die richtige war. Wenn er dann hinzufügte, anderswo würden 25 und 26 $\%$ gegeben, so ist das auch nicht richtig. Der Mindestlohn, den wir bezahlen, beträgt 27 $\%$. (Zuruf: Nein.) Ich bitte Sie, wollen Sie das besser wissen wie ich. Wenn Sie es wirklich nicht glauben, so werde ich Ihnen dieses Stück geben, in dem alle Orte zusammengestellt sind. Da können Sie sich ruhig darauf verlassen, es findet sich kein Ort, wo 26 $\%$ gezahlt werden.

Dann hat Herr Abg. Meyer sich dagegen gewandt, daß er behauptet hätte, 1800 \mathcal{M} wäre das Ziel. Das habe ich auch nicht gesagt, aber da im Antrage selbst keine Zahl enthalten ist, bleibt nichts anderes übrig, als mit



denjenigen Zahlen zu arbeiten, die die Herren in der Debatte genannt haben und ich habe meinerseits dann die 1800 *M* auf 1500 *M* heruntergesetzt und daran meine Bemerkung geknüpft, ich hätte sie ebenso gut an die Bemerkungen, die uns von Herrn Abg. Schmidt gemacht wurden, anknüpfen können, der von 1 *M* Zulage für den Tag sprach, das würde dieselbe Wirkung haben.

Sodann hat Herr Abg. Meyer gesagt, ich hätte ihm zur Last gelegt oder angedeutet, seine ganze Stellung zu diesen Petitionen und Anträgen wäre agitatorisch und er hat demgegenüber betont, sie wären in der Tat von dem besten Willen beseelt, den Leuten zu helfen. Ich habe überhaupt nicht davon gesprochen. Ich würde das als unfruchtbar ansehen. Nachdem Sie aber diese Absicht kundgegeben haben, glaube ich gern, daß Sie den Leuten helfen wollen und spreche ich mich gar nicht darüber aus, ob Sie agitatorische Zwecke damit verfolgen, das habe ich vorhin nicht getan und das tue ich auch jetzt nicht.

Dann hat Herr Abg. Meyer meine Bemerkungen von dem vielen Petitionieren so gedeutet, als wenn damit eine Drohung beabsichtigt sei. Das Gegenteil ist der Fall. Ich habe vorangestellt in meinen Erörterungen, daß wir den Leuten das Petitionsrecht nicht verkümmern wollen und daß wir jeder einzelnen Abordnung und jedem einzelnen Beamten, der sich über Lohnverhältnisse beschweren wollte, gesagt haben: Das ist lediglich Eure Sache, in der Beziehung seid Ihr vollständig unbeschränkt. Und ich habe die Erörterungen damit geschlossen, daß ich sagte: Wenn Sie es nun trotzdem für richtig halten zu petitionieren, so mögen Sie es weiter tun, Schaden wird Ihnen daraus nicht entstehen. Wie darin eine Drohung liegen kann gegen diejenigen, die petitionieren, ist mir vollständig unverständlich. Und ferner liegt ein Mißverständnis vor bezüglich der Bemerkungen über solche Petitionen, die vom Landtage zur Berücksichtigung überwiesen worden sind. Durchaus würdigt die Regierung die Stellung des Landtages, sie würdigt die Gründe, die dazu geführt haben, und selbst dann, wenn sie die Gründe nicht als stichhaltig ansieht und ihre Gründe besser sind, kommt es vor, daß sie diesem Votum nachgibt, wenn sie die Sache nicht für prinzipiell hält. In der Beziehung erinnere ich daran, daß gegen die Ansicht der Regierung die Station Moorwinkelsdamm zu stande kam.

Also dagegen möchte ich nochmals entschieden Verwahrung einlegen, als wenn mittelbar oder unmittelbar das Petitionsrecht verkümmert wird, weil das von dem Personal gehört wird.

Präsident: Herr Abg. Jordan hat das Wort.

Abg. Jordan: Ich kann mit Rücksicht darauf, daß uns die Angelegenheit nach Weihnachten wieder beschäftigen wird, jetzt mit einigen Worten abkommen. Ich hätte keine Veranlassung gehabt, das Wort zu nehmen, wenn der Herr Eisenbahndirektionspräsident hier nicht versucht hätte, diese ganze Kritik über die Eisenbahnverhältnisse so darzustellen, als wenn die Sache lediglich von den sozialdemokratischen Abgeordneten hervorgerufen ist, und als ob Herr Abg. Schmidt hier ausgesprochen hätte, die Eisenbahnverwaltung mache nur dann etwas, wenn die sozialdemokratischen Abgeordneten in dem Landtage auftreten und dann das Feuer

auf den Nägeln brenne. *M. H.!* Das ist nicht gesagt. Der Abg. Schmidt hat lediglich hier im Landtage Gelegenheit genommen, auf die vorliegenden Fragen einzugehen. Daß er dazu berechtigt war geht daraus hervor, daß neben dem Minderheitsantrage auch ein Mehrheitsantrag vorliegt. Es wird allerlei gekostet haben, daß die Mehrheit sich zu ihrem Antrage entschlossen hat, aber jedenfalls liegt die Tatsache zu Grunde, daß die Mehrheit des Eisenbahnausschusses aus den Petitionen etwas entnommen hat, was ihr Veranlassung gab, die Eisenbahndirektion und die Eisenbahnverwaltung aufzufordern oder ihr zu empfehlen, eine Prüfung der verschiedenen Verhältnisse vorzunehmen. Darnach waren wir berechtigt, Kritik zu üben und uns nach dieser Richtung vorzubehalten, weitere Anträge zu stellen.

Der Herr Eisenbahndirektionspräsident hat dann gesagt, daß das Zusammenkommen des Landtags absolut keine Wirkung auf die Eisenbahnverwaltung ausübe und weiter, daß wiederholte Beschlüsse des Landtags betreffend Bewilligung einer Zulage an die Bahnsteigschaffner und Pförtner in Oldenburg nicht erfüllt worden seien der Konsequenzen wegen. Das beweist, daß die Wünsche des Landtags absolut nichts gelten bei der Eisenbahndirektion. Man sagt sich, es geht in Rücksicht auf andere Beamten nicht, nur deshalb tun wir es nicht. Ob der Landtag sich das immer so gefallen läßt, kann ich augenblicklich nicht übersehen, wir werden ja abwarten, in welcher Weise die Mehrheit des Hauses Stellung zu der ganzen Frage nimmt.

Dann hat der Herr Eisenbahndirektionspräsident des weiteren gesagt, man solle die Verwaltung nicht ins Komische ziehen. *M. H.!* Das hat wohl kein Abgeordneter getan, aber wenn man, wie beispielsweise den Bahnsteigschaffnern in Delmenhorst eine Zulage von 2 *§* pro Tag gibt, dann wirkt das so komisch, daß ich sagen muß, wenn eine komische Wirkung hervortritt, so ist sie von der Eisenbahndirektion selbst veranlaßt. Eine Zulage von 2 *§* pro Tag gibt man nicht, wohl pro Stunde, wenn man aber pro Tag 2 *§* gibt, so wirkt das eben komisch.

Es ist dann allgemein von dem Herrn Präsidenten noch gesagt worden, daß unser blühendes Eisenbahnwesen einen Zuschuß erfordern würde, wenn den Forderungen, die hier bezüglich der Löhne der unteren Beamten und Arbeiter gestellt wurden, entsprochen würde. *M. H.!* Wenn das richtig wäre, dann könnte man es nicht verantworten, wenn man auf Kosten der einzelnen Beamten und Arbeiter das Eisenbahnwesen blühen lassen wollte, nur um die Landeskasse anzufüllen und die Allgemeinheit der Steuerzahler zu entlasten. Man kann nicht einzelne Personen in den Staatsdienst einspannen und so schlechte Löhne zahlen, daß Ueberschüsse von der Bahn in die Landeskasse übergeführt werden können. Das wird die Eisenbahnverwaltung nicht wollen und dürfen wir wohl annehmen, daß die Prüfung in der Weise ausfällt, daß eine Erhöhung der Besoldungen der unteren Beamten und Arbeiter eintreten wird.

Präsident: Herr Abg. Tanzen (Heering) hat das Wort.

Abg. Tanzen: *M. H.!* Die umfangreichen Ausführungen der Herren Kollegen von der Sozialdemokratie veranlassen mich, ganz kurz die Stellung, welche ich zu den



Petitionen und zu den beiden Anträgen einnehme, auch meinerseits zu präzisieren. Der Eisenbahnausschuß ist einstimmig zu der Ueberzeugung gelangt, über die größte Zahl der Petitionen zur Tagesordnung überzugehen. Es ist dies nach unserer Auffassung der einzig korrekte Weg: Alle die Petitionen, die nicht den Instanzenweg innehalten, können nicht vom Landtag erledigt werden, da das die Ordnung und Disziplin, die unbedingt in so großen Betrieben aufrecht erhalten werden muß, stören würde. Andererseits sind wir der Auffassung, daß das Petitionsrecht der Beamten und Arbeiter in keiner Weise dadurch unterbunden werden soll. Im Gegenteil, wir sind der Auffassung, daß jede Kategorie von Staatsbürgern und Beamten das Recht haben soll, ihre Wünsche dem Landtag nach Einhaltung des Instanzenweges direkt zum Ausdruck zu bringen. Weiter ist von einem Herrn von der Sozialdemokratie gesagt worden, daß der Antrag der Mehrheit nichts anderes bedeute, als eine Beerdigung dieser Petitionen mit dem Zweck, daß möglichst wenig dabei herauskommen soll. Ich meinerseits stimme dem Antrag der Mehrheit zu, nicht weil ich glaube, daß dabei nichts herauskommen wird, sondern im Gegenteil, weil ich die Hoffnung habe, daß aus diesem Antrag der Mehrheit etwas Besseres herauskommt, als aus dem Antrag der Minderheit. M. H.! Es geht doch gar nicht anders, wenn man aufbessern will bei einzelnen Kategorien, muß man zunächst prüfen. Der Einzelne von uns ist nicht in der Lage, es so zu prüfen, wie die Eisenbahndirektion. Wenn wir sie deshalb auffordern, zu prüfen und das Ergebnis dem Landtag vorzulegen, so heißt das nicht, wir wollen beerdigen, sondern wir wollen die Sache möglichst gründlich nehmen. Ich bin durchaus geneigt, im Sinne der Sozialdemokratie, wenn das Prüfungsergebnis so ist, daß an manchen Stellen Lohnaufbesserungen erforderlich sind, die nötigen Summen zu bewilligen. Und ich bin auch der Meinung, daß die Eisenbahnarbeiter und Angestellten, soweit sie nicht genügend entlohnt werden, durchaus nicht enttäuscht sein werden von dem Wohlwollen, welches die Liberalen für sie haben. Herr Abg. Heitmann sagte ja, daß sie vielleicht dazu veranlaßt wären, mit ihren Wünschen zu kommen, weil nun die Zahl der Liberalen im Landtag eine große sei. Ich bin der Meinung, daß die Liberalen mit großem Wohlwollen allen diesen Wünschen gegenüberstehen und daß alle berechtigten Forderungen dann nach genügender Prüfung bewilligt werden.

Ich bin, meine Herren, mit dem Herrn Eisenbahndirektionspräsidenten in einem Punkte, wenn ich ihn recht verstanden habe, nicht ganz einer Meinung, und dieser Punkt hat eine gewisse grundsätzliche Bedeutung. Der Herr Eisenbahndirektionspräsident sagte, wenn die Petitionen vorher an ihn gelangt wären und diese Prüfung vorher hätte vorgenommen werden können, so würde eine solche Prüfung immer genau dasselbe Ergebnis haben, als wenn diese Prüfung mit dem Landtag zusammen vorgenommen werde. Das ist doch wohl nicht ganz richtig. Wenn wir als Landtag auch der Meinung sind, daß wir nur gewisse Anregungen geben können, so muß doch eine gemeinschaftliche Prüfung immer von der Basis ausgehen, daß die Anregungen beider Seiten gleichberechtigt sind, damit das gemeinschaftliche Ergebnis nicht vollständig einseitig ist.

So glaube ich, daß wir mit dem Antrag der Mehrheit das Weitergehende wollen. Wir sagen ja in dem Antrag der Mehrheit, daß nicht nur die im Eisenbahndienst Angestellten sondern auch die in den übrigen Zweigen der Staatsverwaltung außerhalb des Zivilstaatsdienstes Angestellten geprüft werden sollen auf ihre Lohnverhältnisse. Im letzten Landtag ist gesagt, daß eine Vorlage auf Einstellung der für eine Lohnaufbesserung erforderlichen Mittel gemacht werden solle. Wir sind also meiner Ansicht nach mit unserm Antrag präziser im Ausdruck. Unser Antrag ist der korrektere und der mindestens so weitgehende wie der Schrige, wie der Antrag der Sozialdemokratie. Und ich möchte Sie von der Sozialdemokratie deshalb bitten, für den Antrag der Mehrheit zu stimmen. Sie handeln damit insbesondere im Interesse der Eisenbahnangestellten und Arbeiter.

Präsident: Herr Abg. von Fricke hat das Wort.

Abg. von Fricke: Ich hatte nicht die Absicht, zu dieser Materie das Wort zu nehmen. Aber die Art und Weise, wie die Materie hier von einer Seite behandelt ist, zwingt mich zu einigen Ausführungen. Ich kann nicht umhin, zum Ausdruck zu bringen, daß nach meiner Ansicht die Eisenbahnverwaltung durchaus auf dem richtigen Wege ist betreffs der Lohnzahlung. Sie zahlt die ortsüblichen Tagelöhne, nicht weniger. Sie sucht sich überall den ortsüblichen Tagelöhnen anzuschließen. Das sehen Sie aus der Variante von 28 bis 35 f. Ob da überall das Richtige gerade getroffen wird, wage ich nicht zu entscheiden, das kann ja nachgeprüft werden. M. H.! Die Eisenbahnverwaltung handelt hierin wie jeder vernünftige Wirtschaftler. Für diese Löhne kann sie Arbeiter genug bekommen, und es genügt für die Existenz der Arbeiter. Deshalb liegt nach meiner Ansicht gar keine Veranlassung vor, die Löhne zu erhöhen. Würde die Eisenbahnverwaltung bedeutend über die jetzigen Löhne hinausgehen, so würde einmal unser blühendes Eisenbahnwesen in Frage gestellt. Und dann würde es sofort rückwirken auf sämtliche Privatbetriebe. Sie würden zu erhöhten Ausgaben gezwungen werden, ohne in der Lage zu sein, ihre Einnahmen entsprechend steigern zu können.

Dann hat Herr Abg. Kleen sich beschwert darüber, daß die Eisenbahnarbeiter oftmals noch nach Feierabend auf Tagelohn gehen. Soll man daraus folgern, daß die Arbeiter nicht intensiv genug beschäftigt sind. Wenn man den Stimmen aus dem Lande glauben darf, kann man darüber merkwürdiger Ansicht sein. Bei Lohnfragen werden immer die Teuerungsverhältnisse ins Feld geführt. So lange ich im Landtag bin, ist noch stets von Teuerungsverhältnissen geredet worden. Ich gebe zu, daß wir momentan eine Teuerung haben. Aber bedenken Sie, wer wird davon betroffen? Doch in erster Linie der Produzent, in zweiter Linie erst der Konsument. Es wird dem entgegengehalten, daß der Produzent in der Lage sei, anderweitig seine Einnahmen zu steigern. Ich möchte wissen wie. Ich würde es wohl sofort nachmachen.

Was die vielen Petitionen anlangt, so bin ich im Gegensatz zu Herrn Abg. Tanzen (Heering) der Ansicht, daß formell sie uns wohl beschäftigen können, ohne daß der Instanzenweg innegehalten werden muß. Der Instanzenweg muß eingehalten werden bei Beschwerden, nicht bei Petitionen. Aber, meine Herren, wozu soll das führen, wenn wir uns stets mit solchen



Petitionen über den Kopf der Verwaltung hinaus beschäftigen sollen? Die ganze Autorität der Eisenbahnverwaltung würde darunter leiden. Daß diese Petitionen hier einlaufen, in dieser Menge kann ich mir nur daraus erklären, daß verschiedene Abgeordnete sich stets um die Volksgunst abmühen. M. H.! Hüten wir uns, daß wir hier in die Lohnverhältnisse der Eisenbahnverwaltung eingreifen. Diese ganzen Lohnverhältnisse sind ein so zartes Gebilde, daß wir es gar nicht übersehen können. Greifen wir da mit rauher Hand ein, m. H., so werden wir nur die Unzufriedenheit dadurch steigern, und Petitionen werden in solcher Menge einlaufen, daß wir einen ständigen Petitionsausschuß bilden können, der selbstverständlich auch nicht die Lohnregulierung zur allgemeinen Zufriedenheit vornehmen könnte.

Präsident: Herr Eisenbahndirektionspräsident Graepel hat das Wort.

Eisenbahndirektionspräsident **Graepel:** Ich möchte nur mit zwei Worten darauf kommen, daß Herr Abg. Tanzen (Heering) glaubte, eine Meinungsverschiedenheit feststellen zu sollen. Das ist ein Mißverständnis. Ich bin durchaus seiner Meinung. Ich habe auch nichts Gegenteiliges, sondern ausdrücklich daselbe gesagt. Die Beratungen der Petitionen im Eisenbahnausschuß sind sehr fruchtbar für uns. Wir bekommen da manche Anregung, und wir verschließen uns dagegen keineswegs. Ich habe als Beispiel dafür angeführt, daß wir aus Anlaß der Verhandlungen im Eisenbahnausschuß den Antrag gestellt haben, die Stellen für die Gütervorarbeiter über unseren ursprünglichen Antrag hinaus zu vermehren.

Präsident: Herr Abg. Dannemann hat das Wort.

Abg. **Dannemann:** M. H.! Das, was ich sagen wollte, hat Herr Abg. Tanzen (Heering) bereits größtenteils ausgeführt. Ich bin mit dem, was Herr Tanzen im ersten Teil seiner Rede ausführte, vollständig einverstanden. Wenn Herr Abg. Meyer sagt, daß der Mehrheitsantrag nur Unstimmigkeiten beseitigen will, dann ist er meines Erachtens auf dem Holzwege. Herr Meyer scheint sich lediglich auf die Begründung zu stützen, während er den zweiten Teil des Antrags vollständig unberücksichtigt läßt. Der sagt nicht nur, daß wir Prüfung der Frage wollen, ob eine Lohnaufbesserung der Eisenbahnbediensteten stattfinden kann, sondern er will auch eine Prüfung dahingehend, ob nicht allgemein eine Aufbesserung der Löhne auch für die übrigen Staatsarbeiter möglich ist. Und wenn er ferner dagegen ist, daß eine Prüfung in dieser Weise vorgenommen werden soll, dann verstehe ich das nicht. Wo es sich, wie in diesem Falle, um Hunderttausende handelt, müssen wir vom Landtage aus doch unbedingt verlangen, daß eine gründliche Prüfung vorgenommen wird.

Präsident: Herr Abg. Schmidt (Delmenhorst) hat das Wort.

Abg. **Schmidt:** M. H.! Noch einige Worte. Es ist von Herrn Abg. von Fricken zum Ausdruck gebracht, daß die Löhne der Eisenbahn überall den ortsüblichen Tagelöhnen entsprechend seien. M. H.! Halten Sie denn den sogenannten amtlichen ortsüblichen Tagelohn überall den Verhältnissen entsprechend? Ich will konstatieren, daß die

Löhne an vielen Stellen bedeutend höher sind als der amtliche ortsübliche Tagelohn.

Dann ist gesagt worden von Herrn Abg. von Fricken, daß stets von Teuerungsverhältnissen gesprochen worden sei. Ja, meine Herren, wir leben in stetigen Teuerungsverhältnissen. Durch unsere Wirtschaftspolitik sind die Lebensmittel dauernd teurer geworden. Und das bedingt, daß die Löhne der Beamten und Arbeiter sich stets in aufsteigendem Maße bewegen müssen. Dann ist gesagt worden, man vergesse den Produzenten, den Landmann. Daß für den auch Teuerungsverhältnisse existieren, wollen wir gern anerkennen. Andererseits darf man nicht vergessen, daß der Landmann auch mal gute Jahre gehabt hat, in denen er sich etwas auf die hohe Kante legen konnte. Das können die Arbeiter und kleinen Beamten nicht. Die fühlen das doppelt, wenn sie in teuren Zeiten leben.

Ich möchte dann noch kurz eingehen auf das, was Herr Abg. Tanzen sagte. Das Eine will ich Ihnen sagen — und das ist auch wohl wichtig genug, daß es im Lande bekannt wird — daß der Antrag der Liberalen, auf den sich auch die übrigen Ausschußmitglieder geeinigt haben, erst eine Folge unseres Antrags gewesen ist. Wenn wir unsern Antrag nicht gestellt hätten, wären sie auch nicht auf den Gedanken gekommen, ihn zu stellen. Insofern können die Eisenbahnarbeiter und kleinen Beamten uns sehr dankbar sein.

Präsident: Herr Abg. Müller (Brake) hat das Wort.

Abg. **Müller:** Die letzten Ausführungen des Herrn Abg. Schmidt kann ich nicht unwiderprochen lassen. Der Antrag ist entstanden aus den sachlichen Beratungen im Ausschuß. Aus formellen Gründen waren wir gezwungen, über die Petitionen zur Tagesordnung überzugehen. Trotzdem sind wir in eine sachliche Prüfung eingetreten, und das Resultat derselben ist unser Antrag.

Präsident: Herr Abg. Meyer hat das Wort zum drittenmal mit Genehmigung des Landtags.

Abg. **Meyer:** M. H.! Nur einige Worte zu den Ausführungen des Herrn Abg. Müller (Brake) und zur Nichtigstellung. Herr Abg. Müller (Brake) hat mit aller Energie dagegen angekämpft, wie wir die Absicht im Ausschuß aussprachen, einen Antrag zu stellen, der das erreichen wollte, was heute zur Debatte gestanden hat, um dies zu verhindern. Erst nachdem unser Antrag gestellt worden war, kam am anderen Morgen Herr Müller (Brake) nach vorangegangener Beratung mit seinem Antrag.

Präsident: Zur Berichtigung eines tatsächlichen Mißverständnisses hat Herr Abg. Müller (Brake) das Wort.

Abg. **Müller:** M. H.! Ich bedaure, daß ich Ihre Zeit noch einmal in Anspruch nehmen muß. Dasjenige, was Herr Abg. Meyer gesagt hat, ist nicht richtig. Er irrt sich. Die Sache lag anders. Der Antrag der Sozialdemokraten war nicht die Ursache unseres Antrags, und gegen eine Lohnerhöhung überhaupt habe ich nicht gekämpft, sondern nur gegen die Fassung des Antrags, gegen die „allgemeine Aufbesserung“.



Präsident: Ich schließe jetzt die Beratung. Der Herr Berichterstatter verzichtet aufs Schlusswort. Wir kommen nun zur Abstimmung über die Anträge des Berichts. Zunächst stimmen wir ab über den Antrag, der zum Etat gestellt ist. Das ist der Antrag 7:

Der Landtag wolle unter „Persönliche Ausgaben“
Abteilung I

zu Titel I 2 850 000 *M.*,
zu Titel Ia 90 000 *M.*,
zu Titel II 2 180 000 *M.*

bewilligen.

Ich bitte die Herren, die den Antrag 7 annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist angenommen. Wir stimmen nunmehr ab über den Antrag 3, Erledigung der Petitionen. Ich bitte die Herren, die den Antrag 3 annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Auch dieser Antrag ist angenommen. Es folgt jetzt der Antrag 4, ein Ausschusantrag, gestellt zum Antrag des Regierungsbevollmächtigten. Ich bitte die Herren, die den Antrag 4 annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Auch Antrag 4 ist angenommen. Jetzt kommen die Minderheits- und Mehrheitsanträge, und zwar zunächst der Antrag der Minderheit, Antrag 5. Das ist der weitgehendste. Ich brauche ihn wohl nicht zu verlesen. (Zuruf: Nein!) Also bitte ich die Herren, die den Antrag 5 der Minderheit annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist abgelehnt. Ich bitte jetzt die Herren, die Antrag 6, den Mehrheitsantrag, annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist einstimmig angenommen, dies wird festgestellt.

Folgt jetzt der Antrag 8:

Der Landtag wolle zu Titel III (Positionen 67 bis 72) 620 000 *M.* bewilligen.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrag und zum Titel römisch III und zu den Positionen 67 bis 72. Das Wort ist nicht verlangt? Ich schließe die Beratung, eröffne sie zum Antrag 9:

Der Landtag wolle zu Titel IV 560 000 *M.* bewilligen.

Zum Titel IV und Pos. 73 bis 82, eröffne nunmehr die Beratung zum Antrag 10:

Der Landtag wolle zu Titel V 1 870 000 *M.* bewilligen.

Zum Titel V Pos. 83. Herr Abg. Schmidt (Delmenhorst) hat das Wort.

Abg. **Schmidt:** M. H.! Nur ganz kurz. Der Bericht des Ausschusses ist ziemlich ausführlich. Aber eins ist in dem Bericht nicht niedergelegt. Ich habe einen Wunsch geäußert im Ausschuss, und zwar dahingehend, daß in den Wartesälen dritter Klasse in Zukunft doch möglichst diese Schemel, diese „Schusterböcke“ beseitigt werden. Wer etwas ästhetisches Gefühl hat, den verlegt der Anblick dieser Art Möbel, und deswegen meine ich, daß zweckmäßig in Zukunft statt dieser Möbel andere angeschafft werden.

Präsident: Der Herr Berichterstatter Abg. Wessels hat das Wort.

Abg. **Wessels:** Ja m. H., wenn wir alle diese Kleinigkeiten aufnehmen wollten in den Bericht, würden die Herren wohl darauf verzichten, den Bericht zu lesen.

Stenogr. Berichte. XXXII. Landtag, 1. Versammlung.

Präsident: Ich eröffne die Beratung zu Position 84 bis 86. Das Wort ist nicht verlangt. Ich schließe die Beratung. Wir stimmen über die Anträge 8, 9 und 10 zusammen ab. Ich bitte die Herren, die diese drei Anträge annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Die Anträge sind angenommen.

Es folgt nunmehr ein Antrag 11. Dieser Antrag bezieht sich aber schon auf Pos. 93a. Zum Titel IV dagegen ist der Antrag 15 gestellt. Weil die Anträge sich auf Titel IV Pos. 93a beziehen, nehme ich zunächst den Antrag 15 auf, bis ich an die Pos. 93a komme. Dieser Antrag lautet:

Der Landtag wolle zu Titel IV (Pos. 87 bis 93a) 3 190 000 *M.* bewilligen.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrag und zur Position 87. Der Herr Berichterstatter Abg. Wessels hat das Wort.

Abg. **Wessels:** Im Antrag 11 ist ein Fehler. Der bezieht sich aber auf Pos. 93a, also gehört zum Titel VI. Unter Ziffer 1 muß es nicht heißen 75 000 *M.* sondern 7500 *M.*

Präsident: Ich will zunächst noch bemerken, der Antrag 15 faßt den Titel VI Pos. 87 bis 93a. Ich eröffne die Beratung zum Antrag 15 Pos. 87 und gebe Herrn Abg. Schmidt (Delmenhorst) das Wort.

Abg. **Schmidt:** M. H.! Ich möchte ganz kurz auf die Bahnhofsverhältnisse in Delmenhorst eingehen. Es ist im Bericht auch gesagt worden, daß darüber gesprochen ist im Ausschuss, und die Regierung hätte gesagt, die Besitzer von Grundstücken wären schuld daran, daß der Neubau des Delmenhorster Verschiebehofes sich so in die Länge schiebe. Ich kann das nicht unbedingt anerkennen. Das liegt im Wesen eines jeden Bahnbaues, denn mit dem, was die Regierung hier angegeben hat, werden Sie überall, wo Neuanlagen gemacht werden, zu rechnen haben. Der Grund ist ein anderer. Man hat mit dem Bahnbau in Delmenhorst zu lange gewartet. Man hat so lange gewartet, bis der Eisenbahnverwaltung die Verhältnisse über den Kopf gewachsen sind. Ich will von einer ausführlichen Schilderung absehen. Nur ein Beispiel! Es handelt sich um unbeschreibliche Zustände in Delmenhorst. Wenn Sie das gesehen hätten, Sie hätten die Hände über den Kopf zusammen geschlagen. Der Güterschuppen war mit Waren vollgepfropft, ein unentwirrbares Knäuel. Die Rampe war vollständig beladen, und ein großer Teil der Güter lag außerhalb der Rampe. Daß da nichts oder nicht mehr gestohlen ist, hat mich sehr gewundert.

Präsident: Herr Abgeordneter, wenn Sie zum Neubau sprechen wollen, möchte ich bitten, das zu verschieben bis zum Baufonds. Wir sind bei „Unterhaltung der baulichen Anlagen“, und gerade zu Position 87 steht: „Löhne der Bahnunterhaltungsarbeiter“. Bitte beim Baufonds oder bei Pos. 93a zu sprechen. Das sind die Bauten von 5000 bis 100 000 *M.*

Abg. **Schmidt** (Delmenhorst): Da sind wir ja schon.

Präsident: Nein, wir sind noch nicht da. Ich eröffne die Beratung zu Pos. 88 bis 93. Jetzt kommt 93a.



Zu 93a ist der Antrag 11 gestellt. Der bezieht sich aber schon auf Nummer 3 der Position. Ich eröffne deshalb allgemein die Beratung zu Pos. 93a. Und jetzt bitte ich, die „Besonderen Begründungen zum Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben der Betriebskasse“ zur Hand zu nehmen und die Seite 123 aufzuschlagen. Ich gehe zu dieser besonderen Begründung zu Pos. 93a über und nehme nach Gepflogenheit des Landtags auch hier die einzelnen Nummern durch, weil zu den einzelnen Nummern die nächstfolgenden Anträge gestellt sind, zunächst 93a 1. Ich bitte also die Herren, die jetzt reden wollen, sich an die Titel zu halten, die hier gegeben sind, „Verbesserung des Güterschuppens in Oldenburg“, Nr. 2, 3. Dazu ist der Antrag 11 des Ausschusses gestellt, der lautet:

Der Landtag wolle seine Zustimmung dazu geben, daß

1. der zu Nr. 3 unter Position 93a für Herstellung eines dritten Brunnens für die Wasserstation in Hude eingestellte Betrag von 7500 *M*, nicht 75 000 *M*, gestrichen werde,
2. für die Errichtung einer Fußwegüberführung im Zuge der Neustadtstraße auf dem Bahnhof Brake der Betrag von 17 500 *M* unter Ziffer 3 eingestellt werde.

Ich eröffne die Beratung über diese beiden Ziffern des Antrags 11 und bemerke gleichzeitig, daß die Ziffer 3 ausgesetzt ist, bis Antrag 14 erledigt sein wird, weil sie die Erhöhung der Gesamtposition verlangt. Wird das Wort verlangt zu diesem Antrag, zu Nr. 3, „Herstellung des Brunnens in Hude“? Herr Abg. Schmidt (Delmenhorst) hat das Wort.

Abg. **Schmidt**: Kann ich zu diesem Antrag sprechen, wenn ich die Verhältnisse in Delmenhorst zur Sprache bringen will?

Präsident: Nein, das würde nicht passen.

Abg. **Schmidt**: Wo paßt es denn?

Präsident: Das paßt am besten zum Baufonds, sonst zuletzt, wenn ich die einzelnen Zahlen durch bin. Antrag 11. Das Wort wird nicht verlangt? Der Klarheit halber lasse ich abstimmen über den Antrag 11 Ziffer 1 und 2, also die Streichung der Summe von 7500 *M* und die Einstellung eines Betrages von 17 500 *M* in Ziffer 3 für eine Fußwegüberführung. Ich bitte die Herren, die Antrag 11 Ziffer 1 und 2 annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Der Antrag ist angenommen.

Jetzt Ziffer 4, 5, 6. Hierzu ist ein Antrag gestellt, und zwar Antrag 12. Der Ausschuss beantragt:

Der Landtag wolle den zu Pos. 93a Nr. 6 für die Herstellung einer neuen Ladestraße eingestellten Betrag von 76 000 streichen;

dann ein Antrag 13:

Der Landtag wolle für die Herstellung einer Ladestraße in Brake nach dem Projekt, welches die Errichtung derselben im Süden vorsieht, 76 000 *M* bewilligen,

und ein Antrag 14:

Der Landtag wolle die Petition des Stadtmagistrats Brake, betreffend die Errichtung einer Ladestraße, für erledigt erklären.

Ich eröffne die Beratung also zu dieser Ziffer 6 und zu den drei Anträgen 12, 13 und 14. Herr Finanzrat Stein hat das Wort.

Finanzrat **Stein**: W. H.! In diesen Anträgen hat der Eisenbahnausschuß vorgeschlagen, dasjenige Projekt abzulehnen, das die Regierung dem Landtag vorgelegt hatte für eine neue Ladestraße in Brake und statt dessen dieselbe Summe zu bewilligen für ein anderes Projekt, das bei der Verhandlung zur Sprache kam, mit dem sich die Regierung ihrerseits bereits beschäftigt hatte, dem sie aber nicht den Vorzug gegeben hatte. Dies Projekt läßt sich nur ausführen, wenn gleichzeitig ein weiterer Betrag von 30 000 *M* bewilligt wird, den Sie nachher im Eisenbahnbaufonds finden. Die Staatsregierung hat sich bisher noch nicht überzeugen können, daß die Vorschläge, die vom Eisenbahnausschuß gemacht werden, richtiger sind. Sie sieht aber davon ab, nachdem der ganze Eisenbahnausschuß dafür eingetreten ist, ihrerseits Abänderungsanträge zu stellen. Sie kann jedoch einige Punkte in der Begründung nicht unwidersprochen lassen. Da ist gesagt worden, daß das Projekt, welches jetzt zur Ausführung kommen soll, gewissermaßen billiger wäre, als was die Staatsregierung vorgeschlagen hatte. Das trifft nicht zu. Der Unterschied in den beiden Projekten liegt darin, daß in dem einen Fall, in dem, welchen die Regierung vorgeschlagen hatte, ein bereits vorhandener Grundbesitz benutzt werden sollte, während für das andere Projekt noch ein größerer Grundbesitz gekauft werden muß. Der vorhandene Grundbesitz ist ein Teil der Fläche, die die Regierung seinerzeit für andere Zwecke und auf Vorrat beschafft hat, weil ein günstiges Kaufgebot gemacht wurde. Wenn jetzt dies Grundstück unbenutzt bleiben soll und dafür ein Grundstück angeschafft werden soll für 30 000 *M* für den Eisenbahnbaufonds, so geht schon daraus hervor, daß hier Ausgaben gemacht werden sollen, die im anderen Falle vermieden werden. Es tritt aber auch auf der anderen Seite keine Ersparnis ein, denn dies Grundstück, das nun liegen bleiben muß und auf absehbare Zeit nicht verwertet werden können, wird der Eisenbahnverwaltung keine oder nur geringfügige Einnahmen bringen. Es kann aber nicht veräußert werden, weil es innerhalb einer anderen Fläche liegt. Es wird also ein Wertobjekt unbenutzt bleiben, das im anderen Falle hätte benutzt werden können. Aus diesem Grunde wollte die Staatsregierung zunächst auf den anderen Antrag nicht eingehen. Sie hat aber aussprechen lassen, daß sie darauf eingegangen sein würde, wenn die Stadt Brake, die sich sehr für das andere Projekt interessiert, bereit gewesen wäre, sich an den Mehrkosten dieses Projekts zu beteiligen. Das hat die Staatsregierung für nötig gehalten, einmal weil tatsächlich in diesem Falle zu gunsten eines Wunsches der Stadt besondere Ausgaben gemacht werden sollten, besonders aber weil es allgemein unzweckmäßig sein würde, wenn die Staatsregierung sich gewöhnte, für Zwecke, die mit minderen Kosten sich tatsächlich dem Bedürfnis der Eisenbahnverwaltung und, wie sie annimmt, auch dem allgemeinen Bedürfnis entsprechend ausführen lassen, höhere Mittel aufzuwenden, wenn nicht gleichzeitig die betreffende Gemeinde ihr Interesse betätigt. Es ist gesagt, das wäre noch niemals verlangt worden, daß eine Gemeinde einen Zuschuß zu einer



Ladestraße hergeben solle. Tatsächlich sind in anderen Fällen, die ähnlich liegen, solche Zuschüsse bereits verlangt worden. Ich brauche nur daran zu erinnern, daß die Stadt Nordenham noch vor 1 oder 2 Jahren einen derartigen Zuschuß geleistet hat, als ihr zu Liebe eine Brücke hat erweitert werden müssen, die sonst billiger hätte hergestellt werden können. Die Staatsregierung muß bedauern, daß sie in der weiteren Verfolgung dieses Weges, bei derartigen Anlässen die höheren Kosten nur dann aufzuwenden, wenn die Gemeinde sich zu Beiträgen verpflichtet, nicht ermutigt wird. Sie glaubt, daß ihr Weg wesentlich zur Verbilligung der Eisenbahnanlagekosten beitragen würde. Wie die Sache augenblicklich liegt, wird die Staatsregierung in eine Prüfung eintreten, ob das südliche Projekt, das der Eisenbahnausschuß vorschlägt, ohne Störung wesentlicher Interessen sich verwirklichen läßt. Diese Prüfung wird sich besonders auf einige technische Fragen beziehen, namentlich aber auf den Punkt, der durch die Beschlußfassung des Landtags gestern aktiv geworden ist, indem ja ganz in der Nähe in Kirchhammelwarden gleichfalls eine Ladestraße gewünscht wird, und diese Frage der Staatsregierung zur Prüfung überwiesen ist. Je nach dem Ausfall der Prüfung wird die Staatsregierung das neue Projekt ausführen oder mit neuen Vorschlägen an den Landtag herantreten.

Präsident: Herr Abg. Müller (Brake) hat das Wort.

Abg. Müller: Ich will nicht hoffen, aus den letzten Ausführungen des Herrn Regierungsvertreters schließen zu müssen, daß nun das Projekt auf die lange Bank geschoben wird und womöglich erst im Jahre 1913 ausgeführt wird. Nachdem das Projekt im Norden aufgetaucht war, ist es von der Stadt Brake lebhaft bekämpft worden, weil die Ladestraße nach Ansicht der Hauptinteressenten im Norden gar nicht zu gebrauchen ist. Die Hauptinteressenten wohnen im Osten der Eisenbahn. Sie würden stets die Eisenbahn kreuzen müssen, und zweitens würde die neue Ladestraße in einer fremden Gemeinde liegen, nämlich in Holzwarden. Ich möchte mal sehen, was man in Oldenburg sagen würde, wenn hier die Ladestraße nach Osterburg verlegt würde.

Dann komme ich auf die Kostenfrage zurück. Der Herr Regierungsvertreter hat behauptet, daß das Projekt im Norden billiger wäre. Das ist nicht der Fall. Jedenfalls kaufmännisch ist es nicht möglich, das vorhandene Grundstück einfach wegzuschreiben. Wenn man ein Grundstück im Norden hat, behält es seinen Wert. Das kann man nicht einfach wegbuchen. Wenn die Anlage fertig ist, nimmt die Eisenbahn den Wert des Grundstücks in ihren Büchern auf.

Dann ist gesagt worden, daß die Stadt Brake sich mit einem Zuschuß hätte beteiligen müssen. Es ist schon im Bericht erwähnt worden, daß ein Zuschuß zu einer Ladestraße bisher noch nie gefordert worden ist. Im übrigen ist die Stadt bereit, im Süden die Zuwegung herzustellen, während die Zuwegung im Norden von der Eisenbahnverwaltung zu machen wäre. Die erste Zuwegung kostet 6000 *M.* Es muß vielleicht später eine zweite gemacht werden, die kostet wieder 6000 *M.* Die Stadt würde also 12000 *M.* leisten. Das ist doch eine Ausgabe, die man wohl in Rechnung zu ziehen hat. Daß eine Ladestraße auf

Wunsch der Interessenten verlegt worden, ist auch in Neuenkoop vor einigen Jahren geschehen, und der Mehraufwand ist vom Eisenbahnausschuß damals ohne weiteres genehmigt worden. Die Nordenhamer Brücke, zu der Nordenham einen Zuschuß geleistet hat, kann nicht zum Vergleich herangezogen werden, denn es handelte sich damals um eine Neuanlage, die die Eisenbahn gar nicht für erforderlich hielt. Die Eisenbahn ist aber in Brake in einer Notlage und muß die Ladestraße bauen. Es scheint mir, daß man in diesem Falle die Ansicht des Ausschusses nicht genügend respektieren will.

Präsident: Herr Abg. Weffels hat das Wort.

Abg. Weffels: Ich kann mich durchaus nicht mit dem Gedanken der Staatsregierung vertraut machen, daß der Wert des Areal im Norden nicht berechnet werden soll. Die Staatsregierung hat vor Jahren dies Areal für 38000 *M.* gekauft, weil sie glaubte, es gut gebrauchen zu können. Es lag an günstiger Stelle. Jetzt handelt es sich doch darum: Wird nun die Ladestraße nach Süden verlegt, ist dann der Wert des Grundstücks auf einmal weg? Entweder hat die Staatsregierung das Grundstück damals unvorsichtig gekauft, oder der Wert muß bei dem nördlichen Projekt mit 38000 *M.* eingestellt werden.

Präsident: Das Wort ist nicht weiter verlangt? Ich schließe die Beratung. Wir kommen zur Abstimmung über die Anträge 12, 13, 14. Da die Anträge 12 und 13 sich ergänzen, darf ich sie wohl zusammenziehen, und Antrag 14 hat nur formelle Bedeutung. Ich bitte also die Herren, die die Anträge 12, 13 und 14 annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Sie sind angenommen.

Es folgt jetzt Antrag 11 Ziffer 3, der lautet:

3. Es wird beantragt, den Gesamtbetrag der Position 93a auf 543000 *M.* zu erhöhen.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrag. Zum Antrag 15 ist die Beratung bereits mit eröffnet. Das Wort wird nicht verlangt? Ich schließe die Beratung und lasse abstimmen über diesen Antrag 11 Ziffer 3 und den Antrag 15, der die Ausgabe für den Titel bewilligt. Ich bitte die Herren, die beide Anträge annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Sie sind angenommen.

Ich muß eine Korrektur eintreten lassen. Ich habe die Ziffern 7 bis 30 nachzuholen. Position 93a Ziffer 7, 8. Herr Abg. Schipper hat das Wort.

Abg. Schipper: Bei dieser Position 8 sehe ich, daß Nordenham eine Bahnsteigüberdachung erhält. Ich habe selbstverständlich gar nichts dagegen. Aber ich möchte zu meinem Bedauern konstatieren, daß der Bahnhof in Zeven noch immer keine Bahnsteigüberdachung hat. Immer wird in Aussicht gestellt, daß sie erfolgen soll, aber dabei bleibt es. In diesem Jahre wird gesagt, es ist zweckmäßig, den Bahnhofsumbau abzuwarten. Aber m. H., warum hat man diese Einrichtung nicht schon längst getroffen, denn es handelt sich doch um einen der allergrößten Plätze des Herzogtums. Was den Personenverkehr anlangt, so steht Zeven an dritter Stelle, nächst Oldenburg und Delmenhorst. Ich bitte also, für den nächsten Voranschlag eine entsprechende Summe einzustellen.



Präsident: Ziffer 9 bis 30. Das Wort ist nicht verlangt? Kommen wir jetzt zum Antrag 16:

Der Landtag wolle zu Titel VII, Position 94 bis 100, 1700000 *M* bewilligen.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrag 16, zu Position 94 bis 100. Das Wort ist nicht verlangt? Ich eröffne die Beratung zum Antrag 17:

Der Landtag wolle zu Titel VIII 2120000 *M* bewilligen

und zu Position 101 bis 113. Das Wort ist nicht verlangt? Ich eröffne die Beratung zum Antrag 18. In dem Antrag ist ein Schreibfehler, er lautet richtig:

Der Landtag wolle zu Titel IX 1190000 *M* bewilligen.

Ich eröffne die Beratung zu Position 114, 115. Da das Wort nicht verlangt ist, eröffne ich die Beratung zum Antrag 19:

Der Landtag wolle zu Titel X 120000 *M* bewilligen

und zu Position 116 bis 121. Das Wort wird nicht verlangt? Ich eröffne die Beratung zum Antrag 20:

Der Landtag wolle zu Titel XI Position 124 1148000 *M* feststellen, und sich damit einverstanden erklären, daß die Gesamtausgabe des Titels XI auf 3710000 *M* ermäßigt werde.

Ich eröffne die Beratung zu Position 122 bis 124. Das Wort ist nicht verlangt? Ich eröffne die Beratung zum Antrag 21:

Der Landtag wolle die Anmerkung genehmigen

und zu den Anmerkungen 1, 2 und 3, schließe die Beratung. Wir stimmen ab über die Anträge 16 bis 21 einschließlich. Ich bitte die Herren, die diese Anträge annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Sie sind angenommen.

Damit ist dieser Gegenstand erledigt. Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des Eisenbahnausschusses über das Schreiben der Staatsregierung vom 17. Oktober 1911, betreffend

- I. die Nachweisung über die Einnahmen und Ausgaben des Eisenbahnaufonds für das Jahr 1910,
- II. eine Nachweisung über die Verwendung der für Grunderwerb für das Jahr 1909 bewilligten Mittel,
- III. eine Nachweisung der Bauten, wofür die bewilligten Mittel in den Buchungen der Eisenbahndirektion auf das Jahr 1911 übertragen sind,
- IV. den Voranschlag des Eisenbahnaufonds für das Jahr 1912. (Anlage 14.)

Antrag 1 des Ausschusses lautet:

Der Landtag wolle die Nachweisung über die Einnahmen und Ausgaben des Eisenbahnaufonds für 1910 durch Kenntnisaufnahme für erledigt erklären und die bei den einzelnen Paragraphen nachgewiesenen Ueberschreitungen nachträglich genehmigen.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrag 1, zu der Nachweisung, die hier genannt ist, zu der Anlage 14 im allgemeinen. Das Wort ist nicht verlangt? Dann schließe ich die Beratung. Wir stimmen gleich über den Antrag 1 ab und bitte ich die Herren, die diesen Antrag annehmen

wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Er ist angenommen.

Antrag 2:

Der Landtag wolle die Nebenanlagen B und C zur Anlage 14 durch Kenntnisaufnahme für erledigt erklären.

Ich eröffne die Beratung hierüber, schließe sie und bitte die Herren, die den Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Auch der ist angenommen.

Es folgt jetzt der Voranschlag des Eisenbahnaufonds, das ist die Nebenanlage D, und zwar der Antrag 3 dazu:

Der Landtag wolle die §§ 1 bis 7 des Voranschlags der Einnahmen des Eisenbahnaufonds für 1912 mit

§ 1	95 500	<i>M</i> ,
§ 2	900 000	<i>M</i> ,
§ 3	161 000	<i>M</i> ,
§ 4	500 000	<i>M</i> ,
§ 5	40 000	<i>M</i> ,
§ 6	9 935 000	<i>M</i> ,
§ 7	43 500	<i>M</i> ,

11 675 000 *M* bewilligen.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrag, zu § 1 der Einnahmen und gebe das Wort dem Berichterstatter Herrn Abg. Müller (Brafé).

Abg. Müller: *M. H.!* Im Bericht sind einige Schreibfehler, die ich in der Registratur richtigstellen werde, die aber nicht sinnentstellend wirken.

Wie Sie aus dem Bericht und der Vorlage der Staatsregierung sehen, ist unser Eisenbahnwesen dauernd in einer großen Entwicklung begriffen, und die Eisenbahndirektion muß dieser Entwicklung folgen. Daher werden in diesem Jahre auch wieder für Neubauten usw. reichlich 6 Millionen Mark verlangt, die im Jahre 1912 verausgabt werden sollen. Hoffentlich hält die Entwicklung unseres Verkehrs weiter an, sodaß unsere Bahnen sich auch in Zukunft wie bisher verzinsen. Ich möchte Sie bitten, die Ausschußanträge anzunehmen.

Präsident: §§ 2—6. Herr Finanzrat Stein hat das Wort.

Finanzrat Stein: Hier hatte die Staatsregierung zunächst eine Anleihe vorgeschlagen von 10 100 000 *M*. Das Bedürfnis für diese Anleihe ist durch verschiedene Änderungen, die der Eisenbahnaufonds im übrigen erfahren hat, heruntergesetzt auf 9 935 000 *M*. Nun könnte aber möglich sein, daß diese Anleihe, die ja bisher immer einige Jahre aufgeschoben ist, zweckmäßigerweise in diesem Jahre aufgenommen wird. Für den Fall wäre es erwünscht, wenn der Betrag die Summe von 10 000 000 *M* mindestens erreicht, möglichst noch etwas übersteigt. Das geschieht aus banktechnischen Gründen. Aus diesem Grunde möchte ich empfehlen und beantrage das hiermit, hier diese Summe wieder herzustellen, die die Staatsregierung zunächst beantragt hatte, und zum Ausgleich bei den Ausgaben einige Raten zu erhöhen. Das hat mehr rechnerische und keine sachliche Bedeutung. Ich möchte vorschlagen, namentlich § 7 der Ausgaben zu erhöhen und hier 150 000 *M* einzustellen und dann im § 10 365 000 *M* einzustellen. Damit würde dann die ursprüngliche Summe wieder erreicht sein. Ich

beantrage also, bei § 6 der Einnahmen Einstellung von 10 100 000 *M.*, bei § 7 der Ausgaben 150 000 *M.* und bei § 10 der Ausgaben 365 000 *M.*

Präsident: Der Antrag der Staatsregierung enthält dreierlei. Zunächst interessiert uns nur der erste Antrag: Erhöhung des § 6 der Einnahmen auf 10 100 000 *M.*

Dadurch würde sich gleichzeitig die Endsumme wieder erhöhen auf 11 840 000 *M.* Ich eröffne die Beratung mit über diesen Antrag, soweit er uns hier interessiert, und gebe das Wort dem Herrn Berichterstatter Abg. Müller (Brake).

Abg. **Müller:** Wir haben die Anträge im Ausschuß nicht durchberaten können. Ich glaube, sie sind vollständig harmlos und haben mehr dekorative Bedeutung, wie der Herr Finanzrat hervorgehoben hat. Es mag ja besser sein, wenn 10 000 000 *M.* aufgenommen werden, als 9 935 000 *M.* Ich möchte deshalb für meine Person empfehlen, den Antrag anzunehmen.

Präsident: Das Wort ist sonst nicht verlangt? Dann bringe ich den verbesserten Antrag des Ausschusses jetzt zur Abstimmung, weil ich nicht gut über den dreiteiligen Antrag des Regierungskommissars in einer Abstimmung abstimmen lassen kann. „Die Zahl 9 935 000 *M.* wird ersetzt durch die Zahl 10 100 000. Die Endsumme wird mit 11 840 000 *M.* angegeben.“ Ich bitte die Herren, die den Antrag in dieser verbesserten Form annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Er ist angenommen. — Ziffer 7 der Einnahmen. Das Wort ist da nicht verlangt? Ich schließe die Beratung.

Folgt Antrag 4:

Der Landtag wolle zu den §§ 1 bis 3 der Ausgaben des Eisenbahnbaufonds für 1912

§ 1 a	2 288,99 <i>M.</i>
§ 1 b	22 000,— <i>M.</i>
§ 2	280 000,— <i>M.</i>
§ 3	200 000,— <i>M.</i>

bewilligen.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrag 4 und zum § 1 a, 1 b, § 2, § 3. Da das Wort nicht verlangt ist, schließe ich die Beratung. Ich bitte die Herren, die den Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Er ist angenommen.

Folgt nunmehr der Antrag 5:

Der Landtag wolle genehmigen, daß zu § 4 und § 5 der Ausgaben des Eisenbahnbaufonds für 1912 die Summen von

§ 4	2 375 000 <i>M.</i> und
§ 5	1 990 000 <i>M.</i>

eingestellt werden.

Ueber diese Sachen ist zum Teil beschlossen. Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrag und zu den §§ 4 und 5. Da das Wort nicht verlangt ist, kommen wir zur Abstimmung. Ich bitte die Herren, die den Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Der Antrag ist angenommen.

Folgt nunmehr Antrag 6:

Der Landtag wolle zu §§ 6 bis 13 der Ausgaben des Eisenbahnbaufonds für 1912 die Summen von

§ 6	50 000,— <i>M.</i>
§ 7	50 000,— <i>M.</i>
§ 8	1 000 000,— <i>M.</i>
§ 9	500 000,— <i>M.</i>
§ 10	300 000,— <i>M.</i>
§ 11	4 600 000,— <i>M.</i>
§ 12	200 000,— <i>M.</i>
§ 13	105 711,01 <i>M.</i>

bewilligen, so daß die Ausgaben sich im ganzen auf 11 675 000 *M.* belaufen.

Hierzu liegt der Antrag der Staatsregierung vor, bei Ziffer 7 150 000 *M.* zu setzen und bei Ziffer 10 365 000 *M.* Es gehen also 165 000 *M.* hinzu. Die Gesamtsumme ist hiernach 11 840 000 *M.* Ich eröffne die Beratung zu diesem so verbesserten Antrag, zum § 6, § 7 und gebe das Wort Herrn Abg. Schmidt (Delmenhorst).

Abg. **Schmidt:** *M. H.!* In dem Bericht über die Eisenbahnbetriebskasse findet sich ein Satz, da wird auf die Bahnhofsverhältnisse in Delmenhorst hingewiesen. Es ist im Ausschuß angefragt, und darauf habe die Regierung die Erklärung abgegeben, daß der Bahnhofneubau sich so in die Länge zieht, weil mit den Grundbesitzern nicht fertig zu werden ist. Ich habe schon ausgeführt, daß das nicht richtig ist. Es kommt daher, weil mit dem Bau des Verschiebebahnhofs zu lange gewartet ist, bis die Verhältnisse der Eisenbahnverwaltung total über den Kopf gewachsen waren. Ich habe schon die Zustände im Güterschuppen geschildert und möchte noch einiges hinzufügen. Die unhaltbaren Zustände treffen nicht allein für den Güterschuppen zu, sondern auf die ganzen Bahnhofsanlagen. Daß das Stückgut und Eilgut von Bremen bis Delmenhorst manchmal acht Tage später in die Hände der Empfänger gelangt, das ist keine Seltenheit in Delmenhorst. Es ist vorgekommen, das ganze Waggon einfach verloren sind. (Heiterkeit.) Man hat sie nach einigen Tagen irgendwo anders entdeckt. Man findet sie in Gruppenbühren, Hude usw. wieder. Es ist einem Müller passiert, daß er einen Waggon halb leer gefahren hat. Wie er wieder kommt, ist der Waggon weg, auf der ganzen Station nicht zu finden und 3 Tage später in Hude wieder entdeckt. Eine Ladung Vieh ist expediert worden an einem Nachmittag nach Bremen. Am andern Morgen ist der Waggon in Bremen nicht gewesen und am folgenden Morgen in irgend einem Winkel der Station Delmenhorst wiedergefunden. Er war überhaupt noch nicht expediert worden. Eine Ladung Salz war nicht zu finden. Sie ist wiedergefunden in Emden, also ziemlich weit weg von Delmenhorst. Die Gasanstalt in Delmenhorst hat zwei Tage lang keine Kohlen bekommen, und hätte nicht viel gefehlt, dann hätte ganz Delmenhorst im Dunkeln ge-
essen.

Dann ist noch ein Uebelstand, daß die Züge nicht einlaufen können in Delmenhorst. Sie haben keine Einfahrt, und hat sich schon im Volksmunde das Wort entwickelt, wenn ein Zug aus Bremen kommt, dann heißt das: „Hier Station Wollkämmerei!“ Ich muß sagen, die Delmenhorster



sind in dieser Beziehung schon seit einigen Jahren nicht verwöhnt. Man muß sich über die Ruhe und Geduld der Bevölkerung wundern. Diese haarsträubenden Zustände müssen beseitigt werden, das kann nicht so weitergehen. Wir können nicht wieder so in die Saison heineingehen. Bis Herbst muß die Sache anders werden. Vor allen Dingen muß der Güterschuppen gebaut werden. Dabei könnte man doch längst anfangen zu bauen. Ich möchte die Regierung bitten, die Erbauung des Verschiebebahnhofs, vor allen Dingen aber die Erbauung des Güterschuppens möglichst schnell in die Hand zu nehmen und zu fördern, damit diese unhaltbaren Zustände baldmöglichst beseitigt werden.

Präsident: Das Wort ist nicht weiter verlangt? Dann eröffne ich die Beratung zu den Ziffern 7 bis 13. Da das Wort nicht verlangt ist, schließe ich die Beratung und eröffne sie zum Antrag 7:

Der Landtag wolle die Anmerkung zum Voranschlage des Eisenbahnbaufonds für 1912 genehmigen.

Ich eröffne auch die Beratung zu der Anmerkung und schließe sie auch hier, da das Wort nicht verlangt wird. Wir kommen zur Abstimmung und zwar über den verbesserten Antrag 6 und über den Antrag 7 und bitte ich die Herren, die beide Anträge annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Beide Anträge sind angenommen.

Folgt:

Bericht des Verwaltungsausschusses zur 2. Lesung über den Entwurf eines Abänderungsgesetzes für das Großherzogtum Oldenburg zum Zivilstaatsdienergesetz vom 28. März 1867. (Anlage 54.)

Der Ausschuß beantragt:

Der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, wie er aus der 1. Lesung hervorgegangen und im ganzen seine verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wir stimmen hier sofort ab und bitte ich die Herren, die diesen Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist angenommen.

Es kommt jetzt:

Bericht des Verwaltungsausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend den Entwurf eines Abänderungsgesetzes für das Großherzogtum Oldenburg zum Gesetz vom 24. Dezember 1902, betr. die Fürsorge für die Witwen und Waisen der im öffentlichen Dienste Angestellten. 2. Lesung. (Anlage 55.)

Der Ausschuß beantragt:

Unveränderte Annahme des Gesetzes in der in 1. Lesung angenommenen Fassung.

Wir stimmen auch hier sofort ab und bitte ich die Herren, die den Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Er ist angenommen.

Folgt:

Bericht des Finanzausschusses über das Beitragsverhältnis der drei Landesteile des Großherzogtums zu den Gesamtausgaben des Großherzogtums für die Periode von 1912 bis 1917. 2. Lesung. (Anlage 4.)

Der Ausschuß beantragt:

Der Landtag wolle der Vorlage auch in der 2. Lesung seine Zustimmung erteilen.

Wir stimmen auch hier sofort ab und bitte ich die Herren, die diesen Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Er ist angenommen.

Es folgt jetzt:

Bericht des Verwaltungsausschusses zur 2. Lesung über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betr. die Uebertragung staatlicher Hebungen auf die Gemeinden. (Anlage 2.)

Der Ausschuß beantragt:

Der Landtag wolle dem Gesetzentwurf auch in 2. Lesung seine verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wir stimmen sofort ab und bitte ich die Herren, die den Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Er ist angenommen.

Punkt 7 der Tagesordnung lautet:

Bericht des Verwaltungsausschusses zur 2. Lesung über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld, betr. Fälligkeit der Grund- und Gebäudesteuern. (Anlage 39.)

Der Ausschuß beantragt:

Der Landtag wolle dem Gesetzentwurf auch in 2. Lesung seine verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wir stimmen auch hier sofort ab und bitte ich die Herren, die den Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist angenommen.

8. Gegenstand:

Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg zur Änderung des Zivilstaatsdienergesetzes. 2. Lesung. (Anlage 20.)

Der Ausschuß beantragt:

Der Landtag wolle dem Gesetzentwurf auch in 2. Lesung und im ganzen seine verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wir stimmen auch hier sofort ab und bitte ich die Herren, die den Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist angenommen.

Es folgt jetzt:

Bericht des Finanzausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg wegen Aufnahme einer Anleihe. 1. Lesung. (Anlage 66.)

Der Ausschuß beantragt:

Der Landtag wolle dem Gesetzentwurfe seine verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrag und zu dem Gesetzentwurfe § 1 bis 5. Das Wort wird nicht verlangt? Dann schließe ich die Beratung. Wir stimmen ab und bitte ich die Herren, die den Antrag des Ausschusses annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist angenommen. Anträge zur 2. Lesung sind innerhalb einer viertel Stunde zu stellen. (Verkündet 1 Uhr 7 Min.)

Es folgt jetzt Punkt 10 der Tagesordnung:

Bericht des Finanzausschusses zur 2. Lesung der dem Finanzgesetz für das Jahr 1912 anzulegenden Voranschläge sowie über Form und Inhalt des Finanzgesetzes.

Der Ausschuß beantragt im Antrage 1:

Der Landtag wolle die Voranschläge des Groß-



herzogtums Oldenburg, des Herzogtums Oldenburg und der beiden Fürstentümer Lübeck und Birkenfeld für 1912, wie sie aus den Beschlüssen der 1. Lesung hervorgegangen sind, auch in 2. Lesung annehmen.

Wir stimmen über diesen Antrag ab und bitte ich die Herren, die den Antrag 1 annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschichte. — Der Antrag ist angenommen.

Antrag 2 bezieht sich auf den Entwurf des Finanzgesetzes, dessen 1. Lesung hier mit der 2. Lesung des Stats verbunden wird. Der Antrag lautet:

Der Landtag wolle dem Entwurfe des Finanzgesetzes für 1912 nebst Anlagen in 1. Lesung zustimmen.

Ich bitte die Herren, die diesen Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschichte. — Der Antrag ist angenommen. Anträge zur 2. Lesung des Finanzgesetzes sind ebenfalls innerhalb einer viertel Stunde zu stellen. (Verkündet 1 Uhr 10 Min.)

Es sind jetzt die 10 ersten Gegenstände der Tagesordnung erledigt. Es folgen jetzt die Anlagen 43 und 40, wenn Sie noch einen Augenblick Geduld haben, nehme ich die kleinen Gegenstände der Tagesordnung jetzt auch noch vor, damit wir für heute nachmittag Zeit gewinnen, die beiden großen Anlagen zu erledigen. Das Wort hat Herr Abg. Schulz zur Geschäftsordnung.

Abg. **Schulz**: M. H.! Ich wollte nur beantragen, soweit das möglich ist, daß die Punkte 11 und 12 der Tagesordnung umgestellt werden, daß also zunächst über die Landwirtschaftsschule verhandelt wird und dann über das Seminar. Meine Freunde und ich werden von der Aufhebung der Landwirtschaftsschule unsere Zustimmung zu dem Ort des neuen Seminars abhängig machen.

Präsident: Wenn der Landtag das wünscht, tue ich das. Ist das der Wunsch des Hauses? Das Wort hat Herr Abg. Müller (Brake) zur Geschäftsordnung.

Abg. **Müller**: Ich bin damit einverstanden. Ich möchte aber bitten, daß die kleinen Sachen der Tagesordnung, die jetzt noch nicht erledigt sind, heute nachmittag vorweg genommen werden und daß wir jetzt schließen. Heute nachmittag hält das auch nicht länger auf.

Präsident: Ich glaube, die paar Sachen halten jetzt nicht lange auf. Wenn wir sie jetzt noch erledigen, dann brauchen die Herren von der Regierung heute nachmittag nicht wieder zu kommen. Ist der Landtag damit einverstanden? (Zurufe: Ja.)

Also zunächst Anlage 65. Ich sehe, mir fehlt momentan der Bericht, welcher die Anträge enthält. Ich nehme infolgedessen Punkt 14

Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Ankauf eines Grundstücks für die Staatliche Kreditanstalt. (Anlage 61.)

Der Ausschuß beantragt:

Der Landtag wolle sich damit einverstanden erklären, daß zum Ankauf eines Grundstücks für die Staatliche Kreditanstalt und für bauliche Veränderungen darauf der Betrag von 125 000 M aus dem Reservefonds der Anstalt bereit gestellt wird.

Ich eröffne die Beratung. Da das Wort nicht verlangt wird, schließe ich die Beratung. Wir stimmen ab und bitte ich die Herren, die den Antrag des Ausschusses annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschichte. — Der Antrag ist angenommen.

Ich komme jetzt zurück zu Ziffer 13 der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Anlage 65 der Staatsregierung, betreffend Errichtung von Hengstböden beim „Neuen Hause“.

Es liegen zwei Anträge vor. Ein Teil des Ausschusses stellt den Antrag 1:

Annahme der Regierungsvorlage.

Ein anderer Teil des Ausschusses stellt den Antrag: Ablehnung der Regierungsvorlage.

Ein dritter Teil des Ausschusses enthält sich vorläufig der Abstimmung. Ich eröffne die Beratung 1 und 2 des Ausschusses und über die Anlage 65 und gebe das Wort dem Berichterstatter Herrn Abg. Schipper.

Abg. **Schipper**: Nach der Anlage 65 der Staatsregierung wird beabsichtigt, bei dem „Neuen Hause“ in einem weiteren Anbau 20 neue Hengstböden zu errichten. Die Kosten sind auf 5700 M veranschlagt, und wird der Pächter des „Neuen Hauses“ diese Summe mit 4% verzinzen und mit 2% amortisieren. Es fragt sich nun, ob überhaupt ein Bedürfnis vorliegt. Von der Registratur der Großherzoglichen Rörungskommission haben wir eine Uebersicht erhalten und daraus ist zu ersehen, daß bis zum 21. März d. J., 283 Anmeldungen vorlagen, davon gehen 7 Hengste der Großherzoglichen Hengstaufzuchtstation, welche im Marstalle untergebracht werden, ab, sodas aber noch immer 276 Hengste unterzubringen sind. Da aber nur Stallung für 251 Hengste vorhanden ist, so handelt es sich immer um 25 Tiere, welche nicht unterzubringen sind. Unter diesen Umständen glaubte ein Teil des Ausschusses, der Vorlage der Regierung zustimmen zu müssen, ein anderer Teil des Ausschusses steht auf dem Standpunkte, daß der Bedürfnisgrund nicht genügend erbracht sei und beantragt Ablehnung der Vorlage. Ein dritter Teil des Ausschusses enthält sich der Abstimmung.

Präsident: Herr Abg. Tanzen (Heering) hat das Wort.

Abg. **Tanzen**: Ich gehöre zu dem Teil des Ausschusses, der den Betrag nicht bewilligen will, denn ich halte nicht nur die Bedürfnisfrage für nicht genügend erwiesen, sondern ich bin auch der Meinung, daß in Vorjahren wiederholt eine größere Anzahl Hengste angemeldet war, die auch ein Unterkommen gefunden haben. Das ist aber nicht der entscheidende Grund für mich. Der Hauptgrund ist der, daß es nicht Aufgabe der Staatsregierung ist, Hengstböden herzustellen, sondern Aufgabe der Interessenten oder der Kommunen für Einrichtungen zu sorgen, die nötig sind. Ich kann mich auch nicht täuschen lassen durch eine 4%ige Verzinsung und 2%ige Amortisation, weil nach 2 Jahren der Pachtvertrag mit dem Pächter des „Neuen Hauses“ abläuft und es dann ähnlich geht wie mit anderen Sachen, daß diese Prozente langsam verschwinden. M. H.! Ich möchte nur Rodenkirchen erwähnen. Dort sind große Einrichtungen ohne einen Pfennig Staatshilfe von der Ge-



meinde Rodenkirchen hergestellt. Wenn Oldenburg die Rörungen behalten will und Oldenburg hat an der Abhaltung ein Interesse, dann ist es Aufgabe Oldenburgs, für gute Einrichtungen zu sorgen und ich möchte bitten, aus Prinzip diese Summe abzulehnen.

Weiter kommt in Betracht, daß das Grundstück des „Neuen Hauses“ in den nächsten Jahren zu anderen Zwecken in Aussicht genommen werden kann, und halte ich es auch aus diesem Grunde für richtig, nichts mehr hinein zu stecken. Wir können nach 2 Jahren, wenn mit dem Pächter des „Neuen Hauses“ ein neuer Vertrag abgeschlossen wird, die Sache ändern. Jedenfalls ist jetzt nicht die richtige Zeit dafür.

Präsident: Herr Abg. Hollmann hat das Wort.

Abg. **Hollmann:** Vom Herrn Abg. Tanzen (Heering) ist gesagt, es sei in früheren Jahren eine größere Anzahl Hengste angemeldet, die auch untergebracht seien. Das ist richtig, aber er hat dabei vergessen, zu erwähnen, daß in zwischen eine ganze Anzahl Ställe bei Privaten zu anderen Zwecken eingerichtet sind und nicht mehr in Frage kommen. Sie haben aus den Ausführungen des Herrn Berichterstatters gehört, daß, trotzdem in diesem Jahre alle Ställe angerechnet sind, ungefähr 30 Stände fehlen. Unser aufblühender Hengstmarkt erheischt es dringend, daß diese Summe vom Landtage bewilligt wird und nicht ihm einen Knüttel zwischen die Beine zu werfen. Wir haben alle Aussicht, den Hengstmarkt zu beleben und sorgen Sie dafür, daß eine Anzahl guter Bogen vorhanden sind, denn es sind einzelne Ställe vorhanden bei Privaten, die wirklich nicht mehr als zeitgemäß anzusehen sind. Ich bitte Sie, diese kleine Summe nicht aus Prinzip abzulehnen, sondern bewilligen Sie diesen kleinen Betrag, damit unser Markt gehoben wird, zum Wohle unserer oldenburgischen Landwirtschaft.

Präsident: Herr Abg. Hug hat das Wort.

Abg. **Hug:** Ich war unter denen, die gegen die Vorlage waren. Ich habe meine Ansicht, betreffend Hengstbogen, geändert. Meine Freunde und ich werden dafür stimmen.

Präsident: Das Wort ist nicht weiter verlangt? Dann schließe ich die Beratung. Wir kommen zur Abstimmung und bitte ich die Herren, die den Antrag 1 des Ausschusses: Annahme der Regierungsvorlage, annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist angenommen. Damit ist der Antrag 2 erledigt.

M. H.! Ich möchte jetzt fragen ob wir die Gegenstände 15 und 16 noch erledigen wollen, es sind das zwei kleine Sachen. Ich würde empfehlen, dann heute nachmittag wieder zu beraten und zunächst mit einer vertraulichen Sitzung zu beginnen, wir haben ja zwei vertrauliche Sachen. Ich kann die Öffentlichkeit besser wieder herstellen, wenn diese erledigt sind, als sie unterbrechen. Deshalb möchte ich vorschlagen, heute nachmittag zunächst die beiden vertraulichen Gegenstände und daran anschließend die Gegenstände 11 und 12 zu nehmen. Ich muß dann aber die beiden Gegenstände 15 und 16 jetzt noch erledigen. Ist der Landtag damit einverstanden? (Zurufe: Ja.)

Wir kommen dann zu Punkt 15 der Tagesordnung **Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Nachweisung der aus dem Staats- und Krongut zum Zwecke der Gründung behaufter Stellen gegen Grundrente veräußerten Grundstücke.** (Anlage 26.)

Der Ausschuß stellt den Antrag:

Der Landtag wolle die mit dem laufenden Jahre erlöschende Ermächtigung bis weiter erteilen.

Da das Wort nicht verlangt wird, schließe ich die Beratung und bitte die Herren, die den Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist angenommen.

Es folgt jetzt:

Bericht des Finanzausschusses über die Herstellung eines hölzernen Piers vor der Kajemauer in Esfleth. (Anlage 44.)

Dazu beantragt der Ausschuß:

Der Landtag wolle für die Herstellung eines hölzernen Piers vor der Kajemauer in Esfleth aus dem Wasserbaufonds 10000 M bewilligen.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrage und zu der Anlage 44. Da das Wort nicht verlangt wird, schließe ich die Beratung. Wir stimmen ab und bitte ich die Herren, die den Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist angenommen.

M. H.! Jetzt möchte ich Ihre Meinung hören, ob wir um 4 Uhr oder 4 $\frac{1}{2}$ Uhr beginnen wollen. (Zurufe: Um 4 $\frac{1}{2}$.) M. H.! Es beginnt also die nächste Sitzung heute nachmittag 4 $\frac{1}{2}$ Uhr. Zunächst findet eine vertrauliche Sitzung statt, dann kommen die Gegenstände 11 und 12 der heutigen Tagesordnung und dann die zweiten Lesungen, die Ihnen angekündigt sind. Ich schließe die Sitzung.

(Schluß 1 Uhr 25 Min.)

Fortsetzung der 7. Sitzung

am Freitag, den 22. Dezember 1911, nachm. 4 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Zunächst wurden in geheimer Sitzung ohne stenographische Aufnahme erledigt:

1. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die vertrauliche Vorlage der Staatsregierung vom 14. November 1911.

2. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die vertrauliche Vorlage der Staatsregierung vom 6. Dez. 1911.

Nach Herstellung der Öffentlichkeit wurde wie folgt fortgefahren:

Präsident: Der nächste Gegenstand ist:

Bericht des Verwaltungsausschusses zu der Vorlage über die Reform der Landwirtschaftsschule in Varel. (Anlage 40.)

Der Ausschuß beantragt im Antrage 1:

Der Landtag wolle die Aufhebung der Landwirtschaftsschule zu Ostern 1914 beschließen.

Im Antrage 2 beantragt die Mehrheit des Ausschusses: Der Landtag wolle beschließen, daß die berechnigte Landwirtschaftsschule in Varel zu Ostern 1914 auf-



gehoben und alsdann zu einer höheren landwirtschaftlichen Lehranstalt ausgebaut wird.

Ich eröffne die Beratung zu diesen beiden Anträgen des Ausschusses und zu der Anlage 40 und gebe das Wort dem Berichterstatter Herrn Abg. Schmidt (Zetel.)

Abg. **Schmidt**: M. H.! Der Bericht enthält ein paar sinnentstellende Fehler. Auf Seite 642 heißt es in der 8. Zeile von unten „Fachschule“, das muß „Hochschule“ heißen. Ferner muß es auf Seite 644 in der letzten Zeile statt 1500 M 5100 M heißen.

Es ist Ihnen bekannt, meine Herren, besonders den älteren Abgeordneten, daß im letzten Landtage über das Sein und Nichtsein der Vareler berechtigten Landwirtschaftsschule viel und heiß gestritten ist. Ein Mehrheitsbeschluß ließ die Schule weiter existieren. Es wurde ein Antrag Feigel angenommen, nach welchem von seiten der Regierung zu prüfen ist, wie die Schule zu reformieren ist, um dem Staate besser dienlich zu werden. Das Produkt dieser Prüfung sehen wir hier in dieser Vorlage. Es schlägt die Regierung drei Wege vor. Nach den beiden ersten Vorschlägen soll die berechnete Schule weiterbestehen, zwar nicht ganz in der jetzigen Form, sondern mit der Aenderung, daß entweder Vorklassen der Schule angegliedert werden oder die Schule einer bestehenden Realschule angeschlossen wird. Es würde das also ein Weiterbestehen der berechtigten Schule nach preussischem, hessischem oder braunschweigischem Muster sein.

In der Ausschußberatung haben die beiden ersten Vorschläge wenig Verfechter gefunden, während der 3. Vorschlag mehr Anklang fand, ganz besonders dann, als von seiten der Staatsregierung, von seiten des Herrn Ministers, dargetan wurde, daß diese höhere Lehranstalt, wie sie im Vorschlag 3 geplant wird, der Landeskasse wenig Kosten auferlegen wird, das heißt für die nächste Zukunft. Selbst die Freunde der jetzigen Anstalt mußteten sich auf diesen Antrag vereinigen und sie konnten das entgegen ihrem vorjährigen Beschluß tun, weil hier in diesem Antrage der Landwirtschaft ein Ersatz geboten wird. Ich beziehe die letzte Stellungnahme besonders auf meine Person.

Es glaubt eine Mehrheit, die Schule in dieser Form weiter bestehen lassen zu müssen, wenigstens einen Versuch in dieser Beziehung nicht unmöglich zu machen. Es wurde betont, daß bei dem Nichtgelingen dieses Planes es ja immerhin nach einigen Jahren des Versuches früh genug sei, ohne weitere Kosten die Anstalt alsdann aufzuheben.

Ich bitte Sie, dem Antrage der Ausschlußmehrheit ihre Zustimmung zu geben.

Präsident: Se. Excellenz Herr Minister Scheer hat das Wort.

Minister **Scheer**: M. H.! Wenn der Landtag sich für Aufhebung der Landwirtschaftsschule zu Ostern 1914 ausspricht, so erscheint es im Interesse der fachlichen Ausbildung unserer jungen Landwirte erwünscht und aus praktischen Rücksichten geradezu geboten, nach der Aufhebung der Landwirtschaftsschule mit der Errichtung eines landwirtschaftlichen Seminars vorzugehen. Das Bedürfnis für diese Anstalt liegt gleichsam in der Luft. Ich habe schon im Ausschuß ausgeführt, daß die landwirtschaftlichen Ver-

waltungen von Oldenburg und Preußen ganz unabhängig von einander gleichzeitig zu dem Entschlusse gekommen sind, dieser neuen Schulart näher zu treten. Der ganze Apparat ist nach Aufhebung der Landwirtschaftsschule vorhanden. Ihm braucht eigentlich nur neues Leben eingehaucht zu werden. Die Lehrkräfte stehen vermutlich zur Verfügung. Eine reichhaltige Sammlung von Lehrmitteln, wie sie wohl wenige andere Landwirtschaftsschulen besitzen, ist vorhanden, außerdem sind die Einrichtungen für Laboratorium usw. da. Die Staatsregierung beabsichtigt für den Fall, daß Sie den Antrag 2 annehmen, eine Kommission einzusetzen, um einen Schul- und Lehrplan auszuarbeiten. Je freier wir nun diese Kommission schalten und walten lassen, je weniger Richtlinien wir der Kommission mit auf den Weg geben, desto besser wird die Lösung der Aufgabe sein. Ich möchte Ihnen deshalb dringend anheimgeben, heute von allen Einzelheiten abzugehen und sich nur mit der Erörterung der Frage zu beschäftigen: Soll die Landwirtschaftsschule zu Ostern 1914 aufgehoben und im Bejahungsfalle, soll dann mit der Errichtung eines landwirtschaftlichen Seminars vorgegangen werden?

Präsident: Herr Abg. Tanzen (Stollhamm) hat das Wort.

Abg. **Tanzen**: M. H.! Sie finden im Berichte auf Seite 643 einen Satz, den ich wohl eben verlesen darf. Es heißt dort: „Einzelne Abgeordnete der Mehrheit, welche für die Aufhebung der Landwirtschaftsschule sind, wollen der Umwandlung in eine höhere Lehranstalt trotz mancher Bedenken zustimmen, um einen Versuch nicht zu hindern.“ Zu diesen Abgeordneten gehöre auch ich und darf ich deshalb wohl kurz die Gründe darlegen, die mich zu dieser Stellungnahme veranlaßt haben. Zunächst kann ich wohl meine Befriedigung ausdrücken, daß auch die Regierungsvorlage, indem sie ein landwirtschaftliches Seminar vorschlägt, die Aufhebung der jetzigen Landwirtschaftsschule als Fachschule befürwortet. Wir haben schon im vergangenen Jahre die Angelegenheit einer Prüfung unterzogen. Ich persönlich gehöre zu den Abgeordneten, die diese Aufhebung befürwortet haben und ich glaube, der Teil des Landtages, der sich dem damals angeschlossen hat, hat Recht behalten. Es ist inzwischen ja in Preußen von dem Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten und von dem Landtage selbst bestätigt worden, daß eine Landwirtschaftsschule mit Einjährigen-Berechtigung ihrer Aufgabe als Fachschule nicht gerecht wird. Diese Landwirtschaftsschulen sollen in Preußen allmählich in Realschulen umgewandelt werden. Nun ist aber eine andere Frage die, kann denn die Landwirtschaft eine höhere Fachschule gebrauchen, kann die ihr nützlich sein? Wenn man die Frage einfach so stellt, dann glaube ich, daß man doch wohl zu dem Ergebnis kommen kann, für den Fall, daß es gelingen sollte, eine solche Schule in Zukunft unseren Bedürfnissen entsprechend einzurichten, daß dann die Landwirtschaft ebenjogut eine höhere Fachschule gebrauchen kann, wie sie das Gewerbe beispielsweise in der Baugewerkschule hat. Also grundsätzlich darf man der Landwirtschaft diese Bildungsmöglichkeit nicht abschneiden, ebensowenig, wie man sie dem Gewerbe abgeschnitten hat.



Die zweite Frage ist aber, wie die Schule einzurichten ist, und da kann ich mich auch dem wohl anschließen, was der Herr Minister sagte, daß darüber heute hier schwerlich wird mit Erfolg verhandelt werden können. Ich möchte aber eins noch anführen. Ein Bedenken steckt darin, was ich auch im Ausschusse ausgeführt habe, es muß unter allen Umständen vermieden werden, daß irgendeine Art von Standesschule herauskommt, es muß eine Art Volkshochschule werden.

Wenn in diesem Sinne sich eine höhere Fachschule sollte bilden lassen, dann, meine Herren, kommt sie der Landwirtschaft wohl zu, dann wird sie voraussichtlich nützen und Gutes wirken.

Eine andere Frage ist dann aber die Kostenfrage und da ist die Sache so, daß zunächst der Versuch, zu dem ein Teil des Ausschusses sich entschlossen hat, nennenswerte Mittel nicht erfordern wird. Wird die jetzige Landwirtschaftsschule in Barel restlos aufgehoben, so werden immerhin noch Wartegelder zu zahlen sein, so daß der Versuch, für einige Jahre eine landwirtschaftliche höhere Fachschule einzurichten, mit den vorhandenen Lehrkräften gemacht werden könnte ohne nennenswerte Kosten. Sollten später größere Kosten entstehen, dann, meine Herren, wird an den Landtag meines Erachtens die Frage herantreten, ob die Schule als staatliche Anstalt weiter bestehen soll oder etwa ein Kommunalverband, sei es die Stadt Barel, sei es der Amtsverband oder sonst jemand, als Träger der Schule unter Zuschuß des Staates in Frage kommt. So ist es mit der Baugewerkschule, so sind alle anderen Fachschulen entstanden, und so könnte auch später diese Schule eingerichtet werden. Diese Frage tritt aber heute noch gar nicht an uns heran, weil zunächst nennenswerte Mittel nicht erforderlich sind und weil man schwerlich die Kosten eines Versuchs einem Kommunalverband wird aufbürden wollen. Die Kosten dieses Versuches muß der Staat tragen. Hat die Schule einige Jahre bestanden, dann kann die Frage geprüft werden, rechtfertigt sich ihr Weiterbestehen? Dann kann ihre Aufhebung, aber auch ihre Weiterentwicklung beschlossen werden, und dann kann auch die Frage entschieden werden, wer soll das bezahlen. Vorläufig aber handelt es sich um einen Versuch und den können wir jetzt gewiß unterstützen, ohne uns nach irgend einer Richtung zu binden.

Präsident: Herr Abg. Schulz hat das Wort.

Abg. Schulz: M. H.! Ich entspreche dem Wunsche des Herrn Ministers, auf Einzelheiten nicht einzugehen und in Anbetracht unsrer äußerst gedrängten Geschäftslage will ich es mir versagen, mich in Details zu verlieren. Ich möchte nochmals die Ansicht meiner Freunde und meine Ansicht dahin zum Ausdruck bringen, daß wir es für an der Zeit halten, in Anbetracht verschiedener Umstände, für eine Aufhebung, für eine radikale Beseitigung der Landwirtschaftsschule zu plädieren. M. H.! Wir sind der Meinung, daß das Bestreben der Mehrheit des Ausschusses, das dahin geht, die Landwirtschaftsschule auf einer anderen Grundlage auszubauen, nicht opportun ist, daß das ein Versuch mit untauglichen Mitteln ist. Als im vorigen Landtage die Reform und Verbilligung der Verwaltung hier be-

raten wurde, wurde unter anderem dem Landtage ein Antrag unterbreitet, um eine Verbilligung der Verwaltung in die Wege zu leiten, auch die Landwirtschaftsschule aufzuheben, die dem Staate alljährlich ungefähr 64 000 M festet. M. H.! Bei dieser Gelegenheit war es kein geringerer, als Herr Minister Scheer selbst, der unter lebhaftem Beifall des Plenums zum Ausdruck brachte, daß die Beibehaltung der Landwirtschaftsschule in Barel nicht mehr gerechtfertigt sei. Heute nimmt Herr Minister Scheer einen etwas anderen Standpunkt ein. Ich gebe zu, daß inzwischen Momente hinzugekommen sind, die seinen Standpunkt etwas anders beeinflusst haben, aber nichtsdestoweniger sind meine Freunde und ich nach wie vor der Meinung, daß es angebracht ist, die Landwirtschaftsschule aufzuheben. M. H.! Ich bin der Meinung, es wird nach wie vor die Landwirtschaftsschule in Barel selbst nach der durch die Mehrheit des Ausschusses beabsichtigten Reorganisation eine Standesschule bleiben, es wird nur einem ganz kleinen Teil der besser situierten landwirtschaftlichen Kreise möglich sein, ihre Kinder dieser Schule zu überweisen. M. H.! Wenn das der Fall ist, ist es nicht gerechtfertigt, ein derartiges Institut auf Kosten der Allgemeinheit, auf Kosten der Beitragszahlung der breiten Masse der Bevölkerung, wozu diese nennenswert beizutragen haben, zu belasten. (Zuruf: Stadt Barel.) Das kommt. M. H.! Ich bin der Meinung, es handelt sich hier um eine gewissermaßen gewaltsame Konservierung einer Standesschule schlimmster Sorte. Ich begreife, daß Herr Abg. Tanzen (Stollhamm) heute Gründe dargelegt hat, sich für eine Beibehaltung der Schule auf etwas veränderter Grundlage auszusprechen. M. H.! Aber das Mittel, eventuell als die Grundlage für die Schule den Kommunalverband Barel anzusprechen, das halte ich auch namens meiner Freunde nicht für gerechtfertigt. M. H.! Ich meine, selbst wenn die Schülerzahl für die Landwirtschaftsschule sich in Zukunft erhöhen sollte, dann würde der Staatszuschuß im allgemeinen zu hoch sein, daß es im Interesse der Allgemeinheit nicht gerechtfertigt wäre, diesem Institute zuzustimmen. Den Charakter einer Standesschule wird man auch dann nicht leugnen können, die Schule wird nur immer für wenige in Frage kommen, aber weiter ist nicht zu bestreiten, daß bei der Konservierung dieser Schuleinrichtung es sich darum handelt, daß ein Mittelglied zwischen Landwirtschaftsschule und Universität geschaffen wird. Alle diese Gesichtspunkte sind im Ausschusse des längeren und breiteren erörtert, ohne daß ich darauf, wie ich schon vorhin gesagt habe, angesichts unserer Geschäftslage eingehen will.

M. H.! Wenn dann gesagt ist, der Versuch, wie er von der Mehrheit des Ausschusses auf Grund des Vorschlages der Staatsregierung empfohlen wird, kann gemacht werden, so sage ich, daß dies ein Versuch mit untauglichen Mitteln ist. Wenn dann weiter gesagt ist, daß der Versuch dem Staate nichts koste, so betrachte ich das als ein Spiel mit Zahlen. Es ist ja sicher richtig, daß die Lehrer, die bei der Aufhebung der Schule im Jahre 1914 in Frage kommen, pensioniert werden müssen, daß die Lehrer also Kosten verursachen, aber nichtsdestoweniger, meine Herren, kann man nicht sagen, daß nun keinerlei Kosten entstehen, wenn die Schule nicht aufgehoben wird, sondern wenn zwei



bis drei oder meinetwegen fünf Jahre lang der Versuch gemacht wird. Ich bin vielmehr der Meinung, daß heute der geeignete Zeitpunkt ist, die Schule ohne weiteres aufzuheben. Wir meinen, wenn man sie jetzt nicht aufhebt, dann wird, nachdem der Versuch zwei oder drei Jahre gemacht ist, dieses oder jenes wieder anzuführen sein, daß es rechtfertigt, die Schule doch nun nicht aufzuheben, sondern sie nach Möglichkeit zu erhalten, sie zu konservieren. Dazu können wir unsere Hand nicht bieten. M. H.! Deshalb beantragt die Minderheit im Antrag 1: Aufhebung der Landwirtschaftsschule, und ich kann Sie nur bitten, diesem Antrage zuzustimmen.

Ich möchte dann noch bemerken, m. H., daß wir von der Frage der Aufhebung der Landwirtschaftsschule eventuell unsere Zustimmung zur Seminarfrage resp. zum Ort des Seminars selbst abhängig machen werden. Ich bitte Sie, dem Antrage 1 zuzustimmen.

Präsident: Se. Excellenz Herr Minister Scheer hat das Wort.

Minister Scheer: M. H.! Der Herr Vorredner hat auf meine Ausführungen in der letzten Landtagsession aufmerksam gemacht und hervorgehoben, daß ich s. Zt. sehr lebhaft für die Aufhebung der Barel'schen Schule plädiert hätte. Wenn er meine Ausführungen nachliest, wird er finden, daß ich mich für Aufhebung der Schule in ihrer gegenwärtigen Form als Staatsanstalt ausgesprochen, mich des längeren über die Mängel der Schule verbreitet und schließlich gesagt habe, wenn sie als Staatsanstalt aufrecht erhalten werden sollte, würde sie der Verbesserung bedürfen. Jetzt wird von uns vorgeschlagen, die Landwirtschaftsschule aufzuheben und an deren Stelle eine Schulform ganz anderer Art zu setzen. Wie man diese Schulform eine Standeschule schlimmster Art nennen kann, ist mir nicht recht verständlich, denn es handelt sich doch darum, der Landwirtschaft als solcher zu dienen und dem Lande Landwirte zur Verfügung zu stellen, die besser ausgebildet sind als der Durchschnitt und die deshalb in der Lage sind, vorbildliche Wirtschaften zu führen. Das ist von der größten Bedeutung für die Landwirtschaft.

Dann hat der Herr Vorredner ausgeführt, daß er und seine Freunde von der Entscheidung des Landtages über die Aufhebung der Schule ihre Stellungnahme zur Seminarfrage abhängig machen würden. Ich habe schon ausgeführt und dringend anheim gegeben, von allen Einzelheiten abzuweichen. Wo das landwirtschaftliche Seminar errichtet wird, muß der Zukunft überlassen werden. Ich halte es für richtig, daß man der Kommission keinerlei Vorschriften im einzelnen macht.

Präsident: Herr Abg. Schmidt (Betel) hat das Wort.

Abg. Schmidt: Falls der Antrag 2 der Mehrheit zur Annahme gelangt, will die Staatsregierung eine Kommission einsetzen, zur weiteren Behandlung der Dinge. Nun hat der Herr Minister gebeten, von der Beratung weiterer Einzelheiten abzusehen und ich gebe ihm darin vollkommen recht, es würde doch unfruchtbar sein, hier Näheres darüber festzulegen. Aber ich möchte die Bitte aussprechen, die Kommission so zusammen zu setzen, daß das Fachelement, die

praktischen Landwirte, darin den gebührenden Raum einnimmt.

Präsident: Herr Abg. Hug hat das Wort.

Abg. Hug: M. H.! Im vorigen Jahre ist von der Staatsregierung doch anerkannt worden, daß die Landwirtschaftsschule in ihrer jetzigen Gestalt überlebt, daß sie früher imstande war, ihre Aufgabe zu erfüllen, daß sie jetzt aber, besonders nachdem die zahlreichen Winterschulen eingerichtet sind, nicht mehr am Platze ist. Das ist vom Herrn Minister Scheer so klar und so scharf dargetan, daß ich mich darüber gefreut habe. Ich habe früher im Finanzausschusse wiederholt darauf hingewiesen, daß nach meiner unmaßgeblichen Meinung die Schule eigentlich eingehen könne. Ich habe mich darum außerordentlich gewundert, daß nun die Staatsregierung eine Aenderung ihrer Anschauung über die Landwirtschaftsschule in Barel gefunden hat. M. H.! Ich bin kein Fachmann und ich habe keine richtige Uebersicht über den Begriff einer landwirtschaftlichen Seminarsschule, wenn ich aber meine unmaßgebliche Meinung kundgeben soll, so nehme ich an, daß aus der Schule Männer hervorgehen sollen, die Winterschullehrer sind und die sonst unterrichten. (Zurufe: Nein!) Die Seminare sind allgemein dazu da, Lehrkräfte hervorzubringen, so verstehe ich das, ob das richtig ist, weiß ich nicht, ich bin aber bekehrbar; wenn ich auf einem falschen Wege bin, lasse ich mich gern belehren. Aber richtig ist doch, das Seminare dazu da sind, um Lehrkräfte hervorzubringen, sei es nun in theoretischer oder in praktischer Hinsicht, das sei dahingestellt.

Ich meine nun, daß die Winterschulen im Lande dazu dienen müssen, praktischen Landwirten theoretische Kenntnisse beizubringen, und daß die Seminare dazu da sind, weniger praktische, sondern mehr theoretische Lehrkräfte hervorzubringen. Kurz und gut: es ist nicht genügend dargetan, daß die Seminarsschule den Erfolg haben wird, der nun plötzlich hier vorgetragen wird. Es ist überraschend, daß entsprechend der Stellung der Staatsregierung im vorigen Jahre diese auf einmal in irgend einer Form, mag sie sein, wie sie will, die Landwirtschaftsschule erhalten will. M. H.! Ich habe im vorigen Jahre bei den Verhandlungen auch im Namen meiner Freunde der Ansicht Ausdruck gegeben, wenn es möglich ist, eine wirkliche Hochschule daraus zu machen, dann sind wir dazu bereit, aber diese Hochschule kann sich nicht nur über Oldenburg erstrecken, sondern diese Hochschule muß, wie die Hohenheimer Schule in Württemberg oder ähnliche, aus dem Reiche Zuspruch haben. Diese Frage ist nicht geprüft worden, sondern es ist, bloß um die Schule in irgend einer Form zu erhalten, dieser Vorschlag gemacht.

Es ist dann hier in die Debatte hineingeworfen, es soll diese Schule eine höhere Fachschule sein, sie soll also als eine Volkshochschule für die Landwirtschaft gelten. Ja, das sind sehr schöne Dinge, aber sie sind zu wenig substantiiert, als daß man sich darüber unterhalten könnte. (Zuruf: Kommission!) Gut! Wenn die Kommission sich darüber unterhalten soll, so habe ich nichts dagegen. Aber heute kann doch die Frage nur dahin gehen, daß die Landwirtschaftsschule aufgehoben wird, und wenn von der Kommission oder von der Staatsregierung die Notwendigkeit dargetan wird, daß eine solche Schule, wie Herr Kollege



Tanzen-Stollhamm sie hier vorgetragen hat, eingeführt werden soll, dann sind wir die letzten, die dagegen sind, aber zunächst muß die höhere Landwirtschaftsschule in Varel aufgehoben werden.

Wenn nun, um die Sache schmachhaft zu machen, aus dieser Staatschule eine Gemeindeschule gemacht werden soll, das heißt, wenn die Stadt Varel die Schule übernehmen soll, so habe ich persönlich gar nichts dagegen, dann wäre es ja möglich, daß die Schule bleibt und es muß dann den Kollegen von Varel überlassen bleiben, ob sie die Verantwortung übernehmen können, daß Varel diese Belastung übernimmt und sie auch tragen kann. Das sind Fragen, die ich nicht zu entscheiden vermag, die auch der Landtag nicht entscheiden kann, aber immerhin muß die Landwirtschaftsschule zunächst aufgehoben werden.

Präsident: Herr Regierungsrat Buhlert hat das Wort.

Regierungsrat Dr. Buhlert: M. H.! Ich kann Herrn Abg. Hug zustimmen, wenn er von sich sagt, daß er kein Fachmann ist; ich glaube, er hat von dieser höheren Fachschule nicht die richtige Auffassung. Es ist in der Vorlage der Regierung versucht, sie ungefähr zu skizzieren dadurch, daß man auf die Hauptpunkte aufmerksam machte. Es besteht nicht nur ein, sondern es bestehen mehrere Unterschiede zwischen der Landwirtschaftsschule in Varel und der jetzt geplanten höheren Fachschule. Bei der Landwirtschaftsschule steht die Allgemeinbildung, wenn vielleicht nicht im Vordergrund, so doch mindestens gleichberechtigt mit der Fachbildung da. Bei der höheren Fachschule wird vollkommen von der Allgemeinbildung abgesehen. Weiter, m. H., ist das Ziel der jetzigen Landwirtschaftsschule, ihren Besuchern das Einjährigenzeugnis zu vermitteln. Dieses Ziel kommt bei der geplanten höheren Fachschule vollkommen in Fortfall. Es ist auch in der Regierungsvorlage gesagt, daß die Schüler wahrscheinlich das Einjährigenzeugnis besitzen, oder aber, daß sie doch mindestens eine höhere Bürgerschule absolviert haben oder einen entsprechenden Nachweis durch Ablegung eines Examens vor ihrer Aufnahme führen müssen.

Auch das ist nicht zutreffend, was Herr Abg. Hug anführte, daß in diesem Seminar spätere Lehrer der Landwirtschaft ausgebildet werden sollen. Leider ist der Ausdruck Seminar für die höhere Fachschule gebraucht, nicht zuerst von uns in Oldenburg, sondern in Preußen. Dort werden diese höheren Fachschulen als Seminare bezeichnet. Aber auch dort haben sich verschiedene Stimmen erhoben, die diesen Ausdruck nicht für richtig halten, weil er etwas zur Verwirrung beiträgt; aber die Sache ist in der Tat so gedacht, daß keine Lehrer der Landwirtschaft ausgebildet werden sollen, sondern diese Seminare vermitteln den praktischen Landwirten theoretische Fachbildung. Das soll auch hier der Fall sein. Nun ist es ja richtig, daß die praktischen Landwirte auch auf der Winterschule Fachbildung finden; es ist im vorigen Jahre auch gesagt, daß die größeren Landwirte dort auch Fachbildung erlangen könnten, aber, m. H., die Winterschulen vermitteln nicht nur Fachbildung, sondern zu gleicher Zeit auch Allgemeinbildung. Ihre Besucher rekrutieren sich in der Hauptsache aus Volksschülern, und deren Allgemeinbildung ist teilweise noch ergänzungs-

bedürftig. Insofern unterscheiden sich also die Winterschulen von der geplanten höheren Fachschule, als bei dieser jede Allgemeinbildung in Fortfall kommt, es wird an der höheren Fachschule nur in Naturwissenschaften und Fachwissenschaften unterrichtet werden.

Zum Schluß darf ich auch noch auf einen anderen Punkt kurz eingehen. Der Herr Abg. Hug sprach davon, daß man vielleicht hätte daran denken können, eine Hochschule zu errichten. Es ist sowohl in der Regierungsvorlage als auch im Ausschußbericht erwähnt, daß das an und für sich wünschenswert sei, andererseits ist aber auch betont, daß eine solche Hochschule für Oldenburg viel zu teuer wird. Und zweitens kommt noch hinzu, daß der Besuch dieser Hochschule für die betreffenden Studenten erheblich mehr Zeit als der Besuch der geplanten Fachschule erfordert und auch mehr Geld, da die höhere Fachschule, um das nochmals zusammenzufassen, einen Kursus von einem Jahre hat, während die Kurse an der Hochschule erheblich länger dauern. Die geplante Schule würde gewissermaßen, wenn ich so sagen darf, die theoretische Ausbildung, die die jungen Landwirte auf der Universität erhalten, ihnen hier in konzentrierter Form geben.

Präsident: Herr Abg. Feigel hat das Wort.

Abg. Feigel: M. H.! Wenn Herr Abg. Schulz seinem Versprechen, sich nicht zu weit auf diesem Gebiet zu verirren, einigermaßen treu geblieben ist, so hat er doch gerade genug gesagt, um meinen Widerspruch herauszufordern, so daß ich mir ein paar Worte zu dieser Vorlage erlauben möchte. Zunächst, m. H., bin ich erfreut, daß die Staatsregierung dem Antrage des 31. Landtages, den dieser in seinen letzten Lebenstagen an sie gerichtet hat, so rasch gefolgt ist und heute schon eine Vorlage, welche dahin geht, die Landwirtschaftsschule in Varel in andere Bahnen zu lenken, hergegeben hat. Was die Vorschläge selbst angeht, so bin ich allerdings zu wenig Fachmann, um mit einiger Sicherheit zu sagen, das, was die Mehrheit des Ausschusses vertritt, ist das einzig richtige, ich möchte aber glauben, daß die Varelener Landwirtschaftsschule in ihrer jetzigen Gestalt ihren Zweck nicht immer vollkommen erfüllt hat.

Wenn dann Herr Abg. Schulz die Schule eine Ständeschule genannt hat und überhaupt gerade dieses Moment das hauptsächlichste ist, welches die Minorität des Ausschusses für ihre Gegnerschaft gegenüber der Vorlage zur Geltung bringt, so möchte ich Herrn Abg. Schulz sagen, daß wir eine solche Ständeschule nicht entbehren können; dasselbe Prinzip haben wir auch in der Navigationschule in Elsfleth und in der Baugewerkschule in Varel, die staatlich subventioniert werden, für Schiffer, Techniker und Bauhandwerker, und ich meine, was für diese recht ist, wird für die Söhne der besseren landwirtschaftlichen Kreise nur billig sein. In gewisser Hinsicht sind alle höheren Lehranstalten Ständeschulen, jedenfalls insofern sie nur solchen Kreisen zugänglich sind, welche einen gewissen Grad finanzieller Leistungsfähigkeit besitzen; und deren Abschaffung kann frühestens nur in einem ganz anderen Staate, vielleicht in dem kommunistischen Zukunftsstaate geschehen, und darin sind wir noch lange nicht.

Dann, m. H., muß ich auf eine Aeußerung zurückkommen, die der Herr Minister gemacht hat, die mich und



ich glaube, verschiedene andere Herren im Landtage sehr frappiert hat. Der Herr Minister hat es noch als fraglich hingestellt, ob es richtig sei, die Stadt Barel als Sitz der Schule zu behalten und hat geglaubt, alles der Kommission überlassen zu sollen. Ich muß gestehen, m. H., daß mich dies außerordentlich überrascht hat, denn ich habe keinen Moment gezweifelt, daß gerade diese Anstalt in der Stadt Barel, die sie seit langen Jahren hat und für dieselbe ganz bedeutende Mittel aufgewandt hat, bleiben muß. Ich muß sagen, daß ich, wenn die zuständigen Stellen zu dem Ergebnisse kämen, die Schule in einer großzügigeren Form zu erhalten, sie aber in eine andere Stadt als Barel zu legen, ich dieses ungemein bedauern würde. Ich hoffe, daß die Kommission die Stadt Barel als Sitz der Schule auch in ihrer demnächstigen Gestaltung beibehalten wird.

Es ist dann im Laufe der Debatte, m. H., von einigen Seiten betont worden, daß vielfach Städte oder Amtsbünde Träger solcher Anstalten seien. Ich möchte dem entgegenreten, indem ich glaube, daß gerade eine Anstalt, wie sie hier zur Verhandlung steht, auf staatlicher Basis errichtet werden muß und der Staat ein genügendes Interesse hat, hierfür Mittel aufzuwenden.

Präsident: Herr Abg. Tanzen (Stollhamm) hat das Wort.

Abg. Tanzen: M. H.! Nach den Ausführungen der Herren Abgg. Hug und Schulz könnte es den Anschein haben, als wenn bei dem Herrn Minister wie auch bei einem Teil des Landtags eine Aenderung in den Anschauungen stattgefunden hat, gegenüber dem vergangenen Jahre. Ich glaube m. H., da liest man am besten die Anträge, und ich lese nichts anderes heraus, jedenfalls kann etwas anderes wohl nicht richtig sein, als der Antrag 2 hebt die Schule auf. Darüber ist volle Einigkeit, daß die Barel'sche Schule, wie sie jetzt ist, aufgehoben wird. Die Mehrheit ist dafür. Die weitere Frage ist nun die, ob es richtig ist, der Landwirtschaft denselben Fachunterricht zugänglich zu machen, wie es bei dem Gewerbe der Fall ist. Dazu soll der Versuch gemacht werden. Das ist der Antrag 2. (Zuruf: Das Gewerbe hat keine Fachschule.) Die Baugewerkschule! Die Baugewerkschule ist eine reine höhere Fachschule und dies soll eine höhere landwirtschaftliche Fachschule werden, Seminar ist nicht der richtige Ausdruck, und den Versuch sollte man wagen. Ich will auch persönlich, wie ich schon sagte, keine Standesschule daraus haben, soweit möglich soll es eine Schule für das ganze Volk werden. Es fragt sich nun, ob man es verantworten kann, der Landwirtschaft die Bildungsmöglichkeit zu verschließen, die dem Gewerbe gegeben ist. Also, wie gesagt, daß die Schule aufgehoben wird, darüber sind wir uns alle einig und ich meine, es hat kein Wechsel in den Anschauungen stattgefunden.

Präsident: Herr Abg. Dursthoff hat das Wort.

Abg. Dursthoff: M. H.! Ich will Ihre Zeit nicht lange in Anspruch nehmen, ich will nur ein paar Worte über meine Abstimmung sagen. Ich will auf die Frage, ob und wie man die Landwirtschaftsschule ausgestalten kann und ob sie wertvoll für die Landwirtschaft sein wird und sein kann, nicht eingehen, darüber möchte ich mir ein Urteil nicht erlauben. Für mich liegt die Sache anders. Wir

haben hier in unserm Etat unter § 59 einen Zuschuß zur Baugewerkschule in Barel von 14000 M., unter § 60 einen Zuschuß an den Oldenburgischen Kunstgewerbeverein von 15000 M., wir haben unter § 74 einen Zuschuß an die Navigationschule in Elsfleth von 26000 M., wenn wir nun alle diese Summen für richtig angewandt halten und wir tun das doch, da wir sie bewilligt haben, so kann man sich nicht gegen eine höhere landwirtschaftliche Schule aussprechen. M. H.! Ich werde deshalb für diesen Antrag der Mehrheit des Ausschusses stimmen.

Ich möchte dann noch ein paar Worte Herrn Abg. Schulz entgegenen. Herr Abg. Schulz hat bereits vorhin darauf hingewiesen, daß die Schule, sowohl als Standesschule wie als Fachschule diene; Herr Schulz legte dabei das Hauptgewicht auf das Wort Standesschule und sagt, da die Schule von den wohlhabenden Klassen besucht wird, darf der Staat keinen Zuschuß leisten. Ja m. H., dann müßten Sie die Staatszuschüsse für die Gymnasien und für die Oberrealschule auch ablehnen, denn die werden auch von den Kindern der wohlhabenden Schichten besucht und das werden Sie doch nicht wollen. Also dieser Einwand ist auch nicht stichhaltig.

Ich werde also wie gesagt für den Antrag der Mehrheit stimmen.

Präsident: Herr Abg. Tanzen (Heering) hat das Wort.

Abg. Tanzen: Gestatten Sie auch mir zur Begründung meiner Abstimmung einige Worte. Als im vergangenen Jahre die Frage der Aufhebung der Landwirtschaftsschule in Barel hier zur Beratung stand, machten sich im Lande in der landwirtschaftlichen Bevölkerung Bedenken geltend, die hier den Eindruck erweckten, die den Eindruck erwecken sollten, als wenn die Minderheit, die damals für die Aufhebung der Landwirtschaftsschule stimmte, damit einen Schlag gegen die Landwirtschaft tat. Dieser Ausdruck ist gebraucht worden. Ich möchte mich, der ich der Meinung bin, wie ich näher begründen werde, daß dieser Versuch fehlschlägt, von vornherein dagegen verwahren, daß ich etwa nicht mit demselben Empfinden und mit derselben Gründlichkeit das Interesse der Landwirtschaft wahrnehme, wie irgend einer hier im Hause. Als ich die Begründung zu dem Vorschlage 3 der Regierungsvorlage las, da konnte ich, wie mancher andere meiner Freunde, mich des Eindrucks nicht erwehren, als wenn hier zwischen den Zeilen zu lesen stand, auch diese Einrichtung ist auf die Dauer nichts. M. H.! Sie finden, daß in der Vorlage der Regierung steht, daß bei den Betrieben über 40 ha im Jahre durchschnittlich 90 Betriebe jährlich einen neuen Betriebsinhaber gebrauchen. Wenn nun der dritte Teil der Betriebsinhaber jährlich die Anstalt besucht, dann würden 30 Besucher aus Oldenburg vorhanden sein. M. H.! Nun müssen wir aber von diesen 30 noch eine ganze Anzahl abziehen deshalb, weil ja die Bürgerschulreise oder das einjährige Examen als Vorbedingung der Aufnahme gestellt wird nach dem Vorschlage in der Begründung der Regierungsvorlage. Und wenn nun immer von einer Standesschule gesprochen wird, so bin ich durchaus der Meinung, daß eine Standesschule im Sinne der Berufsschule notwendig sein kann, die berufliche Ausbildung muß jedem Stande ermöglicht werden. Aber, für



die oldenburgische Landwirtschaft ist es eben nur einem ganz kleinen Teil möglich, diese Schule zu besuchen und ob dieser kleine Teil davon Gebrauch machen wird und das, was da gelehrt wird, zum Segen der übrigen landwirtschaftlichen Bevölkerung anwenden wird und kann, wie vom Regierungstische und sonst gesagt wird, ist mir so zweifelhaft, daß ich den Versuch in dieser Form nicht machen kann. Ich bin der Meinung, daß man, wenn man eine Standesschule vermeiden, aber eine landwirtschaftliche Fachschule einrichten will, die wirklich der Landwirtschaft zu gute kommt, daß man dann den Ausbau der Winterschule und die Einführung der allgemeinen Fortbildungspflicht auf dem Lande ins Auge fassen muß. Ich kann mich deshalb nicht entschließen, für diesen Antrag 2 zu stimmen.

M. H.! Nun ist von den Kosten gesprochen worden, dazu möchte ich sagen, daß wenn einmal der Versuch gemacht wird und wenn eine Anzahl, sei es auch nur eine kleine Zahl von 10 bis 15 Landwirten, diese Schule besucht, daß dann nach einigen Jahren, wenn der Versuch geprüft wird, es sehr schwer sein wird, davon zurückzukommen. Dann werden sich immer dieselben Stimmen wieder erheben, die für Beibehaltung der Schule vor einem Jahre waren und die jetzt für die Einrichtung dieser Schule sind und es wird ungeheuer schwierig sein, auch wenn der Versuch, wenn objektiv geprüft, als mißglückt bezeichnet werden muß, diese Schule eingehen zu lassen.

Was mich dann noch bewogen hat, gegen die Schule zu sein, ist folgendes sachliche Moment aus meiner Kenntnis der Verhältnisse in Preußen. In Preußen gebraucht man landwirtschaftliche Beamte, Inspektoren in großer Zahl. Wenn man sich in Schweidnitz und in Neuhaldensleben die Schulen ansieht, wo solche Schulen bereits gegründet sind, so sieht man, daß aus diesen Schulen die landwirtschaftlichen Beamten hervorgehen. Die sind in Preußen nötig, aber in Oldenburg haben wir sie nicht nötig und wir können keine Schule zur Vorbildung fremder, landwirtschaftlicher Beamten errichten. Wenn deshalb gesagt ist, auch aus Ostfriesland wird die Schule bevölkert werden, so ist das keine Begründung, denn wir haben keine Veranlassung, die ostfriesischen Landwirte auszubilden.

M. H.! Nur dann könnte ich für diese Schule stimmen, wenn uns von vornherein gesagt wird, dem Staat kostet die Anstalt nichts, die Gemeinde, oder wer es sonst ist, wird Träger der Schule — meinetwegen auch die Landwirtschaftskammer — dann könnte, wenn die Sache so eingerichtet wird, daß durch ein verhältnismäßig hohes Schulgeld die Kosten gedeckt werden, der neue Träger die Sache weiter führen. Ich habe also zum Ausdruck bringen wollen, daß ich glaube, durchaus im Interesse der Landwirtschaft zu handeln, wenn ich gegen den Antrag 2 stimme und ich könnte nur in der veränderten Form dafür stimmen, daß die Aufhebung dieser Schule nicht unter der Bedingung geschieht, die neue Schule einzurichten, sondern daß die Prüfung in einer Kommission unabhängig gemacht wird von der Aufhebung der Schule.

Präsident: Herr Abg. Driver II hat das Wort.

Abg. Dr. Driver: **M. H.!** Ich stehe auf dem entgegengesetzten Standpunkt, den der Herr Vorredner eben

eingenommen hat. Ich bin der Ansicht, daß man es unserer Landwirtschaft als einem der wichtigsten Erwerbszweige im Herzogtum schuldig ist, dafür zu sorgen, daß die jungen Leute auch eine bessere Fachbildung, als es auf den Winterschulen möglich ist, im Lande erhalten können. Man soll dagegen nicht einwenden, daß die jungen Leute auch die Universität besuchen können. Das Studium auf der Universität ist ein viel kostspieligeres und länger dauerndes, als dasjenige, welches für das Fachseminar hier vorgesehen ist. Die Ausbildung auf dem Seminar wird ein Jahr dauern, während die Ausbildung auf der Universität mindestens zwei Jahre in Anspruch nimmt. Ich bin dafür, daß man den Versuch macht, die Landwirtschaftsschule in der umgeänderten Form eines landwirtschaftlichen Seminars zu erhalten. Und ich bin auch gar nicht so pessimistisch, anzunehmen, wie die Vorlage das tut, daß es demnächst nur von 10 oder 15 Schülern besucht werden wird.

M. H.! Ich habe eigentlich dieserhalb nicht das Wort ergreifen wollen, sondern lediglich wegen eines anderen Punktes, nämlich deshalb, weil der Herr Minister soeben erklärt hat, daß die Frage, wo das landwirtschaftliche Seminar demnächst errichtet werden solle, einer zu bildenden Kommission überlassen bleiben müsse. Ich will demgegenüber konstatieren, daß man im Ausschuß der Ansicht war, daß nur Barel in Frage kommen könnte für dies landwirtschaftliche Seminar; ferner hat der Herr Minister selber im Ausschuß erklärt, daß das landwirtschaftliche Seminar in Barel bleiben müsse, denn er hat ausdrücklich gesagt, es müßte, wenn wir den Versuch der Umwandlung der Landwirtschaftsschule in ein landwirtschaftliches Seminar nicht machten, sofort das Gebäude auf Abbruch verkauft und das dazu gehörige große und schöne Versuchsfeld mit seinen Anlagen müßte ebenfalls unter den Hammer gebracht werden. Daraus geht doch klar hervor, daß der Herr Minister auch im Ausschuß davon ausging, daß das Seminar in Barel bleiben sollte und nicht an irgend einen anderen Ort des Herzogtums zu verlegen sei. Das war auch die allgemeine Auffassung des Ausschusses. Eine andere ist im Ausschuß überhaupt gar nicht zur Sprache gekommen. Es kommt mir so vor, als wenn der Herr Minister jetzt sich mit seinem Kollegen vom Kultusressort oder umgekehrt ins Benehmen gesetzt hat und die Frage des Verbleibs der Landwirtschaftsschule nun auf einmal mit der Platzfrage für das zweite evangelische Lehrerseminar verquickt werden soll. Solcher Verquickung kann ich nicht zustimmen und will ausdrücklich bemerken, wenn wir den Antrag 2 annehmen, daß wir dann davon ausgehen, daß das landwirtschaftliche Seminar in Barel bleiben wird.

Präsident: Seine Excellenz Herr Minister Scheer hat das Wort.

Minister Scheer: **M. H.!** Ich gebe unumwunden zu, daß ich früher davon ausgegangen bin, daß Barel als Sitz in erster Linie in Aussicht zu nehmen sei. Später sind aber von anderer Seite entgegengesetzte Ansichten geäußert worden. Ich habe zu dieser Frage, die übrigens ganz unabhängig vom Kultusministerium aus landwirtschaftlichen Kreisen zur Erörterung gebracht ist, noch keine Stellung genommen. Ich habe nur vermeiden wollen, daß heute hier



ein bestimmter Beschluß gefaßt wird. Es müssen m. E. alle Einzelheiten der Zukunft vorbehalten werden. Das Ergebnis der Prüfung muß demnächst dem Landtag vorgelegt werden und der Landtag hat dann Gelegenheit, sich über die Frage auszusprechen. Ich halte es nach wie vor für das Richtige, heute nur über die grundsätzliche Frage zu verhandeln und alles übrige späterer Entscheidung vorbehalten.

Präsident: Herr Abg. Feldhus hat das Wort.

Abg. Feldhus: M. H.! Ich habe beim Lesen des Berichts, muß ich gestehen, auch nur an Barel gedacht und denke auch eigentlich nur an Barel. Ich freue mich, daß der Antrag 2 herausgekommen ist und werde für den Antrag stimmen.

Herr Abg. Tanzen (Heering) hat ganz recht, wenn er sagt, die Landwirtschaft hat das im vorigen Jahre als einen Schlag gegen sich empfunden. Ein größerer Teil der Landwirtschaft hat sich das wohl gemerkt, wie hier der Antrag gestellt wurde, daß die Schule kurzerhand aufgehoben werden sollte. Nun ist die Sache ja damals abgelehnt worden, die Schule ist geblieben. Daß sie aber in der bisherigen Form weiterbestehen kann, glaube ich nicht, sondern der Weg, der nach dem Antrag 2 eingeschlagen werden soll, ist m. E. der richtige, und ich kann den Antrag nur zur Annahme empfehlen. Um zu wissen, wo die Freunde für unsere Landwirtschaft sitzen, beantrage ich namentliche Abstimmung.

Präsident: Herr Abg. Hug hat das Wort.

Abg. Hug: Es muß doch daran erinnert werden, zunächst, daß im vorigen Jahre die Aufhebung der Landwirtschaftsschule mit der Errichtung des Schullehrerseminars in Barel in Verbindung gebracht worden ist. Es ist vom Regierungstisch damals ganz klipp und klar gesagt worden, als die Vertreter von Barel sich gegen die Aufhebung der Schule ins Zeug legten, daß sie das notwendig zu errichtende Seminar erhalten sollten als Äquivalent. Also die Verbindung ist dafür vorhanden, und da sage ich nun nach meiner unmaßgeblichen Meinung, daß die Voraussetzungen für eine solche Schule, wie die Regierung sie haben will, doch nun einmal in Barel sind, weil die bisherige Landwirtschaftsschule dort ihren Sitz hatte.

M. H.! Der Herr Regierungsvertreter Dr. Buhlert hat etwas malitios mich glossiert, daß ich es gewagt habe, über diese Sache zu reden. Ich habe das ernst gemeint, wenn ich sage, ich verstehe nichts von landwirtschaftlichen Dingen, aber ich habe die Pflicht zu prüfen, ob eine Einrichtung besteht oder aufgehoben wird, die der Allgemeinheit Opfer auferlegt. Und wenn die Staatsregierung nun erklärt hat, die Opfer, die die Allgemeinheit dafür aufbringt, die sind heute nicht mehr gerechtfertigt, dann bescheide ich mich in meinem Untertanenverstand (Heiterkeit) mit diesem Urteil. Das ist mein gutes Recht. Das eine ist aber richtig: Eine Klarheit über das, was ein landwirtschaftliches Seminar ist, ist nicht vorhanden. Ich wiederhole, es kann mir und meinen Freunden gar nicht einfallen, das Notwendige für die Entwicklung der Landwirtschaft, die Mittel für die Vor- und Fortbildung der Personen, die sie fördern können, vorzuenthalten. Aber ich möchte nun die Frage aufwerfen,

wenn da gesagt wird, daß ein solches Seminar oder eine Fachschule daselbe sei wie die Baugewerkschule oder die Navigationsschule, möchte ich fragen, ob nun die Winterschulen nicht so ausgebaut werden können, daß sie diese Fachschule, die hier gewünscht wird, ersetzen. (Zuruf: Nein!) Ich höre das Wort Nein. (Heiterkeit.) M. H.! Vergessen Sie nicht, wie die Dinge liegen! Die Kurse in der Navigationsschule sind semesterweise, nicht das ganze Jahr. Die Kurse in der Baugewerkschule sind semesterweise, und nur diejenigen Schüler der Baugewerkschule können sich gestatten, das ganze Jahr hineinzugehen, die das Geld dazu haben. Die meisten davon gehen nur im Winter hinein, um im Sommer das wieder zu verdienen, was sie nötig haben, um es im Winter für die Schule zuzusetzen. So liegt die Sache. M. H.! Nach meiner unmaßgeblichen Meinung trotz meiner Unkenntnis der landwirtschaftlichen Dinge habe ich die Auffassung, daß der Landmann am besten im Sommer praktisch tätig ist und daß der Winter ihm die Gelegenheit gibt, sich theoretisch auszubilden. Also darum stimme ich mit Herrn Kollegen Tanzen (Heering) vollkommen überein, daß ich glaube, daß, wenn die landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen und die Winterschulen ausgebaut werden — wie, das überlasse ich der Weisheit der Sachverständigen —, daß dann diese Fachschule, wie sie hier nebelhaft vorgezeichnet worden ist, entbehrt werden kann.

Präsident: Herr Abg. Tanzen (Stollhamm) hat das Wort zum drittenmal mit Genehmigung des Landtags.

Abg. Tanzen: Ich glaube — es ist mir erst nachträglich aufgefallen —, die Fassung des Antrages 2 des Ausschusses ist vielleicht nicht ganz glücklich für eine gutachtliche Äußerung. Eine gutachtliche Äußerung wird von der Staatsregierung ja nur beantragt. Und da möchte ich doch darauf hinweisen, daß, wenn der Antrag angenommen wird, noch erst eine Vorlage über die Einrichtung einer Schule kommen muß, die dann der Landtag eventuell noch ablehnen könnte, wenn die Voraussetzungen, die die Herren, die für den Antrag 2 stimmen, daran knüpfen, nicht zutreffen sollten. Wenn man den Antrag 2 ablehnt, muß man sich von vornherein ganz sicher dabei sein, daß es überhaupt keinen Weg gibt, eine unserer Landwirtschaft nützliche höhere Fachbildung in die Wege zu leiten. Was daraus wird, schwebt ja noch in der Luft. Die Vorlage kann man nach der Äußerung des Herrn Ministers gar nicht zugrunde legen. Es soll erst eine Kommission beraten, ob es einen Weg gibt, auf dem eine für unsere Verhältnisse passende höhere Fachschule eingerichtet werden kann. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß zunächst eine Vorlage kommt, wenn der Antrag angenommen wird. Nur das eine steht fest, die jetzige Landwirtschaftsschule wird aufgehoben; dann kommt eine Vorlage über eine andere Schule.

Präsident: Herr Abg. Schulz hat das Wort.

Abg. Schulz: Selbst auf die Gefahr hin, daß auch mir vom Regierungstisch aus gesagt wird, ich verstehe von den Dingen nichts, gestatte ich mir noch einmal, meine Meinung zum Ausdruck zu bringen. Ich bin geradezu verwundert, mit welcher Beharrlichkeit man sich für den Antrag 2 ins Zeug legt. Man sagt, man ist es der Land-



wirtschaft schuldig, eine höhere landwirtschaftliche Lehranstalt zu erhalten. M. H.! Ich bin nach wie vor der Meinung, ein allgemeines Interesse der Landwirtschaft kommt hierbei gar nicht in Frage. Das geht selbst aus Seite 4 der Begründung der Vorlage hervor, wo es heißt:

„Für den kleinen und mittleren Besitz ist nun durch die Winterschulen vorzüglich gesorgt.“

Damit ist ohne weiteres ausgesprochen, daß es sich um eine reine Standeschule, um einen eng begrenzten Interessentenkreis handelt. M. H.! Will man es denn vor dem Lande verantworten, daß die Schule auf der veränderten Grundlage weiter konserviert wird, wonach eventuell ein Staatszuschuß von 12400 bis 22500 M erforderlich ist? In der Begründung zur Regierungsvorlage wird selbst gesagt, daß die anfängliche Schülerzahl vielleicht zehn sein würde. Es käme dann pro Schüler ein Zuschuß von 2200 Mark heraus. Kann man das verantworten, daß die Söhne der bestsituierten landwirtschaftlichen Kreise sich eine derartige Subvention auf Kosten der breiten Masse der Steuerzahler gefallen lassen? Ich bin anderer Ansicht. Selbst aber wenn die Schule frequentiert wird von der dreifachen Anzahl, dann kommt ein Staatszuschuß von 7—800 M pro Schüler heraus. Angesichts dieser Tatsache, die festliegt in der Begründung der Regierungsvorlage, kann man von einem allgemeinen Interesse der Landwirtschaft nicht mehr reden. Aber, m. H., es ist auch falsch, wenn man sagt, jede höhere Schule ist schließlich eine Standeschule. Ich bestreite das. Das ist nur in einem ganz gewissen Grade richtig, aber vor allen Dingen nicht in Verbindung mit dieser Frage zutreffend. Die höheren Bildungsanstalten, die ja gewiß zu einem Teil Standeschulen sind, die haben aber doch ein ganz anderes Rekrutierungsgebiet als diese Schule, die in der Vorlage vorgesehen ist. Die haben einen ganz anderen Unterbau, als der bei der landwirtschaftlichen höheren Schule vorgesehen ist. Und worauf kommt das schließlich hinaus? Es soll sich hier um eine Schule handeln, die ein Mittelglied zwischen landwirtschaftlicher Winterschule und Hochschule, also ungefähr Universitätsbildung ist. Es soll also auch etwas halbes geboten werden. Es wird nicht ein idealer Abschluß der höheren landwirtschaftlichen Fachschulbildung geboten. Es ist nicht richtig, wenn man sagt, es handelt sich hier um ein landwirtschaftliches Seminar. Das Seminar hat schließlich die Aufgabe, Lehrkräfte zu produzieren. Hierbei handelt es sich darum, überhaupt die höheren Stufen der praktischen und theoretischen landwirtschaftlichen Bildung zu erreichen. Das ist gewiß ein Unterschied. Aber gerade vom letzteren Gesichtspunkte aus, m. H., bin ich der Meinung, das allgemeine Interesse der Landwirtschaft kontrastiert mit diesem letzteren. Das allgemeine Interesse der Landwirtschaft rechtfertigt es nicht, daß nur einem ganz verschwindend geringen Teil die Gelegenheit geboten wird, eine etwas bessere Ausbildung sich zu verschaffen, wie gegenwärtig möglich ist auf Grund des Bestandes der jetzigen Landwirtschaftsschule. Wenn es sich darum handeln würde, wie Herr Abg. Tanzen sagte, aus der Standeschule eine wirkliche Volkshochschule zu schaffen, dann wären wir dafür. Das können Sie gar nicht, dafür fehlt die Frequenz aus den landwirtschaftlichen Kreisen. (Abg. Tanzen: Abwarten!) Sie können abwarten, Sie verpassen den Zeit-

punkt! Wenn wir heute nicht die Landwirtschaftsschule befeitigen, dann wird das nie in Zukunft möglich sein. Deshalb muß heute die Gelegenheit beim Schopf gefaßt werden.

Auch mit der Navigationschule kann man den Gegenstand gar nicht vergleichen, obwohl wir mit uns darüber reden lassen, auch einmal das Thema der Beibehaltung der Navigationschule zu debattieren.

M. H.! Nach all diesen Gesichtspunkten sind wir doch der Meinung, nachdem festgestellt ist, daß auch der Vorschlag der Regierungsvorlage nichts Ganzes, nichts Ideales, Abgeschlossenes in einer wirklich höheren Bildung bietet, daß es an der Zeit ist, diese Landwirtschaftsschule heute einfach radikal aufzuheben, daß es durchaus inopportun ist, die Schule auf einer anderen Grundlage beizubehalten und den Versuch zu ihrer Konservierung zu machen. Ich mache noch darauf aufmerksam, wenn hier gesagt wird, daß die Schule nichts kostet, so ist das nach meinem Dafürhalten ein Spiel mit Zahlen. Sicher ist das richtig, sie kostet etwas, und wenn sie auch aufgehoben wird. Aber wir wollen doch nicht die Aufhebung ohne weiteres, sondern wir wollen die Aufhebung bis zu dem normalen Ablauf der Schule, Ostern 1914. Damit ist gesagt, daß dann ein ganz normaler Verlauf der ganzen Angelegenheit möglich ist. Nichts anderes wollen wir, und deshalb kann man heute nicht sagen, die Schule kostet nichts. Nein m. H., das halte ich für ein Spiel mit Zahlen. Im Gegenteil, wenn wir den Versuch heute machen, wie er in dem Antrag 2 gewünscht wird, wird sich herausstellen, daß einmal dieser Versuch sich nach meiner Meinung als ein Versuch mit untauglichen Mitteln herausstellen wird und daß andererseits die Kosten sich wesentlich erhöhen werden, je mehr man den Versuch nach Antrag 2 gemacht hat.

Ich freue mich, daß von landwirtschaftlicher Seite, von Herrn Abg. Westendorf zugegeben wird, daß der Antrag 2 nicht das Richtige trifft. Wenn Herr Abg. Westendorf nichtsdestoweniger dem Abg. Westendorf widerspricht, so ist das ja Sache des Abg. Westendorf und erklärt sich vielleicht aus der Natur des Abg. Westendorf. (Heiterkeit.)

Präsident: Herr Abg. Tanzen (Heering) hat das Wort.

Abg. **Tanzen:** Die letzten Worte des Herrn Abg. Feldhus veranlassen mich, nochmals das Wort zu nehmen. Herr Feldhus hat wörtlich gesagt: „Ich beantrage namentliche Abstimmung, damit festgestellt wird, wo die Freunde der Landwirtschaft sitzen.“ (Sehr richtig!) Damit hat Herr Feldhus denjenigen, die gegen den Antrag 2 stimmen, unterstellt, daß sie nicht Freunde der Landwirtschaft seien. M. H.! Der Herr Abg. Feldhus mag nötig haben, sich ins richtige Licht zu stellen nach außen hin. Ich weise das zurück und erkläre, daß ich mindestens ebenso sehr der Landwirtschaft freundlich gesinnt bin wie Herr Abg. Feldhus.

M. H.! Dann möchte ich bemerken, daß durch die Ausführungen des Herrn Abg. Tanzen (Stallhamm) ja eigentlich die Situation verschoben ist. Wenn ich nicht vorher erklärt hätte, daß ich gegen den Antrag 2 stimmen will, so wäre es mir in diesem Augenblick wieder zweifelhaft geworden. Denn ich habe tatsächlich aus diesem Antrag herausgelesen, daß man die jetzige Landwirtschaftsschule aufhebt



und eine Verpflichtung übernimmt, für die landwirtschaftliche höhere Lehranstalt zu stimmen. M. H.! Aber jetzt habe ich gehört, — und das möchte ich Herrn Abg. Feldhus besonders noch wieder vorlegen, — daß einer, der dafür stimmt, gar keine Verpflichtung übernimmt, sondern daß er abwartet, was eine Regierungsvorlage, die aus der Kommission herauskommt, bringt und dann immer noch dagegen stimmen kann. Also es ist gar nichts Positives geschaffen mit der Annahme des Antrags 2, und so stellt sich die Sache wesentlich unschuldiger dar, als es hier klingt. Weil ich aber der Ueberzeugung bin, daß die Einrichtung einer landwirtschaftlichen Fachschule mit all den Begründungen, die ich bis heute gehört habe, für das Gros, nicht einmal für einen kleinen Teil der oldenburgischen Landwirtschaft etwas ist, was der Landwirtschaft im allgemeinen irgend wie zu gute kommen könnte, deshalb stimme ich nach wie vor dagegen.

Präsident: Herr Abg. Tanzen (Nodenkirchen) hat das Wort.

Abg. Tanzen: M. H.! Ich möchte nur kurz meine Abstimmung begründen. Ich stehe dem Antrag 2 nicht sehr sympathisch gegenüber. Ich möchte erklären, daß ich für den Antrag 2 nur stimme, weil es sich um einen Versuch handelt, der dem Staat vorläufig kein Geld kostet. Ich habe allerdings zu dem Versuch kein großes Vertrauen. Ich glaube kaum, daß der Besuch der Schule so zahlreich sein wird, daß er die späteren Kosten rechtfertigt. Selbst die Regierung ist im Zweifel, wenn sie auf Seite 7 der Vorlage erklärt:

„Bei Errichtung einer solchen landwirtschaftlichen Lehranstalt handelt es sich um einen Versuch von dem niemand wissen kann, wie er ausfällt.“

Präsident: Herr Abg. Feldhus hat das Wort.

Abg. Feldhus: Herr Abg. Tanzen (Heering) hat mir unterstellt, ich mache den Versuch, mich ins rechte Licht zu stellen als Freund der Landwirtschaft. Ich will nur kurz konstatieren, daß der Abgeordnete Feldhus das gar nicht mehr nötig hat.

Dem Herrn Abg. Hug möchte ich eine kurze Belehrung geben über die Art einer solchen Fachschule. Sie ist etwas unterschiedlich von der gewerblichen Fachschule. Da kann man die Semester in den Winter verlegen. Für unsere Winterschulen sind auch nur die Wintermonate. Aber die Landwirtschaft hat auch mit dem Sommer zu rechnen, und zwar erst recht. Bei einer Fachschule müssen auch praktische Versuche gemacht werden. Aber, m. H., wenn Sie die Früchte im Winter wachsen lassen wollen, das gelingt Ihnen vorbei. Da müssen wir in den Sommer hinein, und das können wir mit der Winterschule nicht fertig bringen.

Präsident: Das Wort ist jetzt nicht weiter verlangt? Dann schließe ich die Beratung. Der Herr Berichterstatter verzichtet aufs Schlußwort. Es ist namentliche Abstimmung über den Antrag 2 beantragt. Wird der Antrag unterstützt? (Mehrfaches „Ja wohl!“) Also stimmen wir über den Antrag 2 namentlich ab. Zunächst kommen wir zur Abstimmung über den Antrag 1, Minderheitsantrag, der lautet:

Der Landtag wolle die Aufhebung der Landwirtschaftsschule zu Ostern 1914 beschließen.

Stenogr. Berichte. XXXII. Landtag. 1. Versammlung.

Ich bitte die Herren, die diesen Minderheitsantrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag 2. Die Abstimmung beginnt mit dem Buchstaben E. Ich bitte also die Herren, die den Antrag 2 annehmen wollen, beim Aufruf ihres Namens mit ja zu antworten, die ihn ablehnen wollen, mit nein zu antworten.

Enneking ja, Feigel ja, Feldhus ja, Fick nein, von Fricken ja, Gerdes ja, Hartong ja, Heitmann nein, Heller nein, Henn fehlt, Hollmann ja, Hug nein, Jordan nein, Kleen nein, König ja, Koopmann ja, Lanje ja, Meyer nein, Möller ja, Mohr fehlt, Müller (Nuzhorn) beurlaubt, Müller (Brake) ja, Plate ja, Rebenstorf nein, Schipper ja, Schmidt (Zetel) ja, Schmidt (Delmenhorst) nein, Schröder ja, Schulz nein, Steenbock ja, Tanzen (Stollhamm) ja, Tanzen (Heering) nein, Tanzen (Nodenkirchen) ja, Tappenbeck ja, Wessels ja, Westendorf ja, Behrens nein, Verding ja, Brumund ja, Bull nein, Dannemann ja, Dörr ja, Driver I ja, Driver II ja, Dursthoff ja.

Der Antrag 2 ist mit 29 gegen 13 Stimmen angenommen.

Es folgt nunmehr der

Bericht des Verwaltungsausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Errichtung eines zweiten Schullehrerfeminars. (Anlage 43.)

Der Ausschuß beantragt dazu im Antrag 1:

Der Landtag wolle sich grundsätzlich damit einverstanden erklären, daß ein zweites Seminar errichtet wird.

Eine Minderheit des Ausschusses beantragt dann im Antrag 2:

Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung wird ersucht, einen andern Ort im Herzogtum als Barel für die Errichtung eines zweiten Seminars zu wählen.

Eine andere Minderheit beantragt dann im Antrag 3:

Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung wird ersucht, Zever für die Errichtung eines zweiten Seminars zu wählen.

Eine dritte Minderheit beantragt im Antrag 4:

Der Landtag wolle die Regierungsvorlage Nr. 43 annehmen.

Der ganze Ausschuß stellt dann den Antrag 5:

Der Landtag wolle die Eingaben des Gemeinderats von Berne, des Gemeindevorstandes von Westerstede, des Stadtmagistrats von Zever, vom 14. November und 14. Dezember 1911, des Handels- und Gewerbevereins von Zever zur Seminarvorlage für erledigt erklären.

Ich stelle alle fünf Anträge und die Vorlage zur Beratung und gebe das Wort dem Herrn Berichterstatter Abg. Tanzen (Nodenkirchen).

Abg. Tanzen: M. H.! In den Bericht haben sich bei der Vielfältigkeit einige Unrichtigkeiten eingeschlichen, die zum Teil etwas sinnentstellend sind. Aber ich glaube,



ich brauche das im einzelnen wohl nicht zu sagen. Ich habe einen berichtigten Bericht in der Registratur niedergelegt.

Ich habe meinem Bericht, namentlich dem ersten Teil, nicht allzuviel hinzuzufügen. Im Ausschuß herrschte ja Einstimmigkeit darüber, daß die Errichtung eines zweiten Seminars notwendig sei. Das kommt auch im Antrag 1 des Berichts zum Ausdruck. Dagegen war man im Ausschuß in Betreff der Ortsfrage sehr verschiedener Meinung. Nur zögernd und vorsichtig ist man an die Ortsfrage herangegangen. Das geht auch daraus hervor, daß drei Minderheitsanträge gestellt sind und sechs Abgeordnete sich überhaupt der Stimme enthalten haben. Die Ansichten waren derart geteilt, daß das im Bericht im einzelnen nicht zum Ausdruck gebracht wird. Damit wäre auch an sich der ganzen Sache nicht gedient. Die Vertreter der verschiedenen Orte haben sich redliche Mühe gegeben im Ausschuß, die Vorzüge ihrer Heimatsorte bei der Einrichtung eines zweiten Seminars in das rechte Licht zu stellen. Verdanken kann man ja niemand darin, wenn er die Errichtung des Seminars in seiner engeren Heimat im allgemeinen verantworten kann, daß er für seine engere Heimat eintritt. Aber ob die angeführten Gründe objektiver Beurteilung standhalten, ist eine andere Frage. Viel zu sagen, wird hier keinen Zweck haben. Ich nehme an, daß jeder sich seine Meinung gebildet hat, von der er kaum abgehen wird. Als Berichterstatter möchte es mir aber gestattet sein, meine persönliche Ansicht vorzutragen und meine Abstimmung zu begründen.

Ich stehe, kurz gesagt, auf dem Standpunkte der Regierung. Ich meine, das Seminar ist an einem Orte zu errichten, wo ein neues Zuflußgebiet gefunden wird, an einem Orte, der aus einem großen Umkreise leicht erreichbar ist. Das hat große Vorzüge. Ein großer Teil der Seminaristen kann bei den Eltern wohnen. Das ist sehr zu wünschen aus erzieherischen Rücksichten, und außerdem wird der Seminarbesuch dadurch entschieden verbilligt. Der Seminarbesuch wird dann auch weniger Begüterten, ja ärmeren Volksschreien, ermöglicht.

Was die kleineren Orte betrifft, so teile ich auch da den Standpunkt der Regierung. Ich kann mich nicht für einen kleineren Ort entscheiden. Ich glaube doch, daß sich da Mangel an Wohnungen bemerkbar macht. Wenn gesagt wird, an den kleinen Orten sind die Wohnungen und das Leben billiger, so werden schon die Preise steigen, wenn die Nachfrage einsetzt. Die Zahl der Wohnungen und die Einwohnerzahl der kleineren Orte brauche ich wohl nicht mitzuteilen. Die findet man in jedem Ortsverzeichnis.

Was die Frage betrifft, ob Stadt oder Land vorzuziehen, so meine ich, daß eine Stadt vorzuziehen ist. Es ist in der Vorlage von der Regierung der Ausdruck „weltfremd“ gebraucht. Auch im Ausschuß fiel der Ausdruck „Weltfremdheit“. M. H.! Ich bin der Ansicht, daß es für die jungen Leute vom Lande, die später als Lehrer wirken sollen, doch gut ist, wenn sie einmal in eine Stadt kommen, wenn auch nur in eine kleinere Stadt. Der junge Mann darf m. E. ruhig den etwas größeren Gefahren der Stadt ausgesetzt werden. Bei den jungen Leuten vom Lande ist ein Abschleifen wünschenswert. Man könnte mir da einwenden, das Seminar für die Lehrerinnen besteht in Neuen-

burg und ist da vielleicht sehr am Platze. Aber m. H., die jungen Leute, die sich dem Lehrerberuf widmen, sind mit den jungen Damen nicht zu vergleichen, die Lehrerinnen werden wollen. Den Männern haftet im allgemeinen mehr Unbeholfenheit an als den Frauen.

Es bleiben nun noch die Städte Varel, Zeven und Oldenburg. Für Varel spricht seine zentrale Lage, seine vorzügliche Eisenbahnverbindung, namentlich im Laufe eines Jahres nach Fertigstellung der Varel-Weserbahn. Außerdem spricht für Varel seine Umgebung. Gerade bei Varel finden sich alle Bodenarten in nächster Nähe: kultiviertes und unkultiviertes Moor, Sand- und Lehmboden, Wald und Marsch, sodaß die Flora dort eine äußerst reiche ist, für den Unterricht in Bodenkunde und Botanik nicht zu unterschätzen. Hinzu kommt die Nähe des Meeres, sodaß auch die Salzflora nicht fehlt.

Es ist im Ausschuß bezweifelt worden, daß in Varel genügend passende Wohnungen sein würden. Das bezweifle ich nicht bei einer Stadt von 6000 Einwohnern. Es ist ferner gesagt worden, Varel sei ein sehr teurer Ort, besonders auch als aufblühende Fabrikstadt. Mir ist das recht zweifelhaft, daß Varel viel teurer ist als andere Orte. Im letzten Landtag sind Vergleiche angestellt worden und zwar bei Beratung der Besoldungsvorlage am 22. März d. J. zwischen Westerstede und Rüstingen. Da ist behauptet worden, daß in Westerstede die Wohnungen genau so teuer seien wie in Rüstingen, daß Wohnungen in Westerstede überhaupt nicht zu haben seien, und daß die Lebensmittel wie Speck, Kartoffeln und Butter genau denselben Preis auf dem Lande kosteten wie in der Stadt. Also mir scheint der Vorwurf, daß Varel teuer sei, nicht gerechtfertigt. Wenn wir Rüstingen und Varel vergleichen, dann wird Varel wohl nicht schlecht abschneiden.

Außerdem ist gesagt worden, das Seminar darf nicht nach Varel, weil Varel schon viel hat. M. H.! Wir haben eben gesehen, was von der Landwirtschaftsschule in Varel bleibt. Ob sie dauernd in veränderter Form bestehen wird, ist sehr zweifelhaft, und wenn sie in Zukunft bestehen bleibt, ist es auch noch eine große Frage, ob sie dauernd in Varel sein wird. Wenn eine derartige Schule, wie eben in Aussicht genommen ist, errichtet wird, ob die aber in Varel sein wird? ich fürchte, nein, sie kommt gelegentlich nach Oldenburg, es wäre gewiß wünschenswert, die reichen Mittel der Landwirtschaftskammer, die Einrichtungen derselben, die Versuchs- und Kontrollstation und dergleichen der demnächstigen Schule nutzbar zu machen.

Jetzt möchte ich noch ein paar Worte zu Zeven sagen. Ich bin der Ansicht wie die Staatsregierung, daß Zeven doch recht abgelegen liegt. Vom Magistrat in Zeven wird darauf hingewiesen, daß Zufluß aus Ostfriesland zu erwarten sei. Ich bezweifle gar nicht, daß Seminaristen aus Ostfriesland sich melden werden. Aber sind diese Leute besonders wertvoll für uns? Ich glaube es nicht, das werden Herren sein, die nach 5 Jahren uns wieder verlassen. Der Zug nach der Heimat ist so groß, daß auch diese Herren ihm folgen werden. (Zuruf: 22 sind jetzt schon da.)

Was die Stadt Oldenburg betrifft, so teile ich auch die Bedenken der Regierung. Es ist ja selbstverständlich, daß



für Oldenburg die vielen Bildungsgelegenheiten sprechen, die Oldenburg hat. Aber vor allen Dingen wird hier ein größerer Zufluß von Seminaristen nicht mehr zu erwarten sein. Die Regierung sagt, daß in denjenigen Jahren, wo Doppelklassen einberufen wurden, sich nicht mehr Bewerber gemeldet haben als in anderen Jahren. Und gerade, daß ein neues Zuflußgebiet erschlossen wird, ist sehr wichtig.

Was den unerquicklichen Wettbewerb anbetrifft, so braucht der nicht unter allen Umständen zu entstehen. Ein idealer Wettbewerb ist gewiß sehr wünschenswert, ich befürchte aber doch, daß es nicht immer beim idealen Wettbewerb bleiben wird. Ich kann mir da sehr viele, wenn auch kleine Ursachen, denken, die zu einem unerquicklichen Wettbewerb führen.

Darauf möchte ich mich vorläufig beschränken.

Präsident: Herr Abg. Tanje hat das Wort.

Abg. Tanje: M. H.! Ich kann mich wohl gleich mit Herrn Abg. Tanzen (Nodenkirchen) darüber unterhalten, welchen umedlen Wettbewerb er denn entdecken kann zwischen den beiden Seminaren, wenn die Anstalt in Oldenburg errichtet wird. M. E. kann, wenn die Anstalt in Oldenburg errichtet wird, nur ein edler Wettbewerb stattfinden. Der kann sich nur dahin richten, daß die eine Anstalt die andere zu überbieten versucht in den Höchstleistungen. Wir leben in einer Zeit, wo die höchsten Anforderungen an jeden Mann gestellt werden, und insofgedessen müssen wir auch die höchsten Anforderungen an dies Institut stellen.

Ich habe mich deshalb zum Wort gemeldet, ich wollte kurz meine Gründe vortragen. Ich habe mich auch gemeldet für Westerstede. Und Herr Abg. Tanzen (Nodenkirchen) hat ja versucht, Westerstede möglichst zu Fall zu bringen. Er hat sich mit meinen Reden beschäftigt, die ich früher mal gehalten habe bei anderer Gelegenheit, insbesondere soll ich gesagt haben, in Westerstede wäre es eben so teuer in bezug auf die Wohnungsverhältnisse, sowie Butter, Fleisch usw. (Heiterkeit.) Das ist richtig. Aber, Herr Abg. Tanzen (Nodenkirchen) vergißt, daß das vor ein paar Jahren war, wo in Rüstringen und Wilhelmshaven die Wohnungen noch unbewohnt waren. Ich habe die Preise, die damals von Herrn Abg. Meyer angeführt wurden, auch nicht für zu hoch gehalten. Aber Herr Tanzen, sind dieselben Verhältnisse nicht ebenfalls in Varel? Es würden auch in Varel die Wohnungsverhältnisse steigen. Herr Tanzen hat gesagt, wenn in kleinen Orten Wohnungen vermietet würden, dann würden die Preise steigen. Würden die nicht auch in Varel steigen? Sind die Wohnungen da nicht ebenso rar wie in andern Orten?

Ich will zunächst versuchen, meine Gründe kurz dem Landtag klar zu legen. M. H.! Als damals im Landtag der Herr Minister, Erzellenz Scheer, sagte, daß, wenn die Landwirtschaftsschule in Varel aufgehoben würde, wahrscheinlich das zweite Seminar in Varel erbaut werden könne, da habe ich mich gemeldet in der Voraussetzung, daß wohl niemals die Landwirtschaftsschule in Varel aufgehoben würde. Und m. H., ich stehe auch heute noch auf dem Standpunkt. Die Abstimmung des heutigen Landtags hat mich wieder darin bestärkt, daß die Landwirtschaftsschule in Varel niemals aufgehoben werden wird. Ich habe die feste Hoffnung, daß es

nicht bei einem Versuch bleiben wird, sondern daß die Anstalt, wie sie in Zukunft umgeformt werden wird, sich immer weiter entwickeln wird. Ich habe auch da geglaubt, wenn das Seminar an einen kleinen Platz verlegt werden sollte, Westerstede ebenfalls mit den nur in Frage kommenden Orten Feder, Varel und Berne konkurrieren könne. Herr Tanzen hat selbstverständlich die Vorzüge Varels so recht herausgestrichen. Es ist allerdings ein angenehmer und freundlicher Ort. Aber von einer Stadt, wo die Leute vom Lande ihre Weltfremdheit verlieren sollen, kann keine Rede bei Varel sein. Varel ist ein kleiner Ort, der auch im ganzen kleinstädtisch denkt. Soviel ich weiß, ist das, was die Leute bilden kann, Theater usw. nicht vorhanden. Ich bezweifle sogar, daß es ein Kino gibt in Varel. (Große Heiterkeit.)

Dann ist davon die Rede gewesen, daß der Seminarbesuch in Varel erfreulich steigen würde, daß auch aus der Umgegend von Varel sich die Seminaristen rekrutieren würden. Das glaube ich auch. Aber dasselbe ist der Fall in anderen Orten. Ich will nicht etwa auf Westerstede verweisen. Ich verweise auf jeden Ort, der in Frage kommt. Ueberall m. H. ist Umgegend, und überall auf dem Lande wohnen Leute, die später ihre Kinder zum Seminar schicken würden. Es würde ja etwas anderes sein, wenn jetzt der Besuch von Varel wirklich so groß gewesen wäre, daß es ein bedeutendes Kontingent zum Besuch in Oldenburg gestellt hätte. Das ist nicht der Fall. Wesen Sie die Zusammenstellung nach, die dem Bericht anliegt. Da steht — ich will nur auf die Aemter Westerstede und Varel hinweisen — da steht, Varel hat in dem siebenjährigen Turnus 21 Seminaristen in das Seminar nach Oldenburg gesandt, Westerstede 17. Ja m. H., der Unterschied ist doch nur gering und spielt doch keine so große Rolle dabei. Ich bin fest überzeugt, wenn das Seminar nach einem kleinen Ort verlegt wird, daß dann der Besuch aus der Umgegend ein ganz gewaltiger wird, denn wir haben die Bezüge der Lehrer in den letzten Jahren wesentlich aufgebessert, sodaß man davon sprechen kann, daß die Karriere eines Lehrers ganz gut ist.

Dann m. H. ist im Ausschuß eingehend debattiert worden über die einzelnen Vorzüge der verschiedenen Orte, und wir haben auch unser Bestes getan, unser Licht nicht unter den Scheffel zu stellen. Aber wenn mich eins frappiert hat im Ausschuß, so sind das die Ausführungen des Herrn Abg. Driver gewesen. Herr Driver ist jahrelang Amtshauptmann in Varel gewesen. Er kennt Land und Leute ganz genau wie kein zweiter im Hause. (Oh!) Ja, Herr Schmidt, denn wenn man eine derartige Tätigkeit ausübt, dann wird man mit allen Leuten und Verhältnissen bekannt. Wenn der erklärt, Varel eigne sich in keiner Weise als Platz für das Seminar, dann glaube ich das unbedingt. (Heiterkeit.) (Abg. Schulz: „Sind Sie aber leichtgläubig!“ Heiterkeit.) Auch ich stehe auf dem Standpunkt: Möge ein Ort gewählt werden, es sei, welcher es wolle, Varel paßt nicht dazu. Wenn Sie Zugang vom Lande haben wollen und wollen wirklich, daß die Landbewohner ihre Kinder zahlreich zum Seminarbesuch anhalten, dann müssen Sie einen kleinen Ort wählen mit ländlichen Verhältnissen. (Abg. Schulz: Westerstede!) Ja gewiß, Herr Schulz.



Wenn Sie sich dazu entschließen würden, für Westerstede zu stimmen, würde ich Ihnen dankbar sein. Ich weiß aber, daß ein Fraktionsbeschluß vorliegt, anders zu stimmen. Aber das schadet auch nicht.

Ich will doch meine Pflicht und Schuldigkeit tun ebenso wie die anderen Herren, und deswegen habe ich meine Ausführungen hier gemacht. Ich will Ihnen auch Gelegenheit geben, für oder gegen Westerstede Ihr Votum abgeben zu können, und habe dafür einen Antrag gestellt:

Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung wird ersucht, den Ort Westerstede für den Bau des zweiten Seminars zu wählen.

Präsident: Ich stelle diesen Antrag des Herrn Abg. Lanje, der genügend unterstützt ist, gleich mit zur Beratung und gebe das Wort Herrn Abg. Schmidt (Zetel).

Abg. Schmidt: Sie haben schon gehört, daß Varel auch empfangsbereit ist für das zweite Seminar. Es ist zudem auch von der Regierung ausgewählt und vorgeschlagen. Und ich kann mir versagen, hier noch die Gründe anzuführen, die die Regierung in der Vorlage schon dargelegt hat. Ich will nur noch eins unterstreichen, das ist der Umstand, daß Varel ein neues Rekrutierungsgebiet darstellt für die jungen Lehrer. Varel hat gute Bahn- und Straßenverbindung. Die Stadt Varel mit der nächsten Umgegend stellt einen Bezirk dar, in dem etwa 30 000 Menschen wohnen, und aus diesem Bezirke können die Seminaristen ausnahmslos im Elternhause wohnen. Dieser Umstand hat neben der finanziellen Seite noch den Vorteil, daß er in erzieherischer Hinsicht auch von großem Nutzen ist. Nun sagen die Gegner, die mit dem Antrag 2 der Minderheit gehen, die Stadt Varel sei genug bevorzugt. M. H.! Ich muß betonen, daß dieser Antrag eigentümlich berührt. Ich wage zu behaupten, er hat etwas gewalttätiges an sich. Denn, m. H., wenn Varel der Ort ist, den die Regierung nach reiflicher objektiver Prüfung für den rechten hält — denn wie könnte die Regierung dazu kommen, Varel vorzuschlagen aus anderen Gründen —, wenn ferner Varel doch jedenfalls viele Vorzüge hat, die für die Stadt als Ort des zweiten Seminars sprechen, m. H., dann verstehe ich nicht, wie man nun von vornherein mit Animosität diesen Ort überhaupt ausscheiden will. Da werden ja sonderbare Gründe obwalten. Ich will das nicht weiter untersuchen.

Dann sagt man, Varel hat die Landwirtschaftsschule, es hat die Baugewerkschule und es hat die Realschule. Ja, m. H., wir haben uns ja in der verflossenen Stunde über die Landwirtschaftsschule unterhalten. Es ist ja überhaupt fraglich, ob die in Varel bleibt. Und gesetzt den Fall, sie bliebe dort, dann, m. H., weiß man auch nicht, was daraus wird. Das sind durchaus ungefangene Fische, und man kann diesen Umstand nicht auf das Konto Varel setzen. Objektiv gedacht, muß man die Landwirtschaftsschule ausschalten. Dann ist die Realschule da. Ja, m. H., das ist ja eine städtische Anstalt unter staatlicher Subvention, während die Baugewerkschule etwas ähnliches ist. Die Summen, die aus der Landeskasse nach Varel abgeführt werden, können doch wahrhaftig auch nicht in Anbetracht ihrer Höhe angesehen werden als eine Bevorzugung Varels, denn da steht Varel doch ganz weit zurück hinter Orten mit viel kleinerer

Bevölkerungsziffer. Es hat Varel, abgesehen von der Landwirtschaftsschule, 25 000 M. zu empfangen, Zever 49 000 M., Oldenburg 109 000 M., und dazu kommen die Unterstützungen für das Seminar mit 134 000 M., Eisfleth 36 000 M. M. H.! Es darf doch hiernach von einer Bevorzugung Varels wohl kaum noch gesprochen werden.

Dann bemängelt man die Bildungsgelegenheit und sagt, die sei in Varel nicht in genügendem Maße vorhanden. Ich will mich kurz fassen. Ich brauche nicht zu wiederholen, was Herr Abg. Tanzen (Rodenkirchen) gesagt hat, ich verweise darauf. Allerdings ist das richtig, was Herr Abg. Lanje gesagt hat, Theater und Museen haben wir in Varel nicht, auch keine Kunstsammlung. M. H.! Theater, Museen und Kunstsammlungen sind gewiß sehr wirksame Bildungsinstitute, aber die kann man doch nicht täglich und stündlich genießen. Es ist doch eine Kleinigkeit, die Schüler von Varel dann und wann herüberzuführen nach Oldenburg. Es hat das den Vorteil, daß dann diese Bildungsmomente mit dem Reiz der Neuheit an die Schüler herantreten, um so freudiger aufgenommen werden und nachhaltiger wirken. Es tritt keine Uebermüdung ein. Wenn es wahr ist, daß solche Bildungsmomente unbedingt stets zur Hand sein müssen, dann müßten auch die staatlichen Gymnasien in Vechta und Zever Schulen zweiten oder dritten Grades sein Oldenburg gegenüber. Ich glaube nicht, daß dem so ist. Es kann sein, daß es umgekehrt ist. Eine Schule steht und fällt mit der Qualität des Direktors und des Lehrerkollegiums.

Dann sagt Herr Abg. Lanje in seiner Ausführung, Varel ist eine kleine, unbedeutende Stadt, bietet nichts; und dann im selben Atemzuge sagt er: Legen Sie das Seminar doch nach Westerstede oder einem anderen kleinen Ort.

Präsident: Herr Abg. Tanzen (Rodenkirchen) hat das Wort.

Abg. Tanzen: Ich möchte nur noch kurz hinweisen auf die vorzügliche zentrale Lage, auf die vorzüglichen Eisenbahnverbindungen und auch auf die Umgebung, auf die Flora, die doch jedenfalls im Unterricht über Bodenkunde und Botanik sehr zu verwerten ist. Nun habe ich allerdings die Gründe bemängelt, die zu dem Antrage 2 der Minderheit geführt haben. Ich meine, bei der Frage doch jedenfalls ganz objektiv geblieben zu sein. Was die Einrichtung des Seminars an einem anderen Orte als Oldenburg betrifft, so möchte ich auf die Zusammenstellung des Regierungskommissars vom 7. Dezember 1911, Anl. C, hinweisen. Augenblicklich sind auf dem Oldenburger Seminar die Jahrgänge 1906, 1907 usw. Nach der Zusammenstellung kommen von 94 Seminaristen des Seminars in Oldenburg, die bei ihren Eltern wohnen, 50 aus der Umgegend der Stadt. Das würde annähernd in derselben Weise in einem Orte der Fall sein, den man neu wählt, und darauf will ich nochmals hinweisen, ich halte das für einen gewaltigen Vorzug.

Präsident: Herr Abg. Brumund hat das Wort.

Abg. Brumund: M. H.! Herr Abg. Tanzen (Rodenkirchen) hat meine Heimat schon so gepriesen, daß ich nicht mehr viel hinzuzufügen brauche. Ich will den Einwand, daß es in Varel teurer ist und dort keine Wohnungen



zu haben sind, zurückweisen. (Abg. Lanje: habe ich nicht gesagt.) Sowohl haben Sie das gesagt, Herr Abg. Lanje. Ich habe mich mit dem Direktor der Baugewerkschule in Verbindung gesetzt, und sagte mir dieser in seinem Schreiben, daß er im Jahre ungefähr 200 Schüler unterzubringen habe und daß ihm dieses keine Schwierigkeit mache. Die Schüler zahlen monatlich je nach den Ansprüchen, die sie stellen, 48—70 *M.*, im Durchschnitt 55 *M.* Ich glaube, man kann dies nicht für einen hohen Preis halten. Auch den Einwand hinsichtlich der Wohnungen sonst, daß dieselben teuer sind, muß ich zurückweisen. Die Reichsbeamten haben wiederholt den Versuch gemacht, einen höheren Wohnungsgeldzuschuß zu bekommen, er ist immer in Berlin abgelehnt worden. Barel hat ihn nicht bekommen, dagegen der kleine Ort Rastede hat es erreicht. Wenn dann Herr Abg. Lanje sagt, Bildungsgelegenheit wäre gar nicht vorhanden, so haben die Herren Schmidt und Tanzen (Knodenkirchen) schon darauf geantwortet. Die Seminaristen haben eine ganz bequeme Verbindung mit Oldenburg und können das Theater von Barel bequem erreichen. Auch in Barel ist Gelegenheit, gute Vorträge zu hören. Es besteht seit den 70er Jahren ein Verein für Kunst und Wissenschaft. Ich will nur daran erinnern, daß vor einiger Zeit Prof. Eucken aus Jena einen Vortrag gehalten hat. Auch die Seminaristinnen aus Neuenburg erscheinen häufig zu den Veranstaltungen dieses Vereins. Hierauf will ich mich fürs erste beschränken.

Präsident: Herr Abg. Dursthoff hat das Wort.

Abg. Dursthoff: M. H.! Wenn man so diese Verhandlungen über das Lehrerseminar hört, dann wird man unwillkürlich an das schöne Gedicht: Preisend mit viel schönen Reden ihrer Städte Reiz und Pracht, erinnert. Eine ganze Reihe Orte im Lande bewerben sich um das Seminar: Jever, Westerstede, Verne, Wildeshausen und Barel. Und da kann ich denn wohl verstehen, daß es manchem sehr schwer fällt, welchen Ort er wählen soll, denn wer die Wahl hat, hat bekanntlich auch die Qual, deshalb möchte ich denjenigen, die sich noch nicht fest entschieden haben, wo sie das Seminar hinbringen wollen, helfen, zu einem Entschluß zu kommen.

M. H.! Wie kam überhaupt die Stadt Barel bei der ganzen Angelegenheit in Frage? Ich muß kurz darauf hinweisen, was vorhin schon gestreift ist, daß im vorigen Jahre bei dem Beschlusse, die Landwirtschaftsschule aufzuheben, von der Regierung Barel als Pflaster auf die Wunde das neue Seminar in Aussicht gestellt wurde. Das habe ich selbst mit angehört und jeder, der dabei gewesen ist, wird mir bestätigen, daß die Sache so liegt. Nun ist die Gefahr für Barel beseitigt, es ist vom Herrn Kollegen Schmidt schon gesagt, es müßte die Landwirtschaftsschule durchaus in Barel bleiben und ich glaube auch, daß eine derartige Schule in Barel die erforderlichen natürlichen Vorbedingungen findet. Wir werden also damit rechnen müssen, daß die Schule dort bleibt, und damit fällt die Voraussetzung, unter der man das Seminar für Barel in Aussicht genommen hat.

Man braucht also nicht entscheiden nach lokalen Rücksichten, sondern man kann lediglich danach entscheiden, wo im Interesse der Schüler das Lehrerseminar am günstigsten

und zweckmäßigsten liegen würde und da meine ich, liegt es in der Stadt Oldenburg am günstigsten. Ich will absehen davon, daß die Stadt Oldenburg einmal die Zentrale ist, ich will absehen davon, daß auch die Wohnungsfrage m. E. in einer Stadt von 35—40000 Einwohnern leichter zu lösen sein wird, als in einem kleineren Orte im Lande; was für mich entscheidend bei der ganzen Frage ist, m. H., ist, daß die jungen Seminaristen ganz entschieden hier am meisten Bildungsmöglichkeiten besitzen. Herr Kollege Schmidt sagte, es wäre das nicht so schlimm, man könnte die jungen Leute von Barel nach Oldenburg ins Theater schicken. M. H.! Erstens ist das natürlich viel zu umständlich und kostspielig, und dann kommt es doch auch auf das Theater allein nicht an; es sind aber eine Reihe anderer Bildungsmöglichkeiten da, z. B. Konzerte, wissenschaftliche Vorträge, Kunstausstellungen, Galerien, Bibliotheken und Museum usw., kurz, das ganze Milieu ist ein ganz anderes, als es in Barel oder überhaupt in irgend einer anderen Stadt möglich sein würde. M. H.! Das ist für mich entscheidend für die Lage des Seminars. Diese jungen Lehrer sind die geistig strebsamsten unter ihren Kameraden, wir wissen, daß ein großer Teil sich aus der ärmeren Schicht des Volkes rekrutiert und mir sagte neulich ein Fachmann, und da hat er m. E. recht, daß gerade die jungen Seminaristen die bildungshungrigsten Elemente in der Bevölkerung seien. Und, m. H., das ist erfreulich, das müssen wir in jeder Beziehung fördern, denn was die jungen Leute gelernt haben, das kommt später ihren Schülern zugute. Dieser Gesichtspunkt muß bei der Auswahl des Ortes leitend sein.

Ich habe mich nun, um mich nicht auf mein eigenes Urteil zu verlassen, mit einer ganzen Reihe von älteren erfahrenen Volksschullehrern in Verbindung gesetzt, die vollkommen uninteressiert an der Entscheidung sind. (Zuruf: Na, Na.) Was sollten die für Interesse daran haben, wo die Schule hinkommt, die sollen das Seminar doch nicht besuchen. Die haben mir alle ohne jede Ausnahme erklärt, es könne für sie gar kein Zweifel bestehen, daß aus diesen Gründen, wegen der größeren Bildungsmöglichkeit, für das Seminar nur die Stadt Oldenburg in Frage kommen könnte. Man hat mir ferner gesagt, daß der allgemeine Deutsche Lehrerverein auf demselben Standpunkte stände, daß es richtig sei, nicht in so kleine Orte ein Seminar zu legen und daß der Oldenburger Landes-Lehrerverein im allgemeinen auch diesen Standpunkt einnehme.

Ich habe ferner, um mich nicht nur auf das Urteil dieser Herren allein zu verlassen, mich mit akademisch gebildeten Oberlehrern in Verbindung gesetzt und zwar mit Herren, die seit Jahrzehnten in der Stadt ansässig sind, und unsere Verhältnisse kennen. Auch diese waren ganz derselben Ansicht; sie sagten mir, sie würden es nicht bezweifeln, wenn das Lehrerseminar in eine kleine Stadt gelegt würde. Einer ging sogar so weit, daß er sagte, nach seiner Ansicht sei die Stadt Oldenburg noch zu klein, und wenn wir eine größere Stadt hätten, müßte es dahin. (Zuruf: Rüstingen.) M. H.! Ich sagte, in der Stadt Oldenburg gibt es mehr Bildungsmöglichkeiten und ob Rüstingen darin dasselbe bieten kann, scheint mir doch sehr zweifelhaft zu sein. M. H.! Dann wurde vom Herrn Kollegen Schmidt auf das Gymnasium verwiesen, ich glaube,



daß dieser Vergleich doch nicht entscheidend sein kann. Die jungen Leute, welche das Gymnasium besuchen, gehen später drei, vier oder fünf Jahre auf die Universität. Dort haben sie Gelegenheit, ihre Allgemeinbildung und ihre Fachbildung zu vollenden, für die Seminaristen ist aber die Seminarzeit die einzige Ausbildungszeit und deshalb muß man ihnen während der Seminarzeit Gelegenheit geben, daß sie ihre wissenschaftlichen und künstlerischen Neigungen, die sie in sich haben, nach Möglichkeit befriedigen können; die Seminarzeit ist gewissermaßen für sie die Studienzeit, die unsere akademisch gebildeten Beamten auf der Universität zubringen. M. H.! Was der Seminarist hier lernt, davon soll er im späteren Leben zehren, darauf soll er weiterbauen, das sind Pfunde, mit denen er Wucher treiben soll zu Gunsten seiner Schüler. Ich meine deshalb, man versündigt sich an den Lehrern, wenn man ihnen diese verschiedenartige Bildungsmöglichkeit während der Ausbildungszeit verkümmert. Aber, meine Herren, diese ganze Frage hat auch eine große Bedeutung für die Eltern der Kinder, die diese Lehrer später unterrichten sollen, und ich möchte gerade diejenigen Herren aus dem Lande, die der Ansicht sind, wir müßten das Lehrerseminar in einem kleineren Orte errichten, um dort Lehrer auszubilden, die die ländlichen Verhältnisse besser kennen, davor warnen, daß wir nicht dadurch, daß wir den jungen Lehrern die Bildungsmöglichkeit beschneiden, Lehrer zweiter Klasse für die Kinder auf dem Lande schaffen. Denn ich bin der festen Ueberzeugung, ein Seminar, welches in einen kleinen Ort hineingelegt wird, wird ein Seminar zweiter Klasse. Die besten Lehrkräfte würden bestrebt sein, nach Oldenburg zu kommen und auch die Schüler würden am liebsten nach Oldenburg gehen.

Nun sind von der Regierung verschiedene Einwendungen gegen die Stadt Oldenburg erhoben worden und ich möchte mit ein paar Worten darauf eingehen. Zunächst ist hervorgehoben die Konkurrenz, die zwischen den beiden Anstalten in Oldenburg entstehen würde. M. H.! Ich kann mir ja denken, daß unter Umständen das Nebeneinanderbestehen von zwei solchen Anstalten für die Direktoren un bequem werden kann, aber ich glaube nicht, daß diese Konkurrenz für die Schule schädigend sein könnte, im Gegenteil, das Rivalisieren beider Schulen kann für beide Schulen nur Vorteile mit sich bringen. Wir haben ja dieselbe Erfahrung gemacht bei anderen Schulen, wie oft hat man z. B. mehrere Gymnasien in einer Stadt, ohne daß irgendwelche Schwierigkeiten entstehen. Ich erinnere an Osnabrück, das ja zwei Gymnasien und ein Realgymnasium hat, ohne daß sich irgendwelche Schwierigkeiten ergeben. Dann möchte ich auf Oldenburg verweisen. Wir haben hier eine städtische Mädchenschule und daneben eine private Mädchenschule. Ich habe nie gehört, daß das Nebeneinanderbestehen beider Anstalten irgendwelche Unzuträglichkeiten ergeben hat, im Gegenteil, man hat, wenn ich so sagen darf, die Konkurrenz geradezu wohlthätig empfunden.

Dann ist ein entschieden wichtiger Gesichtspunkt, die schon angeschnittene Frage, man werde durch die Verlegung nach Barel ein neues Rekrutierungsgebiet schaffen. M. H.! Wenn das richtig wäre, so würde man dem sicherlich eine gewisse Berechtigung zugestehen müssen; aber dann würden andere Orte vor Barel den Vorzug verdienen, ich verweise

nur auf Delmenhorst, was 33 Schüler gestellt hat gegen 21, die Barel gestellt hat. Auch würde Delmenhorst entschieden bessere Bildungsmöglichkeiten bieten als Barel infolge der Nähe von Bremen. Auch Sever hätte entschieden noch mehr neue Rekrutierungsgebiete, weil bequeme Verbindungen mit Ostfriesland bestehen, sodaß man von dort wohl mit einem Zuzuge würde rechnen können. Und wenn dagegen gesagt wird, daß die jungen Leute aus Ostfriesland nach 5 Jahren weggehen würden, so bemerke ich dagegen, daß wir durch unser Schulgesetz und durch die neue Gehaltserhöhung die Lage der Lehrer im Lande doch wesentlich verbessert haben, sodaß wohl manche von diesen preussischen Lehrern bei uns bleiben werden. Kommen doch auch jetzt schon von auswärts und sogar von Bremen Lehrer zu uns. Auch wird die Besserstellung der Lehrer sicher die Anmeldungen für das Seminar steigern, sodaß die Gefahr eines Lehrermangels jetzt nicht so groß ist wie vor einigen Jahren.

Aber, meine Herren, ich möchte hier die Frage aufwerfen, ist es wohl überhaupt richtig, daß man ein neues Rekrutierungsgebiet von irgendwelcher Bedeutung schafft, wenn man die Anstalt in eine kleine Stadt verlegt? Es ist wohl richtig, daß aus der unmittelbaren Umgebung sich mehr Schüler melden würden, aber für alle diejenigen Eltern, die weiter wegwohnen, die ihre Kinder doch in Pension geben müssen, für die ist es ganz einerlei, ob sie ihre Kinder nach Barel schicken oder nach Oldenburg. Es könnte sich also nur um die Kinder handeln, die in der allernächsten Umgebung von Barel wohnen und das können doch niemals viel sein. 21 Kinder kommen jetzt von Barel, lassen Sie noch 20 oder 30 Kinder mehr dadurch herangezogen werden, das würde aber auch das äußerste sein, und darum will man alle die Nachteile auf sich nehmen, die durch die Verlegung nach Barel erfolgen? Das kann ich nicht für richtig halten.

Aber für mich kommt noch ein anderes Moment in Frage. Wenn man beide Anstalten in Oldenburg hat, hat man keine Schwierigkeiten, die jungen Leute, die sich melden, auf beide Schulen gleichmäßig zu verteilen, aber wie wird das, wenn die eine Schule in Oldenburg und die andere Schule in Barel liegt? Es ist doch wohl ganz klar, daß die weitaus größte Zahl aller Anmeldungen in Oldenburg erfolgen wird, will man da willkürlich die sich Meldenden nach Barel oder Oldenburg hinweisen? Das wird doch wohl nicht gehen. Der Herr Minister sagte ja auch schon, wir müssen dann eine Grenze ziehen, und was nördlich dieser Grenze liegt, wird Barel zugewiesen, das andere wird Oldenburg überwiesen. M. H.! Erstens glaube ich, daß es furchtbar schwer sein wird, eine solche Grenze zu ziehen. Die Anmeldungen schwanken, es kann vorkommen, daß einmal aus dem Norden so wenig Anmeldungen vorliegen, daß nur ganz wenige nach Barel kommen und das Seminar in Oldenburg überfüllt ist und das andere Mal kann es auch umgekehrt sein. Das sind schon Schwierigkeiten. Dann aber kommt noch in Frage, daß es eine Willkür ist, wenn alle diejenigen, welche nördlich der Linie wohnen, ihre Kinder nach Barel schicken sollen. Es kann doch häufig vorkommen, daß sie Verwandte in der Stadt Oldenburg haben und ihre Kinder dort sehr billig unterbringen können und nur dadurch, daß sie durch die Unterbringung bei Ver-



wandten das große Kostgeld sparen, wird es ihnen möglich, die Kinder Lehrer werden zu lassen. Wenn man ihnen aber einfach sagt, ihr kommt nicht hierher, ihr müßt nach Barel, so wird es den Eltern in vielen Fällen unmöglich gemacht werden, die Kinder aufs Seminar zu schicken, sie müssen ihre Tugens etwas anderes werden lassen und dann ist der Erfolg nicht eine Zunahme sondern eine Abnahme der Anmeldungen. Wir wissen ja, daß die Lehrer sich meist aus den weniger wohlhabenden Schichten rekrutieren, und es ist deshalb sehr wohl zu überlegen, ob man wirklich durch eine derartige Verlegung ein neues Rekrutierungsgebiet schaffen würde.

Dann, meine Herren, sagte ich schon, daß ja auch die Anmeldungen entschieden zugenommen haben. Wir haben heute schon drei Parallelklassen, und soweit ich unterrichtet bin, sind alle Parallelklassen voll besetzt, Mängel haben sich gar nicht ergeben und deshalb weiß ich nicht, weshalb man das Seminar aus Oldenburg weg legen will. Eine solche Notwendigkeit liegt m. E. nicht vor, und ich möchte daher bitten, meinen Antrag, das zweite Seminar nach Oldenburg zu legen, anzunehmen.

Präsident: Ich stelle den genügend unterstützten Antrag des Herrn Abg. Dursthoff, den er eben mitgeteilt hat und welcher lautet: Die Staatsregierung wird ersucht, für die Errichtung des zweiten Seminars die Stadt Oldenburg zu wählen, sofort mit zur Beratung. Das Wort hat Se. Excellenz Minister Ruhstrat II.

Minister Ruhstrat: M. H.! Die eingehende Widerlegung der Ausführungen des Herrn Abg. Dursthoff wird der Herr Regierungskommissar übernehmen, ich will mich nur auf die Aufklärung eines Punktes beschränken. Der Herr Abg. Dursthoff hat auf eine Erklärung hingewiesen, die der Herr Minister des Innern im vorigen Jahre abgegeben hat: daß Barel für die Aufhebung der Landwirtschaftsschule dadurch entschädigt werden solle, daß man ihm das zweite Seminar gebe. Diese Neußerung ist gemacht auf Grund der innerhalb der Staatsregierung schon seit langem feststehenden Ansicht, daß das neue Seminar nach Barel zu legen sei, weil das von jeher der Wunsch der Schulverwaltung und insbesondere des Seminardirektors war. Diese Erwägungen sind viel älter, als die Absicht, die Landwirtschaftsschule aufzuheben.

Präsident: Herr Geh. Oberregierungsrat von Fintch hat das Wort.

Geh. Oberregierungsrat von Fintch: M. H.! Als die Frage in Erwägung gezogen wurde, ob ein neues Seminar errichtet werden solle und wohin es käme, hat die Staatsregierung in keiner Weise die Behörden, die darüber befragt sind, beeinflusst, sondern die Behörden sind aufgefordert worden, sich nach ihrer Ueberzeugung auszusprechen. Die Frage, ob ein neues Seminar errichtet werden muß, braucht nicht weiter erörtert zu werden, der Ausschuß ist einstimmig der Meinung und ich habe hier im Landtag noch keine Meinung gehört, die sich anders ausgesprochen hätte. Es handelt sich also nur um den Ort, die Kostenfrage wird später kommen.

Da haben nun, das möchte ich zunächst betonen, wie ich vorhin schon hervorhob, in völlig unabhängiger Würdi-

gung sämtlicher Verhältnisse das Oberschulkollegium und der Seminardirektor sich mit Entschiedenheit für Barel ausgesprochen. Es kam zunächst selbstverständlich in Frage, ob das Seminar nicht nach Oldenburg hingelegt werden könnte und müßte, ich sage, selbstverständlich kam das in Frage, weil ja manche Gründe zunächst dafür zu sprechen schienen, daß dies zweite Seminar hier, wo ein anderes Seminar schon ist, wo die vorhin schon mehrfach erwähnten Bildungsmöglichkeiten vorhanden sind, wo die Zentrale des Landes ist, errichtet würde. Alle diese Momente mußten natürlich zuerst den Blick auf Oldenburg richten, aber nach eingehenden Erwägungen sind doch sämtliche Beteiligten der Meinung gewesen, daß davon abzusehen sei.

M. H.! Wenn jetzt ein neues Seminar errichtet werden soll, so handelt es sich um die Frage der möglichst guten Ausbildung einer großen Anzahl von Lehrern. Damit dieses möglich ist, ist es im Interesse der Schule erforderlich, alles zu versuchen, die geeigneten Lehrer zu bekommen, damit wir Lehrer erhalten, die imstande sind, den großen Anforderungen, die in der heutigen Zeit an die Lehrer gestellt werden, zu erfüllen. Nun ist auch in der Vorlage kurz erwähnt worden, daß wir damit nicht rechnen können, wenn nach Oldenburg ein neues Seminar kommt, daß hier mehr Anmeldungen erfolgen. Dies hat sich bereits gezeigt, denn als zuletzt die neuen Parallelklassen gebildet wurden, haben sich nicht mehr Bewerber aus Oldenburg und Umgegend dazu eingefunden, als früher. Daraus folgt, daß das Material, was aus der Stadt Oldenburg und Umgegend hergegeben werden kann, erschöpft ist, und daß auf mehr hier nicht zu rechnen ist. Daraus folgt weiter unmittelbar, daß, wenn ein zweites Seminar hier eingerichtet wird, die Auswahl beschränkt ist. Dies ist einer der Hauptpunkte, der gegen Oldenburg spricht. Es ist von großer Wichtigkeit, daß bei beiden Seminaren sich möglichst viel Schüler melden, aus denen nachher die Seminardirektoren die Auswahl treffen können. Das ist jetzt nicht mehr möglich, wie sich mit Klarheit daraus ergibt, daß die 60 Schüler, die sich vor 1½ Jahren gemeldet haben, genommen sind, und daß von diesen 60 nach 1½ Jahren schon 10 haben ausscheiden müssen. Also es kommt vor allen Dingen darauf an, daß wir für das zweite Seminar nach Möglichkeit ein neues Gebiet schaffen, aus dem wir neue Kräfte heranziehen können. Wieviel Schüler aus Oldenburg und Umgegend hier im Seminar sind, ist mitgeteilt; es sind etwa von 260 Seminaristen reichlich 90, also ein Drittel. Wir können also auch damit rechnen, wenn wir ein neues Gebiet bekommen, daß wir dann mehr Material haben und mehr Auswahl treffen können. Ist das nicht der Fall, dann gehen wir nicht vorwärts, sondern wir gehen zurück. Das ist ein Hauptpunkt, der gegen Oldenburg spricht.

Weiter! Es ist nicht wohlgetan, wenn in einer verhältnismäßig kleinen Stadt wie Oldenburg zwei Seminare sind. In ganz Deutschland sind nur in 3 Großstädten zwei Seminare. Das beweist, daß die Schulverwaltungen es nicht für richtig halten und es liegt auch auf der Hand, daß gerade in kleinen Verhältnissen viel schlimmer, als in großen die Reibungsflächen groß sein werden. Wenn aber nicht alles stimmt, dann ist es zu leicht, daß das eine Seminar mehr leisten will, als das andere. Daß dies aber



nicht in einem friedlichen idealen Wettbewerbe vor sich geht, und daß es leicht zu Reibungen kommt zwischen dem Direktor, dem Lehrerkollegium und den Seminaristen, das ist sehr wahrscheinlich. Es wäre aber nicht gut, und aus diesem Grunde ist es besser, die Einrichtungen so zu treffen, wie es in ganz Deutschland die Regel ist, denn nur in Hamburg, Dresden und Karlsruhe sind 2 Seminare, und das zweite Seminar an einen andern Ort zu legen.

Es fragt sich also, liegen sonst noch Gründe vor, das Seminar nach Oldenburg zu legen und da sprechen selbstverständlich die Bildungsmöglichkeiten mit. Aber diese sind nicht so erheblich, daß es sich rechtfertigen würde, trotz dieser gewichtigen Gründe, die dagegen sprechen, das Seminar nach Oldenburg zu legen.

Es kann auch nicht davon die Rede sein, daß, wenn das zweite Seminar hierher käme, dadurch irgendwie Verbilligung entstehen würde. Es müßte auch hier das zweite Seminar ganz für sich eingerichtet werden.

Sodann ist darauf hingewiesen worden, es würde, wenn das Seminar an einen andern Ort käme, dadurch sozusagen ein Seminar zweiter Klasse geschaffen werden. M. H.! Es liegt nicht das allergeringste dafür vor. Ich habe noch niemals gehört, daß das Gymnasium in Zeven als ein Gymnasium zweiter Klasse angesehen wird, es ist gar nicht die Rede davon. Oberrealschulen haben wir 2 im Lande, ich wüßte nicht, daß die Oberrealschule in Delmenhorst irgendwie als minderwertig angesehen wird. Das ist eine Vermutung, die jeder tatsächlichen Grundlage entbehrt.

Dann ist hervorgehoben, — es ist freilich nur eine Kleinigkeit, ich will aber doch darauf eingehen —, es würde Schwierigkeiten machen, in welches Seminar die Seminaristen aufgenommen werden sollten. Nach meiner Ansicht wird das recht einfach sein; diejenigen, die hier Beziehungen haben, werden selbstverständlich hier aufgenommen und diejenigen, die hier keine Beziehungen haben, können verteilt werden. Jemandeine Schwierigkeit liegt also nicht vor.

Also dies sind die Gründe, die die Seminardirektion, das Oberschulkollegium und das Ministerium bewogen haben, von Oldenburg abzugehen.

Es kam nun in Frage, wohin das Seminar gelegt werden sollte, und da sind die Gründe, die in der Vorlage kurz, aber erschöpfend skizziert sind, dafür maßgebend gewesen, daß das Seminar nach Varel gelegt werden soll. Ich brauche die Gründe nicht zu wiederholen, sie sind zum Teil von den einzelnen Herren, namentlich von dem Herrn Berichterstatter hervorgehoben. Ich will nur kurz eingehen auf die Gründe, die dagegen geltend gemacht werden.

Es ist ja etwas auffallend, daß die eine Minderheit sagt, das Seminar kann überall hingelegt werden, nur nicht nach Varel, und man fragt sich vergeblich, welche Gründe liegen dafür vor, wenn es beispielsweise nach Rodenkirchen hingelegt würde.

Der erste Grund, daß Varel schon durch die Landwirtschaftsschule vor anderen Orten im Vorteil sei, genügt nicht, denn das spricht ja erst recht gegen Oldenburg. Wenn es nach Varel aus diesem Grunde nicht hin sollte, so könnte es unter keinen Umständen nach Oldenburg kommen. Wir

haben vorhin schon gehört, daß dies Argument mit der Landwirtschaftsschule auf schwankenden Füßen steht. Realschulen haben auch andere Orte. Die Regierung konnte doch nur einen Ort vorschlagen, wohin das Seminar aus sachlichen Gründen gelegt werden konnte, sie konnte doch nicht sagen, diese Stadt bekommt 50 oder 100 000 M Zuschuß und infolgedessen kann es nicht dahin kommen. In dieser Weise kann man keine Vorlage begründen.

Dann ist gesagt, Varel sei einer der teuersten Orte. Wir haben schon vorhin von einigen Herren gehört, daß, als es sich darum handelte, den Wohnungsgeldzuschuß einzuführen, alle kleinen Orte es sehr nötig fanden, zu sagen, daß es bei ihnen ebenso teuer sei als in anderen Orten. Heute, wo es sich darum handelt, zu sagen, daß es dort teurer ist, wird entgegengesetzt gesagt, daß Varel teurer sei als die kleinen Orte.

Dann ist gesagt, in Varel seien nicht genügend preiswerte Wohnungen. Dies ist eine Behauptung ohne den Schatten eines Beweises. Wir haben Erkundigungen eingezogen und die feste Versicherung erhalten, daß genügend passende Wohnungen für Seminaristen eingerichtet werden könnten.

Also, m. H., dieses sind die Gründe gewesen, die die Staatsregierung bewogen haben, als Ort für das zweite Seminar Varel vorzuschlagen. Damit fallen die anderen Orte aus den Gründen, die auch in der Vorlage kurz angegeben sind.

Ich möchte dann noch darauf hinweisen, daß in Deutschland von den Schulverwaltungen und den Landtagen davon abgesehen ist, Seminare an kleine Orte mit weniger Einwohnern als etwa 4000 zu legen. Man hat es früher wohl getan, beispielsweise ist es in Mecklenburg geschehen, aber hier liegt eine Auskunft von der Staatsregierung vor, daß sich so viele Unzuträglichkeiten ergeben hätten, daß man es dort nicht wiedertun würde. Und wir sollten uns in die Gefahr begeben, daß, was in ganz Deutschland nicht geschieht, hier vorzunehmen? Das ist ganz ausgeschlossen. Als etwas größerer Ort kommt noch Zeven in Betracht. Für die Ablehnung Zevens liegt der Grund darin, daß bei Zeven nicht die Gewißheit besteht, daß dort ein solches Zuflußgebiet, wie wir es glauben in Varel haben zu können, besteht.

Ich möchte noch auf einen Punkt hinweisen für diejenigen Herren, die meinen, daß sich in Oldenburg mehr melden werden. Es ist wünschenswert, daß die Seminaristen des neuen Zuflußgebietes sich aus den ländlichen Bezirken rekrutieren, und in Varel kann man dies annehmen. Wir müssen damit rechnen, daß etwa zwei Drittel der Volksschullehrer auf das Land kommt und das ist erwünscht, daß die Lehrer sich nachher auf dem Lande wohl fühlen. Es ist aber zu begreifen — es soll darin kein Vorwurf liegen —, daß diejenigen, die aus der Stadt stammen, nachher viel eher den Wunsch haben, in die Stadt zurückzukehren. Gerade auf dem Lande brauchen wir tüchtige Lehrer, die sich auf dem Lande wohl fühlen. Deshalb ist es wünschenswert, daß dies neue Gebiet uns Seminaristen vom Lande bringt, und das hoffen wir in Varel, das eine große ländliche Umgebung nach allen Seiten hat.

Wenn dann im Ausschuß der Vorwurf erhoben worden ist, die Regierung sei einseitig vorgegangen, so habe ich das



schon im Ausschusse widerlegt. Davon ist gar keine Rede. Es ist erst geprüft worden, wohin das zweite Seminar gelegt werden muß, und dann erst haben die Verhandlungen mit der Stadt Barel begonnen. Es wäre ein Unding gewesen, wenn mit sämtlichen kleinen Orten Verhandlungen angeknüpft wären und Hoffnungen erregt worden wären, die sich nachher nicht erfüllen konnten.

M. H.! Es ist eine sehr wichtige Sache, über die Sie sich zu entschließen haben. Es wird von der Staatsregierung und dem Landtag großer Wert darauf gelegt, daß wir einen guten tüchtigen Lehrerstand haben. Es ist dafür gesorgt, indem im vorigen Jahre die Gehalte in angemessener Weise erhöht worden sind. Es werden immer neue Anforderungen gestellt, wir haben zu erwarten, daß wir in nicht sehr langer Zeit ein Fortbildungsschulgesetz haben werden, durch das neue Ansprüche an die Lehrer gestellt werden. Wir werden mehr Lehrer haben müssen und deshalb ein neues Zuflußgebiet zu erschließen suchen. Und das ist nach Ansicht der Staatsregierung bei Barel der Fall, aber nicht bei den kleinen Orten und bei Oldenburg. Deshalb möchte ich ganz entschieden bitten, den Antrag der Staatsregierung anzunehmen.

Präsident: Herr Abg. Koopmann hat das Wort.

Abg. Koopmann: M. H.! In der Vorlage wird gesagt, daß der Hauptgrund für ein neues Seminar das Zuflußgebiet ist, und anschließend an die Worte des Herrn Präsidenten, der besonders das Zuflußgebiet auf dem Lande erwähnt hat, möchte ich anfragen, ob es sich nicht empfiehlt, zwei Präparandenanstalten im Lande zu errichten. Dadurch würde zweifellos dem herrschenden Lehrermangel gesteuert werden. Ich denke mir die Sache so, daß in den ersten drei Jahren die jungen Seminaristen in den Anstalten verbleiben und später auf das Seminar in Oldenburg übernommen werden.

Dann möchte ich mich gegen die Vorlage der Staatsregierung, das Seminar in Barel zu errichten, wenden. Ich möchte darauf hinweisen, daß die Wohnungen sehr sparsam sind. Die jetzige Automobilindustrie baut Häuser für ihre Beamten und Arbeiter, und wenn daneben noch das Seminar dahin käme, wie groß würde dann die Wohnungsnot werden, da doch noch bis 200 Wohnungen in Anspruch genommen werden müßten. Wenn darum in der Vorlage gesagt ist, ein anderer Ort als Barel sei zu klein, so möchte ich darauf verweisen, daß durch das neue Seminar jedenfalls der kleinste Ort gehoben würde. Ich möchte mich zunächst hierauf beschränken.

Präsident: Herr Abg. Gerdes hat das Wort.

Abg. Gerdes: M. H.! Zu den Ausführungen des Herrn Abg. Tanzen möchte ich einiges erwidern. Herr Abg. Tanzen hat vorhin erwähnt, wenn das Seminar in Sever errichtet werde, so würde es hauptsächlich auf Ostfriesland angewiesen sein. Ich glaube, das trifft nicht zu. Die Entfernung spielt heutzutage keine große Rolle. Ich würde es für richtig halten, wenn das Seminar in Sever errichtet würde.

Weiter möchte ich einige Worte dem Regierungsvertreter gegenüber bemerken, daß bei Sever doch hauptsächlich der

ländliche Zufluß in Frage kommt, denn Sever ist der Mittelpunkt eines ländlichen Bezirks. Weiter ist die Stadt vollständig in der Lage, gute Wohnungen stellen zu können. Ferner möchte ich noch bemerken, daß ich hauptsächlich zu der Stellung meines Antrages gekommen bin, weil Sever im Mittelpunkt eines ländlichen Bezirks im Norden liegt. Ich glaube, daß wir also wohl Anspruch darauf haben, dies ist einer der Hauptgründe mit gewesen, daß ich meinen Antrag gestellt habe, und ich glaube, wenn das Seminar in Sever errichtet wird, so wird ein genügender Zufluß an Schülern dort vorhanden sein.

Präsident: Herr Abg. Lanje hat das Wort.

Abg. Lanje: M. H.! Ich will mich kurz fassen, da die Zeit vorgeschritten ist und will Ihre Geduld nicht lange in Anspruch nehmen. Ich möchte mich zunächst mit einigen Worten gegen die Ausführungen des Herrn Abg. Brumund wenden, die ebenfalls von dem Herrn Regierungsvertreter vorgebracht worden sind. Ich soll gesagt haben, daß die Wohnungen in Barel teuer sind. Ich glaube, die Herren irren sich, das habe ich nicht gesagt, ich habe gesagt, wenn das Seminar dort errichtet werde, dann würden die Wohnungspreise steigen, und m. H. der Ansicht bin ich noch heute, trotz der gegenteiligen Ausführungen der Herren. Bedenken Sie doch, was das kleine Barel alles hat, es hat eine Baugewerkschule, eine Landwirtschaftsschule und eine Realschule. Herr Brumund sagte alsdann, daß der Lehrer ihm gesagt hätte, er könnte bequem 200 Schüler unterbringen. M. H.! Das wird jetzt wohl der Fall sein, aber bedenken Sie, wenn die neue Anstalt dahin verlegt wird, wie wird es dann werden, dann wird Barel mit seinen paar tausend Einwohnern nicht mehr in der Lage sein, die Schüler besser unterzubringen als die anderen Orte, die sich um das Seminar beworben haben.

Dann ist von dem Rekrutierungsgebiete gesprochen. Der Herr Regierungsvertreter sagte, daß Zufluß vom Lande da sein müßte. Ich will das gern zugeben meine Herren, und es wird das ja sehr erwünscht sein, aber haben die Herren von der Regierung sich über die Verhältnisse in Barel genügend orientiert? Ich möchte das bezweifeln, denn die Verhältnisse in Barel sind in dieser Beziehung städtische und auch die Umgebung von Barel ist in dieser Beziehung städtisch. Die Bewohner des Landes dort haben in der Mehrzahl Beziehungen zu der Stadt und die Folge davon ist, daß sie sich in der Stadt wohlfühlen und städtisch denken. Dann ist gesagt von dem Rekrutierungsgebiete, es würde dort ein großer Zufluß vom Lande stattfinden. Ja, m. H., dann ist es doch klipp und klar, dann müssen wir das Seminar auf das Land verlegen. Wollen Sie Zufluß aus der Stadt haben und wollen Sie von dort die meisten Präparanden haben, dann müssen Sie die Stadt wählen, die wirklich genügend groß ist, das ist Delmenhorst und ich glaube auch Rühringen. Herr Abg. Hug wehrt sich ja dagegen, er will es nicht haben, aber wenn die Frage wirklich ernst würde, würde er sich noch wohl eines anderen bedenken.

Dann will ich noch einmal kurz sagen, wie wir dazu gekommen sind, uns zu melden. Ich wurde durch die Ausführungen des Herrn Minister Scheer veranlaßt, weil der



sagte, wenn Varel die Landwirtschaftsschule aufgeben muß, dann soll als Ersatz dafür das Seminar hingelegt werden. M. H.! Ich nehme nun aber fest an, daß die Landwirtschaftsschule da bleibt, und ich möchte dann von dem Gerechtigkeitsinn der Regierung erwarten, daß nicht Varel mehr bevorzugt wird, sondern daß man vielleicht einem anderen Ort im Lande damit hilft. Denn m. H., es ist sehr wichtig für die betreffende Ortschaft, wo das Seminar hinkommt, denn wirtschaftliche Verhältnisse werden riesig dadurch gehoben.

Im übrigen muß ich gestehen, daß ich ja durch die Ausführungen des Herrn Abg. Dursthoff mehr überzeugt worden bin, wie durch die Ausführungen des Herrn Regierungsvertreters, ich glaube es auch, daß Oldenburg viele Vorzüge besitzt, womit sich keine andere Stadt im Lande messen kann. Wenn man wirklich eine Großstadt bevorzugen will, dann stimme ich für Oldenburg, und ich will daher meinen Antrag für Westerstede zurückziehen.

Präsident: Herr Abg. Schmidt (Zetel) hat das Wort.

Abg. **Schmidt:** M. H.! Nur ein paar Worte Herrn Abg. Dursthoff gegenüber. Der Herr Abgeordnete nannte den Deutschen Lehrerverein als Gewährsmann und sagte, der stände auf dem Standpunkte, daß das Seminar nicht an einen kleinen Ort verlegt werden dürste. Das ist richtig, das ist auch meine Ueberzeugung, wenn aber Herr Abg. Dursthoff weiter gefragt hätte, ob es richtig sei, das zweite Seminar in einen kleinen Ort — denn Oldenburg ist keine Großstadt — zu legen, wo schon ein Seminar vorhanden ist, dann wäre ihm ebenso laut „nein“ zugerufen. Wenn er sich auf den Oldenburger Landeslehrerverein berufen hat, so kann ich sagen, daß ich von Oldenburger Lehrern das Gegenteil gehört habe, was Herr Abg. Dursthoff angeführt hat. Ich glaube nicht, daß der gesamte Lehrerverein hinter ihm steht. Wenn er wirklich Sachverständige gefragt hätte — ich gebe zu, daß Volksschullehrer ein Urteil haben in der Beziehung — aber wenn er ein wirklich sachverständiges Urteil haben will, muß er sich wenden an Seminardirektoren und die Aufsichtsbeamten und die würden ihm gesagt haben, nach Oldenburg darf kein zweites Seminar.

Dann sagte Herr Abg. Dursthoff, das Seminar in Varel würde ein solches zweites Güte sein. M. H.! Da bin ich der Ansicht, die Anstalt im Lande ist Nummer 1, die den besten Direktor und die besten Lehrkräfte hat, das ist Tatsache, das ist gar nicht zu bezweifeln. Er bezieht sich ferner auf Osnabrück. M. H.! Die Verhältnisse in Osnabrück können hier gar nicht herangezogen werden. Es ist allerdings so, daß dort zwei Seminare sind, aber davon ist das eine ein katholisches bischöfliches, wo die Schüler im Internat in fast klösterlicher Abgeschlossenheit herangebildet werden, während das andere ein königliches evangelisches Seminar ist. Der Vergleich paßt durchaus nicht.

Der Herr Regierungsvertreter hat bereits des längeren ausgeführt, daß Oldenburg kein weiteres Zuflußgebiet bietet und nicht als weiteres Rekrutierungsgebiet herangezogen werden darf, ich stimme dem vollkommen zu in Hinsicht auf die Daulität des Präparandenmaterials.

Dann noch ein paar Worte gegenüber Herrn Abg.

Koopmann. Er spricht von einer Wohnungsnot in Varel. Ja, verehrter Herr Kollege, Sie sind nicht orientiert. Daß das jüngste Industrieunternehmen in Varel für seine Beamten und Arbeiter eine Eigenheimkolonie baut, das beweist noch nicht, daß in Varel eine Wohnungsnot herrscht. Das ist ein Zug der Zeit, ein solches Vorgehen hat man in allen aufblühenden Orten.

Präsident: Herr Geh. Oberregierungsrat von Finckh hat das Wort.

Geh. Oberregierungsrat **von Finckh:** M. H.! Ich möchte zunächst einige Worte zu dem Vorschlag sagen, anstatt des zweiten Seminars zwei Präparandenanstalten zu errichten. Wenn wir das tun würden, so würde das in der Tat der größte Rückschritt in bezug auf unsere Lehrerbildung sein. Es ist anerkannt in ganz Deutschland, daß das System, was wir hier haben, eine einheitliche Ausbildung in 6 Jahren, wünschenswert und vorbildlich ist. Alle Staaten streben darnach, dies zu erreichen, soweit sie es noch nicht haben. Durch die Präparandenanstalten würde man aufgeben, daß ein Direktor die ganze Ausbildung leitet bis zum Schluß und es würde ein großer Rückschritt darin liegen. Davon kann wirklich nicht die Rede sein, dafür kann die Staatsregierung unmöglich die Verantwortung übernehmen. Während bisher immer der Landtag mit der Staatsregierung einig war, es soll der Fortschritt, der in Deutschland in bezug auf Lehrerbildung eingeschlagen wird, auch hier erreicht werden, würde hier ein Rückschritt erfolgen. Ich brauche darauf nicht weiter einzugehen. Ich will nur auf die großen Kosten, die damit entstehen würden, hinweisen. Es müßten große neue Gebäude gebaut werden, eine Übungsschule müßte neu eingerichtet werden, denn die jetzige vierklassige Übungsschule paßt nicht dafür. Es ist vollständig ausgeschlossen, daß die Staatsregierung sich hierauf einläßt.

Dann hat Herr Abg. Schmidt bereits darauf hingewiesen, daß eine Wohnungsnot in Varel nicht mit dem Bau von Wohnungen durch die Automobilgesellschaft Hansa begründet werden könnte. Es sind ganz andere Verhältnisse, ob Arbeiterwohnungen gebaut werden müssen, als wenn einzelne Familien junge Leute in Pension nehmen.

Sodann ist darauf hingewiesen, sowohl vom Herrn Abg. Koopmann als auch vom Herrn Abg. Lanje, ich glaube vorhin auch von einem anderen Abgeordneten, es würde dem Gerechtigkeitsgefühl entsprechen und die Gerechtigkeit befriedigen, wenn jetzt auch für andere Orte etwas geschehe. Ja, m. H., damit kann die Vorlage nicht begründet werden. Man kann nicht sagen, es wäre erwünscht, daß für Berne, Westerstede oder Fever etwas geschehe, und deshalb müsse das Seminar dorthin gelegt werden. Die Staatsregierung muß allen Orten und allen Städten vollständig mit derselben Unparteilichkeit gegenüber stehen und muß sich nur von sachlichen Gründen leiten lassen.

Zum Schluß möchte ich nun nochmal fragen, was alle die Herren, die gegen Varel sind, gegen Varel haben. Die Staatsregierung möchte gern wissen, was gegen Varel spricht. (Abg. Dursthoff: Die Kleinheit des Ortes.) Und dabei sind die Herren, die für Oldenburg sind, im Grunde für noch sehr viel kleinere Orte. Ich habe aus-



geführt, daß viele Seminare gegründet sind an Orten mit etwa 5000 Einwohner; das ist also kein Grund gegen die Vorlage zu sein. Barel hat vollständig die richtige Größe für die Aufnahme des Seminars, denn wie gesagt, was für ganz Deutschland gilt, das trifft doch auch für uns zu. Vom Jahre 1903 an gerechnet sind, ich brauche die einzelnen Städte nicht zu nennen, Seminare errichtet in Städten mit 5000, 6000, 7000 Einwohnern. Ja, m. H., Barel hat, wenn ich mich recht erinnere, 6½ Tausend, da ist vollständig der Durchschnitt hiervon.

Wenn dann Herr Abg. Dursthoff vorhin noch gemeint hat, mit dem Weggehen der Lehrer in andere Staaten würde es nicht mehr so schlimm sein, nachdem wir die Verbesserung der Gehaltsverhältnisse vorgenommen hätten, so muß ich leider sagen, daß in keinem Jahre so viele Lehrer weggegangen sind, wie im Jahre 1911. (Zuruf: Und niemals soviel hinzugekommen sind!) Es handelt sich doch darum, wieviel hier weggegangen sind. Ich muß behaupten, die Einwendungen, die die Staatsregierung gegen die Stadt Oldenburg hat und die namentlich von kompetenter Seite beurteilt worden sind, von dem Oberschulkollegium und dem Seminardirektor, sind in keiner Weise widerlegt worden.

Präsident: Herr Abg. Müller (Brake) hat das Wort.

Abg. Müller: M. H.! Durch den Streit um den Ort, wohin das Seminar gebaut werden soll, wird die Hauptsache immer mehr in den Hintergrund gedrängt, und die Hauptsache ist doch, daß ein zweites Seminar gebaut wird und möglichst rasch gebaut wird. Wenn Sie aber rasch bauen wollen, dann dürfen Sie unter keinen Umständen für den Antrag 2 stimmen, denn dadurch wird die Sache auf die lange Bank geschoben. Der Antrag 2 ist ja so unbestimmt, das ist gar kein Antrag. Da können Sie auch beantragen, daß nicht auf dem Monde gebaut werden soll. Für mich kommen von Anfang an nur Oldenburg und Barel in Betracht. Ich habe ursprünglich geglaubt, Oldenburg wäre als Residenz besser geeignet. Ich habe mich aber durch die Äußerungen vom Regierungstisch überzeugen lassen, daß meine Ansicht irrig ist, und ich werde für Barel stimmen. Vor allen Dingen spielt die Platzfrage hier mit, und diese ist in Barel geklärt. Wir müssen unbedingt in Barel bauen, zumal die Kosten dieselben sind wie hier. Die Konkurrenz von Sever kommt nicht in Betracht. Die Art und Weise, wie von dort aus vorgegangen ist, möchte ich als Kaufmann als „Concurrence déloyale“ bezeichnen.

Präsident: Herr Abg. Dursthoff hat das Wort.

Abg. Dursthoff: Ich möchte mich gegen einige Vorwürfe verwahren, die mir gemacht worden sind. Zunächst hat Herr Abg. Schmidt gesagt, ich hätte mich nicht an Sachverständige gewandt. Ich habe mich zunächst an eine Reihe älterer Volksschullehrer gewandt. Wenn man die nicht als Sachverständige ansehen will, dann weiß ich nicht, wer sachverständig ist. Wenn ich über die Ausbildung von Juristen Auskunft haben will, dann wende ich mich an Juristen. Wenn ich über die Ausbildung von Ärzten mich informieren will, wende ich mich an Ärzte. Und ebenso wenn ich über die Ausbildung von Volksschullehrern ein sachverständiges Urteil hören will, dann wende ich mich naturgemäß an Volksschullehrer, die

diese Ausbildung hinter sich haben. Und ich bin zu älteren, erfahrenen Leuten gegangen.

Dann hat Herr Schmidt mir bestätigt, daß auch der allgemeine deutsche Lehrerverein auf demselben Standpunkt steht. Das ist eine so große Organisation von verständigen Schulleuten; da muß man doch auf deren Urteil Gewicht legen. Dann ist mir vorgeworfen, wenn ich den allgemeinen deutschen Lehrerverein gefragt hätte, ob man an einem Orte zwei Seminare bauen sollte, dann würde er mit nein geantwortet haben. M. H.! Ich habe hier nur die Ansicht des deutschen Lehrervereins mitgeteilt, daß man Seminare zweckmäßiger Weise nicht in ganz kleine Orte legen solle. Wie der Verein über das Nebeneinanderbestehen zweier Seminare in einem Orte denkt, weiß ich nicht.

Dann ist gesagt worden, daß als Sachverständiger für die Regierung der Seminardirektor gebient habe. Ich kenne Herrn Künoldt persönlich nicht. Aber ich habe allgemein gehört, daß er ein ausgezeichnete Fachmann und Mensch ist. Ich bin also fest überzeugt, daß er ein reiflich überlegtes und nach bestem Wissen und Gewissen objektives Urteil abgegeben hat. Aber kann er objektiv sein? Die Regierung hat selbst in der Vorlage mehrfach hervorgehoben, wenn die beiden Anstalten in der Stadt neben einander bestehen, wird sich eine Konkurrenz entwickeln. Kann man denn von irgend jemand erwarten, wenn man ihn fragt: „Willst du Konkurrenz haben?“ daß er dann sagt: „Ja“? Es können sich, das habe ich auch zugegeben, persönliche Schwierigkeiten ergeben. Aber ich behaupte, daß die Schule als solche durch derartige Konkurrenz nur gehoben werden kann. Das Oberschulkollegium hat sich auf Grund dieses Berichts mit dem Berichtstatter, Herrn Künoldt, einverstanden erklärt. Wenn man aber das Urteil eines einzigen Mannes als maßgebend ansieht und auf das Urteil von Hunderten und Abertausenden von Lehrern gar nichts geben will, das scheint mir doch nicht richtig zu sein.

Dann hat der Herr Regierungsvertreter gesagt, die Stadt Oldenburg und Umgegend wäre erschöpft als Rekrutierungsgebiet für Seminaristen. Ich glaube, darauf kommt es doch gar nicht an, sondern es fragt sich, ob überhaupt aus dem ganzen Lande genug Anmeldungen kommen, und ob durch die Verlegung nach Barel wesentlich mehr Schüler gewonnen werden könnten. Das bezweifle ich aber gerade; es kann sich nur um Schüler aus der nächsten Umgebung handeln, und das werden sicher nicht mehr als 20 bis 30 Jungen sein. Dann hat der Herr Regierungsvertreter gesagt, sie müßten Auswahl haben, es hätten sich früher nur 60 gemeldet und die hätten sie alle nehmen müssen. Das muß inzwischen besser geworden sein, denn ich habe gehört, daß zuletzt 20 Anmeldungen zurückgewiesen sind. Also ein Beweis, daß ich recht habe, daß durch die besseren Verhältnisse, die wir geschaffen haben, auch der Andrang zu dem Beruf größer wird. Das war ja auch die ausgesprochene Absicht, die wir damals mit dem Gesetz verfolgt haben.

Dann hat der Herr Regierungsvertreter gesagt, in ganz Deutschland wären nur an einigen größeren Orten zwei Seminare. Das hängt ja mit der Tendenz in Preußen zusammen. Da hat man auch die Tendenz verfolgt, gegen die sich der allgemeine deutsche Lehrerverein gewendet hat,



Seminare möglichst in kleinere Orte zu legen, und damit hat man schlechte Erfahrungen gemacht. Das ist mir bestätigt worden vom Herrn Regierungsvertreter. Er hat erklärt, daß man jetzt dazu gekommen wäre, in Orte unter 4000 Einwohner kein Seminar mehr zu legen. Weshalb das? Der Grund ist doch der, weil diese kleineren Orte nicht die Bildungsmöglichkeit für die Seminaristen bieten wie größere. Und wenn man dieses Prinzip aufstellt, soll man auch nicht nach Barel gehen. Denn ob der Ort 4000 oder 5500 Einwohner hat, darauf kommt es nicht an. Nicht die 1500 Menschen mehr sind entscheidend, sondern, was der Ort bietet, und da bietet Barel nicht mehr wie Zeven oder Westerstede oder ein anderer kleinerer Ort. Ich kann in dieser Frage auch auf meine Heimat, das Königreich Sachsen verweisen. Auch dort hat man sich entschließen müssen, die Seminare in große Orte zu legen. Man hat jetzt in Leipzig und Dresden Seminare; in Dresden sogar zwei. Zu meiner Zeit hat man sich noch heftig dagegen gestraut, nach Leipzig oder Dresden überhaupt Lehrerseminare zu verlegen. Auch dort baute man sie an kleineren Orten, aber man ist zu einer besseren Ueberzeugung gekommen, und ich würde es bedauern, wenn wir hier jetzt einen Weg einschlagen wollten, den andere Staaten als falsch erkannt haben.

Dann ist auch wieder vom Regierungstisch auf die Schwierigkeiten der Konkurrenz hingewiesen, aber in keiner Weise ist das näher motiviert worden. Es ist nicht auf meinen Einwand eingegangen, daß wir auch 2, 3, 4, 5 und noch mehr Gymnasien an einem Ort haben. Warum sollten denn beim Seminar sich Schwierigkeiten ergeben? Das müßte doch begründet werden, weshalb die Sache dort anders liegt. Ich habe hingewiesen auf die städtische höhere Töchterschule, wo man von der Stadt aus um der Konkurrenz willen eine private höhere Töchterschule noch unterstützt, darauf hat der Herr Regierungsvertreter überhaupt nicht reagiert. Dann meinte der Herr Regierungsvertreter, es wäre leicht, die Schwierigkeit der Zuweisung zu beseitigen, man würde die Schüler hier oder dort hingehen lassen nach Belieben. Ich glaube, wenn Sie die Wahl freistellen, werden mindestens 90 Prozent der Jungens nach Oldenburg wollen. Wenn Sie also keine Grenze ziehen, werden Sie mit einer gewissen Willkür vorgehen müssen und sagen: „Du kommst nicht nach Oldenburg sondern nach Barel“. Und dann werden Sie manchen wieder dadurch abhalten, der dann einfach etwas anderes wird, Kaufmann oder sonst etwas. Also Sie erschweren den Zugang zu dem Beruf unter Umständen, während Sie ihn doch gerade erleichtern wollen.

Dann ist behauptet worden, wir hätten nichts gegen Barel gesagt. Ich habe doch darauf hingewiesen, daß Barel deshalb nicht in Frage kommen kann, weil Oldenburg mehr Bildungsmöglichkeiten bietet. Sie aber haben keinen einzigen Vorteil genannt, den Barel bietet, und das wäre doch Ihre Pflicht gewesen. Herr Abg. Tanzen hat allerdings auf die schöne Flora und Fauna hingewiesen. Das dürften aber doch keine Gründe sein, wenn man den Ort für ein Seminar wählt.

M. H.! Nun zum Schluß noch ein Wort. Mir ist von Kollegen wohl das Moment entgegengehalten worden,

daß Oldenburg schon so viel Schulen und andere Bildungsstätten hätte und es deshalb schwer würde, noch eine neue Anstalt nach Oldenburg zu legen. Es wäre ja unehrlich, wenn man nicht anerkennen wollte, daß wir viel vom Lande haben. Und wir sind dankbar dafür. Denn manche Einrichtung könnten wir nicht haben ohne die Unterstützung des Landes. Aber nun haben Sie doch die Möglichkeit, das, was hier besteht, auch für das Land wieder auszunutzen. Und es wäre doch unlogisch, zu sagen: Wir können es zwar für uns ausnutzen, aber wir wollen mit dem Seminar nach einem anderen Orte gehen, um Oldenburg nicht noch mehr zuzuwenden. Sie sollten sich freuen, daß soviel hier geschaffen ist, und es für das Land nutzbar machen, indem Sie die jungen Leute hier herschicken. Ich möchte Sie bitten, sich nicht von einer Abneigung gegen Oldenburg leiten zu lassen, sondern einzig und allein von dem Gesichtspunkt: „Wo lernen unsere Jungens am meisten?“

Präsident: Herr Abg. Hollmann hat das Wort.

Abg. **Hollmann:** M. H.! Nachdem von verschiedenen Seiten dahingehende Anträge gestellt sind, könnte ich versucht sein, auch den Antrag zu stellen, die Stadt Wildeshausen als Ort für das Seminar zu wählen. Ich tue es nicht, weil ich die Platzfrage für nicht genügend geklärt halte. Ich habe die Ueberzeugung gewonnen, daß das Für und Wider sich so die Waage hält. Die Gründe von der Staatsregierung sind von verschiedenen Seiten widerlegt, und die Gründe aus dem Landtag sind von der Staatsregierung widerlegt. Ich neige nach der Ansicht, daß Oldenburg große Vorteile hat. Das will ich unumwunden anerkennen. Die Regierung sagt aber, diesen Vorteilen stehen große Nachteile gegenüber, die überwiegen. Aus dem Grunde bin ich zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Platzfrage nicht genügend geklärt ist und die Regierung sich alles das, was heute gesagt ist, nochmals überlegen möchte. Sie hat Zeit bis Februar, wenn wir wieder zusammenkommen. Aus diesem Grunde möchte ich Sie bitten, für den Antrag 2 zu stimmen. Ich stimme dem Herrn Präsidenten von Finckh darin völlig zu, nur sachliche Gründe können ausschlaggebend sein. Ich gehe von der Ansicht aus, daß wir in dieser Beziehung alles tun sollen, was demnächst unserer Volksschule zu gute kommt. Aus dem Grunde will ich die Angelegenheit nicht übers Knie brechen. Ich erkenne die Vorteile Oldenburgs an, aber der Grund von der Staatsregierung ist nicht von der Hand zu weisen, indem der Herr Präsident sagte, eine große Anzahl der Lehrer hat demnächst auf dem platten Lande zu amtierem. Dagegen fallen einige Vorteile Oldenburgs. Denn erbaut man das Seminar an einem anderen Ort als Oldenburg, möglichst an einem kleinen Ort, dann wird man erst recht Gelegenheit haben, die Seminaristen vom platten Lande heranzuziehen. Und ich unterschreibe auch das, was der Herr Präsident sagte, die werden sich auch demnächst auf dem platten Lande wohl fühlen. Nicht die Interessen des kleinen Orts an sich sollen ausschlaggebend sein, aber wohl, wenn man diese Interessen damit verbinden könnte.

Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag 2 zuzustimmen. Herr Abg. Müller (Brake) hat allerdings gesagt, das wäre ein Verschieben auf die lange Bank. Das ist es nicht. In dieser Zeit bis Februar wird die Staatsregierung wohl mit einer zweiten Vorlage kommen können.



Präsident: Ich habe zunächst mitzuteilen, daß Herr Abg. Schipper folgenden Antrag gestellt hat:

Falls der Antrag der Staatsregierung in der Anlage 43 sowie der Antrag Dr. v. Finckh abgelehnt werden, beantrage ich:

Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, Sever für die Einrichtung eines zweiten Lehrerseminars zu wählen.

Der Antrag ist genügend unterstützt. Ich stelle ihn gleich mit zur Beratung. Herr Geh. Oberregierungsrat v. Finckh hat das Wort.

Geh. Oberregierungsrat **v. Finckh:** Ich verstehe nicht ganz die Handlungsweise des Herrn Abg. Hollmann, denn wenn er der Staatsregierung nur Gelegenheit geben will, auf Grund der heutigen Verhandlungen von neuem in Erwägungen einzutreten, dann kann er unmöglich sagen: „Barel soll auf keinen Fall gewählt werden“. Das steht im Antrag 2. Da wird Herr Hollmann wohl einen anderen Antrag zu stellen haben. Mit seiner Begründung stimmt der Antrag nicht überein.

Dann möchte ich noch erwidern auf die Ausführungen des Herrn Abg. Dursthoff. Er sagte, er wüßte nicht, inwiefern Barel besonders günstig für ein neues Rekrutierungsgebiet sein sollte. Das ist ja gerade der Grund, daß anzunehmen und zu erwarten ist, daß für Barel sehr viele aus der näheren Umgebung kommen, die zu Hause wohnen können und es deshalb ermöglichen können, in das Seminar einzutreten, die dies aber überhaupt nicht können, wenn das Seminar in Oldenburg ist. Infolgedessen wird dadurch ein neues Zuflußgebiet erschlossen werden, gerade so, wie im Oldenburger Seminar ein Drittel von sämtlichen Seminaristen aus der unmittelbaren Umgegend von Oldenburg stammt.

Was die zweite Bemerkung anbelangt, daß er nicht verstanden habe, inwiefern gerade in Oldenburg eine nicht wünschenswerte Konkurrenz zwischen zwei Seminaren entstehen könnte, so ist es doch etwas anderes, ob wir von einem Seminar sprechen oder von allgemeinen Bildungsanstalten, Töchtereschulen oder Gymnasien. Abgesehen davon, daß in kleinen Orten wie Oldenburg keine zwei Gymnasien vorhanden sind, so ist der springende Punkt der, daß diese Lehrer ihre vollständige Bildung an einem Ort erhalten und daß dann sehr leicht die Möglichkeit besteht, daß gesagt wird: „Der ist von dem einem Seminar und der von dem anderen“ und daß so ganz natürlich eine Konkurrenz entsteht.

Wenn endlich der Standpunkt des Seminarleiters angezweifelt ist, weil er selbst beteiligt sei, so möchte ich doch darauf hinweisen, daß der Seminarleiter als Mitglied des Oberschullegiums das gesamte Oberschulkollegium hinter sich hat, daß also die Fachleute mit ihm übereinstimmen, sodaß wir sagen können, sämtliche Fachleute, die ein gutes Urteil haben, haben sich auf den Standpunkt der Staatsregierung gestellt.

Präsident: Herr Abg. Schipper hat das Wort.

Abg. **Schipper:** M. H.! Eine der wichtigsten Fragen, die den diesjährigen Landtag beschäftigen werden, ist jeden-

falls die Seminarvorlage. Daß ein Bedürfnis vorliegt, ist ja allgemein anerkannt. Aber nur die Platzfrage ist der strittige Punkt. In der Anlage 43 ersehen wir, daß es der Wunsch der Regierung ist, Barel als den richtigen Platz zu bezeichnen. Derjenige Ort, in dem das zweite Lehrerseminar errichtet wird, hat jedenfalls wesentliche Vorteile, und zwar einerseits in finanzieller Hinsicht. Andererseits wird den Eltern die günstige Gelegenheit gegeben, ihre Kinder dem angesehenen Lehrerberuf zuzuwenden. Für die Bestimmung des Orts kommen für mich im wesentlichen zwei Momente in Betracht, und zwar erstens die Lage des Orts und zweitens die Wohnungsverhältnisse. Was nun die Lage anbetrifft, so wird vielfach anerkannt, daß diejenige von Barel eine sehr gute sein soll. Ich bezweifle das auch gar nicht, aber ich glaube, es gibt andere Orte, die ebenso gut sind. Weiter heißt es in der Anlage und wurde heute auch schon von Herrn Abg. Müller (Brake) betont, Sever soll recht abgelegen liegen. Ich glaube, das ist nicht so schlimm, denn in einer anderen Anlage der Regierung, in dem Eisenbahnbericht, kann man sehen, daß der Fahrkartenverkauf auf dem Bahnhof Sever denjenigen der Bahnhöfe Barel und Langendam um 11647 übersteigt. M. H.! Da kann man doch nicht von einem ganz entlegenen Ort sprechen. Sever liegt inmitten des Amtsgerichtsbezirks Sever, welcher eine Einwohnerzahl von etwa 25 000 hat. Und ich glaube, die Stadt Sever und deren nächste Umgebung wird gerade so viel Seminaristen liefern können wie Barel und Umgebung. Denn nach der Statistik ersehen wir, daß in den letzten Jahren aus Sever ebenso viel Schüler in das Seminar eingetreten sind wie aus Barel. Außerdem ersehen wir aus der Statistik, daß 22 Auswärtige da sind. Wenn man jetzt schon bei einem Seminar auf 22 Auswärtige angewiesen ist, dann ist man doch auf noch mehr angewiesen, wenn zwei Seminare da sind. Und da liegt Sever jedenfalls an geeigneter Lage, indem es eine gute Bahnverbindung mit Ostfriesland hat. Dann heißt es weiter in dem Bericht, ein Drittel der jetzigen Seminaristen stamme aus der Stadt Oldenburg und könne infolgedessen in der elterlichen Wohnung Aufnahme finden. M. H.! Wenn Sie das zweite Seminar nach einem anderen Orte verlegen, dann ist das Verhältnis aber ein ganz anderes. Denn die Stadt Oldenburg mit der nächsten Umgebung hat eine Einwohnerzahl von reichlich 60 000, also mehr als die ganzen Amtsgerichtsbezirke Barel, Westerstede und Elsfleth zusammen. Es kommt im wesentlichen darauf an, wenn das Seminar nicht in einem großen Ort errichtet werden soll, daß genügend Wohnungsgeber da sind. Und da ist Barel nicht der gegebene Ort. Dort müssen außer den Seminaristen noch die Baugewerkschüler untergebracht werden, und zwar etwa 150, dann die Landwirtschaftsschüler. Außerdem ist Barel eine aufblühende Industriestadt, und in einer solchen Stadt sind bekanntlich die Wohnungen recht teuer und oftmals gar nicht zu haben.

Ich bitte Sie deshalb, für Sever zu stimmen.

Präsident: Herr Abg. Gerdes hat das Wort.

Abg. **Gerdes:** Zur Geschäftsordnung. Ich möchte meinen Antrag, als Ort des zweiten Seminars Sever zu wählen, hiermit zurückziehen.



Präsident: Herr Abg. Schipper hat das Wort.

Abg. **Schipper:** Ich möchte den Antrag wieder aufnehmen in etwas anderer Form:

Falls der Antrag der Staatsregierung in der Anlage 43 sowie der Antrag der Mehrheit abgelehnt werden, beantrage ich: Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, Sever für die Einrichtung eines zweiten Lehrerseminars zu wählen.

Präsident: Der Landtag ist damit einverstanden, daß der Antrag Gerdes zurückgezogen wird? (Kein Widerspruch.) Er ist ebenfalls damit einverstanden, daß der Antrag Vanje, der schon vorhin zurückgezogen ist, zurückgezogen bleibt? Der Landtag ist einverstanden. Dann stelle ich diesen Antrag des Herrn Abg. Schipper sofort mit zur Beratung. (Abg. Tappenbeck: Bitte nochmals vorlesen.) (Der Präsident verliest nochmals den Antrag.) Das ist ein Eventualantrag, der also zuletzt kommt. Herr Abg. Koopmann hat das Wort.

Abg. **Koopmann:** Ich ziehe auch meinen Antrag zurück.

Präsident: Der Landtag ist damit einverstanden? Dann ist auch der Antrag für Berne zurückgezogen. Es wird mir soeben ein Antrag überreicht von Herrn Abg. Schmidt (Zetel), genügend unterstützt, der lautet:

Ich beantrage, die Verhandlung über die Anlage 43 bis zum Zusammentritt des Landtags im Februar 1912 zu vertagen.

Herr Minister Ruystrat II hat das Wort.

Minister **Ruystrat II:** M. H.! Ich möchte dringend bitten, heute die Entscheidung zu treffen. Es haben sich ja heute zwei große Parteien, wenn ich von solchen reden darf, überhaupt nicht geäußert. Und ich glaube auch nicht, daß die sich in sechs Wochen äußern werden. Sie werden lediglich abstimmen, wie heute. Also ist eine Vertagung zwecklos. Mögen Sie sich nun für Barel oder für Oldenburg entscheiden, es wäre uns in jedem Falle angenehm, wenn heute die Entscheidung fallen würde, damit wir auch unsererseits, wenn Oldenburg gewählt wird, uns bald entscheiden können, ob Oldenburg wirklich genommen werden kann.

Präsident: Herr Abg. Schmidt hat das Wort zur Geschäftsordnung.

Abg. **Schmidt** (Zetel): Ich habe meinen Antrag eingebracht auf die Äußerungen des Herrn Abg. Hollmann hin. Der hat sich für Vertagung ausgesprochen und für weitere Verhandlungen nach Neujahr und dann weiter darauf hingewiesen, für diesen Fall den Antrag 2 anzunehmen. Antrag 2 sagt, Barel scheidet aus bei dem Wettbewerb. Das ist für mich der Grund gewesen, diesen Antrag abzulehnen; ich will Barel in Wettbewerb wissen.

Präsident: Ich muß darüber abstimmen lassen, ob wir diesem Antrag des Herrn Abg. Schmidt entsprechen wollen. Ich bitte die Herren, die die Verhandlung bis Februar 1912 vertagen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Das ist die Minderheit, der Antrag ist abgelehnt. Das Wort ist nicht weiter verlangt? Dann schließe ich die Beratung. Wir kommen nunmehr zur Abstimmung, und zwar

zunächst stimmen wir ab über den Antrag 1. Es wird hier namentliche Abstimmung über sämtliche Anträge beantragt. Wird der Antrag unterstützt? (Widerspruch.) Nun also mit Ausnahme des Antrags 1. Wird der Antrag auf namentliche Abstimmung über die übrigen Anträge 2, 3 und die beiden eingebrachten unterstützt? (Zuruf: Jawohl!) Dann stimmen wir also namentlich über die Anträge mit Ausnahme des Antrags 1 ab. Der Antrag 1 lautet:

Der Landtag wolle sich grundsätzlich damit einverstanden erklären, daß ein zweites evangelisches Seminar errichtet wird.

Ich bitte die Herren, die diesen Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Der Antrag ist angenommen. Der Antrag 3 ist zurückgezogen, das war der Antrag Sever. Auf derselben Linie bewegt sich der Antrag Dursthoff, der lautet:

Ich beantrage, der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung wird ersucht, für die Errichtung eines zweiten Seminars die Stadt Oldenburg zu wählen.

Ich ziehe diese Anträge, die zu 3 gestellten, dem Antrag 2 vor, weil in diesen Anträgen gesagt ist, die Staatsregierung wird ersucht, einen bestimmten Platz zu wählen. Der Antrag 2 dagegen läßt der Regierung einen größeren Spielraum, indem er sagt, er schließe nur den einen Ort Barel aus und lasse im übrigen der Regierung die freie Wahl. Also der Antrag 2 steht demnach der Regierungsvorlage näher als die zu 3 gestellten.

Herr Abg. Dursthoff hat das Wort zur Geschäftsordnung.

Abg. **Dursthoff:** M. H.! Ich bin anderer Ansicht. Ich bin der Ansicht, es muß zunächst abgestimmt werden über den Antrag, der sich am weitesten von der Regierungsvorlage entfernt, und nach meiner Auffassung ist das der Antrag 2. Die Regierung schlägt Barel vor, und dieser Antrag 2 sagt, sie könnte alle anderen Orte nehmen, nur den die Regierung vorschlägt nicht. Das scheint mir doch der Antrag zu sein, der sich am weitesten von der Regierungsvorlage entfernt.

Präsident: Dann sind Ihre Anträge tot.

Abg. **Dursthoff:** Das sehe ich nicht ein, daß dann meine Anträge tot sind. Der erste Antrag würde nur Barel ausschließen. Würde der angenommen, dann würde Barel gefallen sein, und dann würde über die anderen Orte abzustimmen sein.

Präsident: Darf ich darauf aufmerksam machen: Der Antrag 2 lautet:

Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung wird ersucht, einen anderen Ort im Herzogtum als Barel für die Errichtung eines zweiten Seminars zu wählen.

Also der Antrag 2 ermächtigt die Regierung, einen beliebigen Ort zu wählen, nur Barel nicht. In Ihrem Antrag wollen Sie die Regierung ersuchen, direkt Oldenburg zu wählen. Wenn der Landtag aber nun die Ermächtigung an die Regierung erteilt, einen bestimmten Ort zu wählen,



so ist der Antrag 2 des Ausschusses gefallen. Wird dagegen die Wahl eines bestimmten Ortes abgelehnt, dann kommt noch Antrag 2 des Ausschusses zur Geltung. Umgekehrt schließt die Annahme des Antrages 2 die Möglichkeit aus, noch über Anträge auf bestimmte Orte abstimmen zu lassen, weil der Regierung eine Vollmacht zur Wahl des Ortes erteilt ist. Herr Abg. Tanzen (Stollhamm) hat das Wort zur Geschäftsordnung.

Abg. **Tanzen**: Ich bin derselben Ansicht wie der Herr Präsident, daß der Antrag Dursthoff sich von der Vorlage weiter entfernt als der Antrag 2. Beide wollen Barel ausschließen. Der Antrag Oldenburg geht noch weiter, indem er gleich einen Ort bezeichnet, wo das Seminar errichtet werden soll. Also geht der Antrag Oldenburg am weitesten, und muß über diesen zuerst abgestimmt werden.

Präsident: Der Landtag ist einverstanden. Dann lasse ich, weil Zever zurückgezogen ist, abstimmen über den Antrag, der die Staatsregierung ersucht, die Errichtung eines zweiten Seminars in Oldenburg vorzunehmen, den Antrag Dursthoff. Wir stimmen darüber namentlich ab, über Oldenburg. Die Abstimmung beginnt mit dem Buchstaben F. Ich bitte die Herren, die den Antrag, daß die Regierung Oldenburg wählen soll, annehmen wollen, beim Aufruf ihres Namens mit ja, die ihn ablehnen wollen, mit nein zu antworten.

Feigel nein, Feldhus ja, Fick ja, von Fricken nein, Gerdes nein, Hartong nein, Heitmann ja, Heller ja, Henn fehlt, Hollmann nein, Hug ja, Jordan ja, Kleen ja, König nein, Koopmann nein, Lanje ja, Meyer ja, Möller ja, Mohr fehlt, Müller (Ruhhorn) beurlaubt, Müller (Brake) nein, Plate nein, Nebenstorf ja, Schipper nein, Schmidt (Zetel) nein, Schmidt (Delmenhorst) ja, Schröder nein, Schulz ja, Steenbock nein, Tanzen (Stollhamm) nein, Tanzen (Heering) nein, Tanzen (Rodenkirchen) nein, Tappenbeck ja, Wessels ja, Westendorf nein, Behrens ja, Verding nein, Brumund nein, Bull ja, Dannemann nein, Dörr nein, Driver I nein, Driver II nein, Dursthoff ja, Enneking nein.

Der Antrag ist mit 24 gegen 18 Stimmen abgelehnt. Wir stimmen nunmehr ab über den Antrag 2. Ich will ihn wieder verlesen, damit kein Irrtum entsteht. Der Antrag 2 lautet:

Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung wird ersucht, einen andern Ort im Herzogtum als Barel für die Errichtung eines zweiten Seminars zu wählen.

Die Abstimmung beginnt mit dem Buchstaben G. Ich bitte also die Herren, wenn sie den Antrag 2 annehmen wollen, bei Aufruf ihres Namens mit ja und sonst mit nein zu antworten.

Gerdes ja, Hartong ja, Heitmann nein, Heller nein, Henn fehlt, Hollmann ja, Hug nein, Jordan nein, Kleen nein, König ja, Koopmann ja, Lanje ja, Meyer nein, Möller ja, Mohr fehlt, Müller (Ruhhorn) beurlaubt, Müller (Brake) nein, Plate ja, Nebenstorf nein, Schipper ja, Schmidt (Zetel) nein, Schmidt (Delmenhorst) nein, Schröder nein, Schulz nein, Steenbock

nein, Tanzen (Stollhamm) nein, Tanzen (Heering) nein, Tanzen (Rodenkirchen) nein, Tappenbeck nein, Wessels nein, Westendorf ja, Behrens nein, Verding ja, Brumund nein, Bull nein, Dannemann ja, Dörr nein, Driver I ja, Driver II ja, Dursthoff ja, Enneking nein, Feigel ja, Feldhus ja, Fick nein, v. Fricken ja.

Der Antrag ist mit 24 gegen 18 Stimmen abgelehnt.

Folgt jetzt der Antrag der Regierung, Antrag 4 im Ausschukbericht:

Der Landtag wolle die Regierungsvorlage Nr. 43 annehmen.

Wir stimmen auch hier namentlich ab über Antrag 4. Die Abstimmung beginnt mit dem Buchstaben H. Ich bitte die Herren, die den Antrag 4 „Der Landtag wolle die Regierungsvorlage annehmen“, annehmen wollen, mit ja, die ihn ablehnen wollen, mit nein zu antworten.

Hartong nein, Heitmann ja, Heller ja, Henn fehlt, Hollmann nein, Hug ja, Jordan nein, Kleen ja, König nein, Koopmann nein, Lanje nein, Meyer ja, Möller nein, Mohr fehlt, Müller (Ruhhorn) fehlt, Müller (Brake) ja, Plate nein, Nebenstorf ja, Schipper nein, Schmidt (Zetel) ja, Schmidt (Delmenhorst) nein, Schröder Stimmenthaltung, Schulz ja, Steenbock ja, Tanzen (Stollhamm) ja, Tanzen (Heering) ja, Tanzen (Rodenkirchen) ja, Tappenbeck nein, Wessels nein, Westendorf nein, Behrens ja, Verding nein, Brumund ja, Bull ja, Dannemann nein, Dörr ja, Driver I nein, Driver II nein, Dursthoff nein, Enneking nein, Feigel nein, Feldhus nein, Fick ja, v. Fricken nein, Gerdes nein.

Der Antrag ist mit 23 gegen 18 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt. Jetzt kommt der Eventualantrag, den Herr Abg. Schipper eingereicht hat, der lautet:

Falls der Antrag der Staatsregierung in der Anlage 43 sowie der Antrag Driver abgelehnt werden — sie sind beide abgelehnt —, beantrage ich: Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, Zever für die Errichtung eines zweiten Lehrerseminars zu wählen.

Geht das ohne namentliche Abstimmung? Ist Herr Abg. Schipper damit einverstanden? (Kein Widerspruch.) Gut! Dann bitte ich die Herren, die den Antrag Schipper, daß Zever gewählt werden soll, annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Der Antrag ist gegen zwei Stimmen abgelehnt. (Große Heiterkeit.)

Es folgt nunmehr der Antrag 5:

Der Landtag wolle die Eingaben des Gemeinderats von Berne, des Gemeindevorstandes von Westerstede, des Stadtmagistrats von Zever vom 14. November und 14. Dezember 1911, des Handels- und Gewerbevereins von Zever und des Amtsvorstandes von Zever zur Seminarvorlage für erledigt erklären.

So darf ich diesen Antrag erweitern. Ich bitte die Herren, die diesen Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Der Antrag ist angenommen.



Es folgt jetzt der:

Bericht des Finanzausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg wegen Aufnahme einer Anleihe. 2. Lesung. (Anlage 66.)

Der Ausschuß beantragt:

Der Landtag wolle dem Gesetzentwurfe seine verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wir stimmen sofort ab und bitte ich die Herren, die diesen Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Der Antrag ist angenommen.

Es folgt jetzt der letzte Gegenstand der Tagesordnung:

Bericht des Finanzausschusses zur zweiten Lesung des Finanzgesetzes für das Finanzjahr 1912.

Der Ausschuß beantragt:

Der Landtag wolle

- a) den Entwurf des Finanzgesetzes für das Jahr 1912 nebst Anlagen auch in zweiter Lesung und im ganzen annehmen,

- b) dem Entwurfe des Schreibens, welches bei Ueberreichung der Voranschläge und des Finanzgesetzes an die Staatsregierung zu richten ist, seine Zustimmung erteilen.

Wir stimmen auch hier sofort ab und bitte ich die Herren, die diese beiden Anträge des Ausschusses annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Die Anträge sind angenommen. (Es ist vom Abg. v. Frieden schriftlich ein Antrag auf namentliche Abstimmung eingereicht, der irrtümlich dem Präsidenten nicht rechtzeitig übergeben ist und deshalb nicht zur Ausführung kam.)

Die heutige Tagesordnung ist damit erledigt. Die nächste Sitzung werde ich auf den 6. Februar anberaumen müssen. Vielleicht mache ich Ihnen dann das Vergnügen, den Antrag Hug zu debattieren. Ich bitte Sie, sich nun in den Weihnachtsferien politisch nicht allzusehr aufzuregen und wünsche Ihnen ein fröhliches Fest.

(Schluß 8 Uhr 25 Min.)

